E 3477

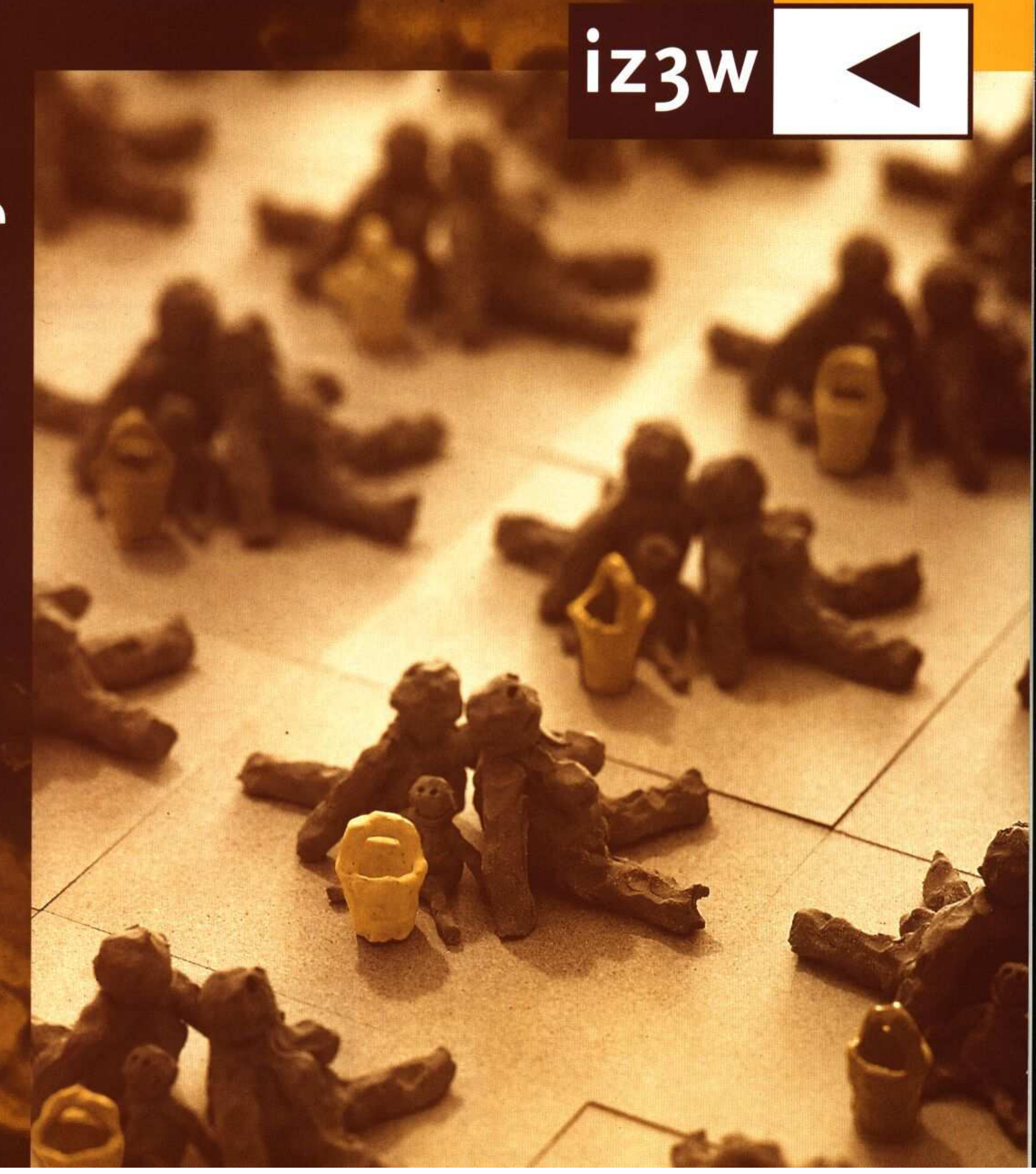
November 1999
Ausgabe □ 241
Einzelheft
DM 8,–
Abonnement
DM 60,–

FernWeh – wenn alle eine Reise tun ...

▶ Außerdem:
▶ Grenze als Metapher ▶ Südafrika nach Mandela ▶ Welthandel mit Klauseln ▶ Intervention in Osttimor ▶ Entwicklung – quo vadis? ...

iz3w

blätter des informationszentrums 3. welt



Das Millennium wirft Schatten voraus

Foto: H. Sachs/version

50 Jahre BRD und zehn Jahre Deutschland, 50 Jahre Israel, 50 Jahre Volksrepublik China, 50 Jahre NATO – je näher der Jahrhundert- und Jahrtausendwechsel rückt, desto häufiger richtet sich der Blick auch zurück. Es bleibt nicht bei der üblichen Jahresrückschau, gefragt sind großangelegte Analysen, Einordnungen und Interpretationen. Schnell ist die Rede von Epochen, Abschnitten und Zäsuren. Nicht selten ist der Kommentar gesetzt, bevor das Ereignis stattgefunden hat.

Auch wir sind nicht frei von der Orientierung an Jahreszahlen und voreiligen Interpretation von vermeintlichen Epochen. Die an unserem Themenschwerpunkt »Jahrhundert der Lager?« geäußerte Kritik, auf die wir in einer der folgenden Ausgaben näher eingehen werden, zielt u.a. in diese Richtung: Trägt eine solche auf ein Jahrhundert zurückblickende Einordnung nicht fast zwangsläufig dazu bei, dass Schlussstriche gezogen werden oder relativiert wird?

Dennoch: Der Rückblick ermöglicht auf der anderen Seite auch die Chance zur Neuorientierung und kritischen Reflexion eigener Positionen und vermeintlicher Wahrheiten. Vorausgesetzt, die Selbstkritik ist Bestandteil des Rückblicks. So hat die Kritik an der Welthandelsorganisation, die anlässlich der bevorstehenden, pompös »millennium round« betitelten Verhandlungsrunde wieder auflebt, bislang weitgehend auf die verschwörungstheoretischen Analysen verzichtet, die noch bei der Kampagne gegen das Multilaterale Investitionsabkommen (MAI) häufig zu hören und zu lesen waren. Die antiamerikanischen, teilweise auch antisemitischen Stereotypen, die der Reduzierung des kapitalistischen Wirtschaftens auf einige wenige Konzerne, Finanzinstitutionen und Bösewichte zu Grunde liegen, tauchen zwar auf, werden aber auch heftig kritisiert.

Doch obgleich die Kritik differenzierter und damit schärfer wird, findet sie nur selten den Weg in breitere oppositionelle Strukturen oder Nichtregierungsorganisationen. Dort scheinen Jubiläen und Rückblicke zuallererst dazu genutzt zu werden, sich zu versöhnen: Mit der Vergangenheit genauso wie mit dem Kapitalismus. So wird die Kritik an der Weltwirtschaft und der Süd-Nord-Politik umgewandelt in alternative Politikberatung. Der Wunsch, aktiv in die Ausgestaltung der Welthandelsorganisation eingreifen zu können, ist weitaus verbreiteter als noch vor wenigen Jahren. Warum aber sollten die Akteure des Weltmarkts plötzlich ihre Verantwortung für soziale und ökologische Missstände erkennen? Die Nähe vieler Nichtregierungsorganisationen zu Regierungsorganisationen vernebelt offenbar den Blick auf die Realitäten und Machtkonstellationen.

Umso wichtiger ist uns die Kritik. Diese Position findet jedoch nicht uneingeschränkt Beifall. Immer wieder wünschen LeserInnen weniger Kritik und Theorie und mehr Fakten und Klarheit. Sicherlich ist es für die Kritik unerlässlich, Fakten zu kennen. Daher sollen Länderanalysen und Hintergrundberichte weiterhin ihren Platz in der **iz3w** finden. Darüberhinaus sollen aber die kritischen, manchmal theoretischen Betrachtungen gesellschaftlicher Entwicklungen, wie wir sie in den Themenschwerpunkten und Debattenbeiträgen versuchen, einen tiefer gehenden Zugang ermöglichen. Die Auseinandersetzung um Kultur und Politik, die Hintergründe des Jugoslawien-Krieges oder der kapitalistischen Krisen – um nur einige der letzten Themenschwerpunkte zu nennen – sollen dazu beitragen. Diesen Anspruch wollen wir auch zukünftig aufrechterhalten. Wir hoffen, damit auf ein Lese-Bedürfnis zu treffen, das ansonsten in der Zeitungs- und Zeitschriftenlandschaft oft zu kurz kommt.

Wir wünschen uns daher, dass die **iz3w** wieder mehr Verbreitung findet. Das ist notwendig für Diskussion und Kritik, aber auch für das materielle Fortbestehen unserer Zeitschrift. Um die **iz3w** in der bisherigen Form produzieren zu können, brauchen wir in den nächsten Monaten mindestens 100 neue AbonnentInnen. Wir möchten also diejenigen bitten, die die **iz3w** lesen und schätzen, sie zu bestellen, und diejenigen, die sie schon bestellt haben, sie im FreundInnen- und Bekanntenkreis weiterzuverbreiten – beispielsweise durch ein Geschenkabo. Angesichts des Jahrtausendwechsels ist das doch ein sehr bescheidener Wunsch!

die redaktion

PS.: Bereits jetzt möchten wir auf die Möglichkeit verweisen, dem iz3w steuerabzugsfähige Spenden zukommen zu lassen. Überweisungen bitte an: Stadtkasse Freiburg, Volksbank Freiburg, BLZ 68090000, Konto 1249606, Verwendungszweck: zu Gunsten Aktion Dritte Welt e.V. Bitte wegen der Spendenbescheinigung nicht vergessen, die Adresse anzugeben. Danke!

PPS.: Das iz3w gibt anlässlich der WTO-Millennium Round ein Sonderheft mit dem Titel »Kuhhandel des Jahrtausends?« heraus, das auf 56 Seiten Hintergrundinformationen und Meinungen zur Liberalisierung und Freihandelspolitik bündelt. Ein Bestellformular liegt dieser iz3w-Ausgabe bei.

Zyniker der Macht

Seit 24 Jahren: Internationale »Intervention« in Osttimor

von **Rainer Werning**

► Knapp 80 Prozent der Wahlberechtigten stimmten am 30. August in einem Referendum für die Unabhängigkeit Osttimors. Neun Tage nur hatte im Dezember 1975 dessen erste Unabhängigkeit gewährt, bevor die portugiesische Ex-Kolonie von indonesischen Truppen besetzt worden war.

Von »ethnischer Säuberung«, »systematischem Völkermord« – gar »einem neuerlichen Auschwitz« – war die Rede, als in Jugoslawien ein kompromissloses Handeln propagiert und exekutiert wurde. Eine geballte bellizistische Formation von NATO-Haudegen bis hin zu den Bündnisgrünen führte und befürwortete den elfwöchigen Luftkrieg gegen das Milosevic-Regime.

Im Falle des erneuten indonesischen Staatsterrors gegen Osttimor, der in unterschiedlicher Intensität seit 24 Jahren andauert und sämtliche UN-Verurteilungen ungestraft ignorierte, ist alles ganz anders. Die lautstärksten Trommler des NATO-Krieges gegen Jugoslawien favorisierten diesmal eine »quiet diplomacy« mit mickrigem Budget – ein Ausdruck dessen, was Anthony Lewis in der International Herald Tribune (08.09.99) »Kissingerschen Realismus« nannte. Henry Kissinger, seinerzeit Außenminister, und US-Präsident Gerald Ford weilten im Dezember 1975 in Jakarta auf Staatsvisite, wo der Ex-General und Präsident Suharto sie über die unmittelbar bevorstehende (und mit US-Waffen gestützte) Invasion in Osttimor unterrichtete. Zurück in Washington, erklärte Kissinger vor seinem Stab im State Department: »Ich weiß, was das Gesetz ist. Doch kann es in unserem nationalen Interesse liegen (...), den Indonesiern die Zähne einzuschlagen?«

Was lag näher, als sich mit der Regierung des größten, bevölkerungsreichsten Landes in Südostasien und bedeutsamsten Verbündeten in der Region zu arrangieren? Mit Präsident Suharto war schließlich ein Mann am Ruder, der seinen Aufstieg (1965/66) zur Macht buchstäblich auf Leichenbergen ermordeter »Kommunisten«, »Aufrührer« und »Separatisten« erklommen hatte. Mit Jakarta ließen sich vorzüglich Geschäfte machen. Groß waren der indonesische Markt und die Begehrlichkeiten westlichen Kapitals, dort kräftig zu hecken. Für alle Beteiligten ein lukratives Geschäft, bis sich die Wirtschafts- und Finanzkrise mit einer politischen und Legitimitätskrise verband und den Despoten im Mai vergangenen Jahres zum Rückzug zwang.

In Osttimor waren derweil laut amnesty international und anderer Menschen- und Bürgerrechtsorganisationen über 200.000 der etwa 800.000 EinwohnerInnen zählenden Bevölkerung Osttimors infolge der indonesischen Besatzung ums Leben gekommen. Doch ausgerechnet der langjährige Suharto-Intimus und -Amtsnachfolger, Bacharuddin Jusuf Habibie, stellte Anfang des Jahres in Aussicht, Osttimor noch vor der Jahrtausendwende selbst über Autonomie, Unabhängigkeit oder den Verbleib im indonesischen Staatsverband entscheiden zu lassen. Zwar bezogen im Vorfeld der Wahlen internationale Beobachter der UN-Mission in East Timor (UNAMET) in der Hauptstadt Dili Quartier. Dennoch gingen bereits zehn Monate vor dem Referendum »integrationistische« – sprich: pro-indonesische – Milizen gegen alle vor, die verdächtigt wurden, gegen die Herrschaft Jakartas zu votieren. Überdies wurden ausgerechnet die indonesischen Streitkräfte mit der Überwachung des Referendums betraut. Als diese ihre gedungenen Schergen aufstachelten (wie u.a. BBC durch mitgeschnittene Funkgespräche bewies), Dili durch Mord und Vertreibung zu entvölkern, stellte sich die »westliche Wertegemeinschaft« taub und sah keinen akuten Handlungsbedarf.

Nachdem die »Integrationisten«, gedeckt und ermuntert von der indonesischen Soldateska, gründlich ihr Unwesen getrieben und dafür gesorgt hatten, dass ein unabhängiges Osttimor auf Dauer politisch ein fragiles Gebilde und ökonomisch ein Schutthaufen bleibt, ging das Kalkül der Machthaber in Jakarta auf. Sie hatten durch politisch-diplomatische Hinhaltetaktik Zeit geschunden und den Militärs ermöglicht, die gröbsten Blut- und Plünderspuren zu bereinigen und sich ins benachbarte indonesische Westtimor abzusetzen, bis sie gönnerhaft signalisierten, einer UN-Intervention stünde nunmehr nichts im Wege. In diesem Sinne ist die erst am 15. September zu Stande gekommene Resolution 1264 des UN-Sicherheitsrates ein verspätetes, untaugliches Unterfangen, in Osttimor »humanitär zu intervenieren«. Heute kann sich die multinationale Friedenstruppe unter dem Kommando des australischen Vietnam-Veteranen, General Cosgrove, dort allenfalls als Leichenbeschauer und Vermesser des Grauens betätigen.

»Sollten die Osttimoresen sich für die Unabhängigkeit entscheiden, wird die UNO Zug um Zug die Verantwortung für das Gebiet übernehmen, und dazu gehört auch irgendein Sicherheitsarrangement«, hatte zwar Australiens Außenminister, Alexander Downer, vor dem Referendum erklärt. Doch gleichzeitig hatte sich die australische Regierung in Canberra strikt geweigert, ein solches Sicherheitsarrangement zum Schutz der bereits von den Militärs und ihren Milizen in die Zange genommenen osttimoresischen Zivilbevölkerung einzusetzen. Seit der Annexion Osttimors 1975 wurde in Canberra alles getan, um sich mit Jakarta im Einvernehmen zu befinden. Nicht zuletzt mit Blick auf die gemeinsame Erschließung entdeckter Erdölquellen gestaltete sich ein inniges bilaterales

von **Werner Hillebrecht**

► Ein Stück namibischer Geschichte fand seinen Weg von Deutschland nach Namibia und wurde am 28. Juli auf dem Campus der Universität von Namibia der Studentischen Geschichtsvereinigung übergeben. Passenderweise fand die Übergabezeremonie vor der Büste von Simon Bolivar, dem Helden der Befreiung Südamerikas, statt – denn es ging um Kolonialismus, Befreiung und internationale Solidarität. Der historische Hintergrund reicht beinahe hundert Jahre zurück, zu dem Völkermord im deutsch-namibischen Krieg von 1904-1908.

Bis auf den heutigen Tag gibt es kein einziges Denkmal für die namibischen Opfer des Völkermords, aber viele Denkmäler wurden für die deutschen Gefallenen dieses Krieges errichtet. Nicht nur in Namibia – jeder kennt die Reiterstatue in Windhoek – sondern auch in Deutschland. Eines dieser Denkmäler wurde 1913 in der kleinen Universitätsstadt Göttingen aufgestellt, im Andenken an die Soldaten des in Göttingen stationierten 84er Regiments, die in Namibia gefallen waren. Das Denkmal bestand

Verhältnis. Wenn Australien plötzlich seine Indonesien-Liebe zu Gunsten einer Osttimor-Fürsorge austauscht, entspricht das bestenfalls heuchlerischer Fassadenreinigung. 24 lange Jahre boten genügend Chancen, sich humanitär für die Belange Osttimors einzusetzen und die Suharto-Clique zu isolieren. Als Austragungsort der in einem Jahr beginnenden Olympischen Sommerspiele ist Australien darauf erpicht, nicht zusätzlich zu den begangenen Freveltaten an den Aborigines auch noch wegen Osttimor angeprangert zu werden.

Die so eindrucksvoll unterstützte FRETILIN (Revolutionäre Front für ein unabhängiges Osttimor) bleibt mit einem Sieg konfrontiert, um den sie nicht zu beneiden ist. Selbst wenn Osttimor nach etwa dreijähriger UN-Treuhandschaft in die Unabhängigkeit entlassen wird, bleibt die neue Regierung mit dem Problem zurück, einen eigenen Verwaltungsapparat, ein eigenes Bildungssystem und eine eigenständige Wirtschaft aufbauen zu müssen. Als Spielball externer Kolonialisierung und interner Kolonisierung wurde nahezu der gesamte Handels- und Wirtschaftssektor Osttimors von indonesischen Geschäftsleuten aus Sulawesi, Java und anderen Inseln dominiert.

Sieger bleibt das in westlichen Führungsakademien (u.a. in Hamburg-Blankenese und bei der GSG-9 in Hangelar) ausgebildete indonesische Militär. Der in Personalunion als Verteidigungsminister und Oberkommandierende der Streitkräfte umtriebige General Wiranto, so die Präsidentschaftsanwärterin Megawati Sukarnoputri, habe das Militär aus der Politik herausgehalten (sic!) und garantiere Ordnung und Stabilität auf dem Archipel. Wenn das mal keine Drohung ist.

► **Rainer Werning** ist Geschäftsführer der schwerpunktmäßig in den Südphilippinen engagierten Stiftung für Kinder (Freiburg i.Br.) und Vizepräsident des International Forum for Child Welfare (IFCW), Genf.

Kolonialadler fliegt nach Namibia

Denkmalgeschichte aus dem *Namibian Weekender* vom 13. August 1999

aus einer Säule mit einer Textplatte und einem Bronzeadler.

Lasst uns einen großen Sprung vorwärts in der Geschichte machen, bis ins Jahr 1978. Inzwischen, war in Namibia bereits seit zwölf Jahren, ein neuer Befreiungskampf im Gange, ebenso in Südafrika, das noch unter weißer Minderheitsherrschaft stand. Diese Befreiungskriege wurden von einer weltweiten Solidaritätsbewegung unterstützt – auch in Deutschland. Andererseits stützten die westlichen Regierungen stillschweigend die Minderheitsregimes im südlichen Afrika und weigerten sich, die von der internationalen Gemeinschaft und der Solidaritätsbewegung geforderten Sanktionen durchzusetzen.

Das war die Lage, als im April 1978 eine Gruppe radikaler Studenten aus der Solidaritätsbewegung das Göttinger Denkmal entfernten. Sie zerlegten den Adler, ein Symbol des deutschen Imperialismus, und versteigerten die Teile auf einer 1.-Mai-Feier (übrigens am 1. Mai 1978 – drei Tage vor dem Massaker von Kassinga!). Das ersteigerte Geld wurde an die zimbabwische Befreiungsbewegung ZANU übergeben.

Jetzt sind wir wieder 20 Jahre weiter, und Namibia, Zimbabwe und Südafrika sind befreit. Der Adler hat seinen Teil beigesteuert, einen kleinen, aber sehr symbolträchtigen Beitrag. Was ist nun aus den Bruchstücken geworden? – Gegenwärtig ist nicht bekannt, wo die meisten Teile sich befinden, aber der Kopf des Adlers wurde durch die Nachforschungen des deutschen Historikers Dr. J. Zeller zu seiner Dissertation über Kolonialdenkmäler wieder aufgespürt. Der jetzige Treuhänder des Kopfes wollte das Fragment nicht in privater Hand behalten, sondern als Schenkung an ein »Anti-Kolonialismus-Museum« geben, damit es mit seiner umgedrehten Bedeutung ausgestellt werden kann – nicht als Denkmal für den Kolonialismus, sondern für den Antikolonialismus und die internationale Solidarität. Wie er an Dr. Zeller schrieb: »Der Adler war metallgewordene Propaganda des Kolonialismus. Ihn umzumünzen in Propaganda für die Befreiung war und ist statthaft. Die Weltgeschichte, sagt Hegel, ist das Weltgericht.«

Während das Geld, das durch den Adler aufgebracht wurde, nach Zimbabwe ging, wollte der Spender, der unbenannt bleiben will, den Adler selbst lieber nach Namibia fliegen lassen, um ihn mit angemessender Dokumentation seiner Geschichte auszustellen. Während der Adler selbst einen Krieg gegen Namibia verherrlichte, feiert er jetzt den Sieg des namibischen Volkes. Und nachdem er durch eine Gruppe studentischer Aktivisten demoliert wurde, ist er jetzt wieder an eine Studentengruppe übergeben worden. Hoffentlich findet dieses Denkmal-Bruchstück einen angemessenen öffentlichen Ausstellungsplatz zum Gedenken an den kolonialen Krieg, den Widerstand und die internationale Unterstützung für die Befreiung des südlichen Afrikas!

Übersetzung aus dem Englischen: Uwe Jungfer

*Die **iz3w** nimmt weitere Bruchstücke des Denkmals gerne entgegen, um sie an die namibische Gruppe weiterzuleiten. Die »radikalen Studenten aus der Göttinger Solidaritätsbewegung« mögen doch bitte ihre Keller und ihre grauen Zellen durchforsten!*

Welthandel verklausulieren?

► *Anders als noch bei den Aktionen gegen IWF und Weltbank und gegen das Multilaterale Investitionsabkommen (MAI) geht es in der Debatte um die Welthandelsorganisation WTO selten um Forderungen, die die Existenz der WTO oder die Grundregeln des kapitalistischen Weltmarkts grundsätzlich in Frage stellen. Im Vordergrund stehen vielmehr Sozialklauseln und Umweltstandards, die den entfesselten Welthandel regulieren sollen. Gegen die Behandlung von sozialen und ökologischen Fragen in der WTO sprechen sich vor allem Regierungen, aber auch viele soziale Bewegungen, Nichtregierungsorganisationen (NGO) und Intellektuelle aus den Ländern der Dritten Welt aus. Gleichzeitig hat in den letzten Jahren die Zahl derjenigen Organisationen zugenommen, die sich für die Einbeziehung sozialer und ökologischer Standards in die WTO-Abkommen aussprechen. Erst kürzlich hat sich der Internationale Bund freier Gewerkschaften mit Mitgliedsorganisationen aus mehr als 140 Ländern gegen den Verhandlungsbeginn einer neuen Welthandelsrunde ausgesprochen, wenn das Thema sozialer Standards nicht behandelt werde. Zunehmend scheinen die Klauseln zum Konfliktthema in der internationalen NGO- und Bewegungs-Szenerie zu werden. (Nähere Informationen und Meinungen zur WTO und ihrer bevorstehenden Millennium Round finden sich in der aktuellen Broschüre »Kuhhandel des Jahrtausends«, die beim* ***iz3w*** *zum Preis von DM 6.- bestellt werden kann.)*

Klauseln schreiben Ungleichheit fort!

von **Jagdish Bhagwati, Walden Bello**
und anderen **»Intellektuellen und NGO's aus der Dritten Welt«**

► Die Forderung nach Umwelt- und Sozialklauseln in der WTO ist Ausdruck der zunehmenden Tendenz, der WTO Themen aufzuzwingen, die mit dem Handel nichts zu tun haben. Dies ist auf eine Allianz zwischen zwei wichtigen Gruppen zurückzuführen: Zum einen politisch mächtige Lobbyistengruppen, die »protektionistisch« sind und die Wettbewerbsfähigkeit der Entwicklungsländer untergraben wollen, indem dort die Produktionskosten gesteigert werden. Dies soll verhindern, dass Investitionen in die Entwicklungsländer fließen. Zum anderen die Gruppen, die sich aus Gründen der Moral für Menschenrechte einsetzen.

Der ersten Gruppe geht es nicht darum, den Wohlstand in den Entwicklungsländern zu mehren; sie wird motiviert von der Sorge um die eigene Wettbewerbsfähigkeit und will ihren Hinterhof schützen. Das zeigt sich deutlich in der Auswahl der vorgeschlagenen Sozialklauseln. Es werden nur Themen aufgenommen, von denen angenommen wird, dass die Entwicklungsländer eher die Rolle der Verteidiger als der Ankläger einnehmen – beispielsweise Kinderarbeit. Wenn die Bildung von Gewerkschaften in den Entwicklungsländern erlaubt werden soll, sollten dann nicht auch die USA, im Interesse einer wirklichen Demokratie, ermöglichen, dass GewerkschaftsvertreterInnen in Aufsichtsräten sitzen, wie das in manchen europäischen Ländern der Fall ist? In den USA kann man leider nicht einmal damit beginnen, auf solche Zustände hinzuarbeiten, weil es in den meisten Fabriken überhaupt keine Gewerkschaften gibt. An diesen Beispielen sehen wir, dass der moralische Anspruch dieser Lobbys aus den Industrieländern, ob es sich nun um GewerkschaftsvertreterInnen oder um die VertreterInnen von Konzernen handelt, wenig mehr ist als eine Maske, die das wahre Ge-

Klauseln gegen Neoliberalismus

von **Michael Windfuhr**

► Es lohnt sich, einen kurzen Blick auf die Hauptargumente der Kontroverse um Sozial- und Umweltstandards in der WTO zu richten. Von den Gegnern solcher Standards wird immer wieder vorgetragen, dass diese von den mächtigeren Handelspartnern leicht protektionistisch missbraucht werden könnten. Sie warnen deshalb vor einer »Verschmutzung« der handelspolitischen Agenda der WTO durch fremde Themen. Diese sollten lieber in den entsprechenden internationalen Organisationen wie der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) oder dem Umweltprogramm der Vereinten Nationen (UNEP) behandelt werden.

Diese Argumente greifen zu kurz. Das Regelwerk der WTO reicht schon heute weit in die Gesetzgebungskompetenzen von Staaten hinein. Es regelt längst, welche Formen der Subventionierung der Landwirtschaft erlaubt sind, es regelt, ob ein Land Grenzausgleichsmaßnahmen bei der Einführung von Ökosteuern erheben darf, es regelt, dass beim Import Produkte nicht unterschiedlich behandelt werden dürfen, auch wenn bei der Verarbeitung und Herstellung dieser Produkte ganz unterschiedliche soziale oder ökologische Folgewirkungen auftreten. Damit sind nur einige wenige Beispiele genannt. Schon jetzt haben die Regeln des Welthandelsregimes weit reichende ökologische und soziale Auswirkungen. Die Ablehnung der Behandlung des Themas sozialer und ökologischer Standards in der WTO entspricht deshalb einer ausgesprochen neoliberalen wirtschaftspolitischen Position, da die bisherigen Auswirkungen der WTO-Regeln im sozialen und ökologischen Bereich nicht berücksichtigt werden.

Auch der Verweis auf die Stärkung anderer internationaler Organisationen kann allein nicht als Ausweg überzeugen. Denn die ak-

sicht des Protektionismus verdecken soll. Sie sind gegen den Handel mit Entwicklungsländern und daher auch gegen deren wirtschaftliche Interessen. In Wirklichkeit setzen sie sich für ihre eigenen Interessen ein – und das sollte auch deutlich dargelegt werden.

Andererseits gibt es Gruppen, die aus moralischen Motiven handeln und die ernsthaft wünschen, dass in der Dritten Welt bessere Arbeits- und Umweltbedingungen herrschen sollten; diese Absichten verdienen uneingeschränkten Beifall. Aber die Forderung nach Eingangsvoraussetzungen für die Teilnahme an der WTO und anderen Handelsverträgen und Institutionen, etwa die nach Verbesserung der Standards, muss zurückgewiesen werden. Auch wenn wir die vorgeschlagenen Standards unter einem moralischen Gesichtspunkt als »soziale« und »ethische« Forderungen betrachten, die in allen Lebensbereichen gestellt werden sollten, müssen sie dennoch unter dem Gesichtspunkt der Wettbewerbsfähigkeit betrachtet werden. Daher werden sie sich immer gegen die Interessen der Entwicklungsländer richten.

Sie werden auch verhindern, dass die entwickelten Länder in gleicher Weise ihre eigenen Verletzungen jedweder sozialer und ethischer »Menschenrechts«-Normen untersuchen, die zum Bestandteil internationaler Verträge geworden sind, wie der Bürgerrechts-Konvention und Kinderrechts-Konvention der Vereinten Nationen. Dies ist bereits der Fall: In den USA besteht beispielsweise die Möglichkeit, die Todesstrafe gegen jugendliche Straftäter zu verhängen, was eine eklatante Verletzung der Kinderrechtskonvention darstellt. Dies sollte ein Motiv sein, Handelsbeschränkungen für in den USA erzeugte Waren zu verhängen. Doch man weigert sich mit der Begründung, dass es politisch äußerst schwer durchsetzbar sei, dort die Todesstrafe abzuschaffen. Andererseits würde das Unvermögen Indiens und Bangladeshs, die »ausbeuterische« Kinderarbeit wirklich abzuschaffen – was ein sehr viel schwierigeres wirtschaftliches und soziales Problem ist – dazu führen, dass diese Länder mittels Sozialklauseln Sanktionen ausgesetzt werden.

Klauseln richten sich unvermeidlich gegen die Interessen der Entwicklungsländer

Es ist gewiss sinnvoll, alle Verletzungen der Menschenrechtskonventionen zu ahnden. Allerdings ist dazu eine wirkliche Bereitschaft nötig, sich mit dem ganzen Spektrum wichtiger Menschenrechte auseinanderzusetzen und die Frage von Sanktionen unparteiisch und symmetrisch zu behandeln, ohne auf Grenzen zu achten und ohne die reichen und mächtigen Nationen besonders zu begünstigen. Es macht uns traurig, dass mit Ausnahmen einiger weniger Gruppen, wie z.B. Amnesty International, eine solche symmetrische Herangehensweise bei der Frage der Handelssanktionen nicht zu sehen ist. Die Entwicklungsländer müssen, wenn sie sich mit der Sozialklausel befassen, zwangsläufig den Eindruck gewinnen, dass diese durch eine Selektivität entwertet wird, die die reichen Nationen durchgesetzt haben. Dies ist auch nicht weiter erstaunlich. Denn im Grunde ist diese Selektivität ein Ausdruck des Bemühens um Wettbewerbsfähigkeit, das sich bei Verhandlungen über Handelsbedingungen, Verträgen und Institutionen zwangsläufig durchsetzt. Wettbewerbsfähigkeit ist das, worum es bei dem Handel geht!

Deshalb fordern wir nachdrücklich, dass die Klauseln abgeschafft werden. Sie sollten ersetzt werden durch geeignete Steuerungsmaßnahmen auf internationaler Ebene, indem jedes Thema in dafür geeigneten Institutionen auf angemessene Weise verfolgt wird. Es darf nicht zugelassen werden, dass die WTO jeder Lobby aus den Industrieländern zu Willen ist, die die Absicht verfolgt, ihre Ziele auf Kosten der Entwicklungsländer durchzusetzen. Diese Lobbys wollen ihre eigenen Ziele durchsetzen, indem sie das Spektrum der Themen, mit denen sich die WTO befassen soll, ständig erweitern, indem sie einfach behaupten – ohne jede Begründung und ohne jede intellektuelle Kohärenz – dass dieses Thema »mit dem Handel« zu tun habe. Es ist Zeit, dass wir laut sagen: Jetzt reicht s!

Die redaktionell gekürzte und überarbeitete Erklärung wurde von »37 VertreterInnen aus der Dritten Welt« unterzeichnet. Übersetzung aus dem Englischen: Christian Neven-Du Mont.

tuelle Entwicklung zeigt in eine andere Richtung. Diese Organisationen werden seit Jahren schwächer, sowohl in der politischen Unterstützung durch Staaten als auch in ihrer finanziellen Ausstattung, während die WTO zu den Regimen mit der stärksten, politisch gewollten Durchsetzungsfähigkeit zählt. Sollte nun dieses Regime keinerlei soziale und ökologische Überlegungen berücksichtigen, würde das existierende Vakuum bei der Durchsetzung nachhaltiger Entwicklung – auf nationaler Ebene und darüber hinaus – noch größer werden.

Die WTO-Regeln haben weit reichende ökologische und soziale Auswirkungen

Die WTO muss daher im Rahmen ihrer Aktivitäten dringend auch ökologische und soziale Aspekte berücksichtigen. Entscheidend ist vielmehr die Frage, wie diese Themen in der WTO behandelt werden. Werden Standards vor allem unter dem Aspekt diskutiert, Produkte aus Entwicklungsländern an der Grenze zurückweisen zu können, scheint die Sorge gegenüber der Behandlung des Themas gerechtfertigt. Ist der Fokus dagegen auf eine Auseinandersetzung mit bisher negativen Auswirkungen der WTO-Regeln orientiert, könnte eine sorgfältige Abschätzung der Auswirkung helfen, tatsächlichen Reformbedarf der WTO hinsichtlich nachhaltiger Entwicklungsszenarien zu identifizieren. In der Tat sollten angesichts immer noch hoher Importhürden in Industriestaaten soziale und ökologische Standards in der WTO sehr vorsichtig eingeführt werden, da Gefahren eines protektionistischen Missbrauchs nicht ausgeschlossen werden können.

Der Widerstand vieler Entwicklungsländer wäre zudem deutlich geringer, wenn parallel zur Forderung einer Berücksichtigung neuer Standards gerade von der Europäischen Union (EU) ernsthafte Angebote bezüglich einer Marktöffnung für wichtige Produkte z.B. im Agrarbereich aus Entwicklungsländern gemacht würden. Leider ist die EU weit von solchen Positionen entfernt. Gleichzeitig verlangt sie von Entwicklungsländern substanzielle Marktöffnungen etwa in den Bereichen Dienstleistungen und Investitionen. Solange von EU-Seite solch unbalancierte Angebote vorgelegt werden, wird die Behandlung der schwierigen Themen »Handel und soziale Standards« sowie »Handel und Umwelt« kaum von den Entwicklungsländern akzeptiert werden.

Langfristig aber müssen die Bedeutung sozialer und ökologischer Standards im Welthandelsrecht untersucht und Ergänzungen der derzeitigen Regeln vorgenommen werden. Denn im Sinne nachhaltiger Entwicklung gehören solche Standards zu Querschnittsthemen, die in allen Politikbereichen mitberücksichtigt werden müssen. Zwar muss diskutiert werden, auf welche Weise dies geschehen kann, um den teilweise berechtigten Bedenken schwächerer Teilnehmer am internationalen Handel Rechnung zu tragen. Eine einfache Ablehnung der Behandlung dieser Themen leistet allerdings nur einer unkonditionierten Liberalisierung Vorschub, denn dann werden die weiteren Regeln der WTO unter rein handelspolitischem Kalkül erarbeitet werden.

► **Michael Windfuhr** ist stellvertretender Vorsitzender der Nord-Süd-Initiative Germanwatch.



Mandelas Erbe

Der ANC hält am neoliberalen Kurs fest

von **Bernhard von der Haar**

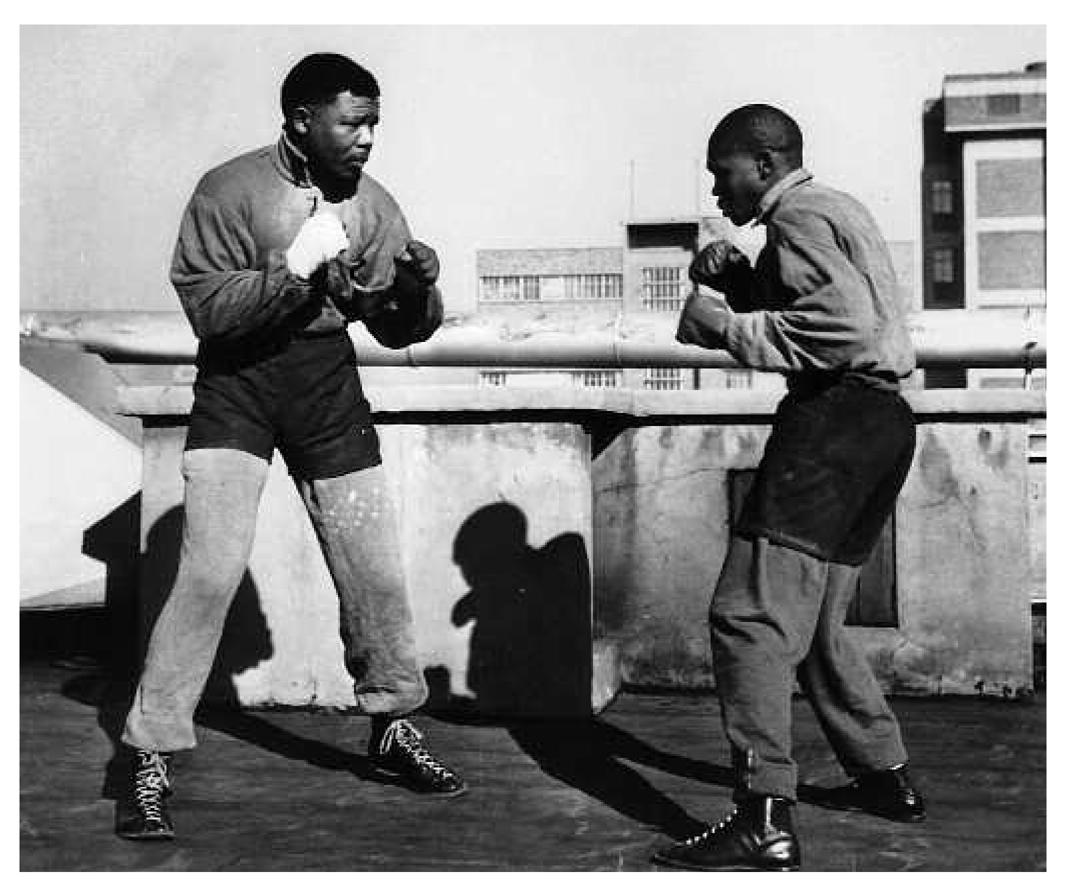
Mit dem triumphalen Sieg des ANC und der Wahl Mbekis zum Nachfolger Mandelas im Präsidentenamt hat nicht nur ein Generationswechsel in der politischen Führung des ANC begonnen. Stand während der kurzen Präsidentschaft des Visionärs Nelson Mandela die Aussöhnung der Gesellschaft sowie die Stabilisierung der demokratischen Transformation im Vordergrund der Politik, so sieht der Pragmatiker Thabo Mbeki seine Aufgabe vor allem in einer spürbaren Verbesserung auf dem Gebiet der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung.

► Es ist der nahezu sakrosankten Integrität der Person Nelson Mandelas zu verdanken, dass das politische Erbe, welches er seinem Nachfolger Mbeki hinterlässt, als geordneter wahrgenommen wird, als es tatsächlich ist. Die friedliche Überführung einer autoritären Minderheitsregierung in eine funktionierende Demokratie, die Verabschiedung einer Verfassung, die zu den fortschrittlichsten der Welt gezählt werden kann, verbunden mit einem rapiden Rückgang der politisch motivierten Gewalt, gehören zu den wichtigsten und sichtbarsten Erfolgen seiner auf Ausgewogenheit bedachten Stabilisierungspolitik.

Demgegenüber fällt die Bilanz im Kampf gegen die Armut relativ dürftig aus, zumindest wenn die hochgesteckten Ziele des 1994 vorgestellten »Reconstruction and Development Programme« (RDP) als Vergleichsmaßstab dienen (*s. iz3w Nr. 212, 219 u. 227*). Zwar gelang es, wie Mandela in seiner Abschiedsrede betonte, innerhalb der ersten fünf Jahre nach der Apartheid den prozentualen Anteil der Bevölkerung, die über einen sicheren Zugang zu Trinkwasser verfügt, von 70% auf 80% zu steigern, doch sind über 50% der neu gelegten Wasserleitungen bereits wieder defekt. Aber nicht nur die Wasserversorgung, sondern auch das ehrgeizige Wohnungsbauprogramm, welches ursprünglich die Errichtung von einer Million Häuser in nur fünf Jahren vorsah, zeigt deutliche Schwächen. Die Eile, mit der die hochgesteckten Pläne und Zielvorgaben des RDP vorangetrieben wurden, führte zu erheblichen Qualitätsmängeln. Zwar gelang es der Regierung, nach anfänglichen Startschwierigkeiten pro Tag durchschnittlich 500 Billighäuser fertigzustellen. Ein großer Teil dieser »matchbox-houses«, deren gesamte Wohnfläche zumeist 30 m² kaum überschreitet, wies jedoch bereits zum Zeitpunkt ihrer Fertigstellung erhebliche Baumängel auf. Selbst das Wohnungsministerium klassifizert über die Hälfte der fertiggestellten Wohneinheiten als »sub standard«.

Ein Großteil der neuen »matchbox-houses« gilt als »sub-standard«

Einige Erfolge im Kampf gegen die Massenarmut sind dagegen unstrittig. Insbesondere das Schulspeisungsprogramm, vom dem täglich fünf Millionen Grundschulkinder pro-



Boxenstopp für Nelson Mandela (links im Bild)

Foto: B. Gosani aus: DRUM 1991



fitieren, wirkt sich positiv auf die Ernährungssituation auf dem Lande aus und erhöht zudem die Präsenzrate der Kinder im Unterricht. Auch auf medizinischem Gebiet konnten erhebliche Fortschritte erzielt werden. So genießen schwangere Frauen sowie Kinder bis zu einem Alter von sechs Jahren einen freien Zugang zu medizinischer Grundversorgung. Allerdings wird die Immunschwächekrankheit AIDS das soziale, wirtschaftliche und politische Geschehen zukünftig stärker beeinflussen. Während 1990 weniger als 1% der südafrikanischen Frauen positiv auf HIV getestet wurden, ist die Rate 1998 auf 22,8% gestiegen (*zu »AIDS in Afrika«, AIDS-Statistiken und Katastrophenszenarien s. iz3w 200 sowie die Debatte in iz3w Nr. 231 u. 232*). Ähnlich wie sein Vorgänger Mandela scheint sich Mbeki vor einer angemessenen Auseinandersetzung mit AIDS zu scheuen. Sollte es aber nicht gelingen, die Verbreitung der Krankheit effektiv zu bekämpfen, könnten die Fortschritte im Sozial- und Gesundheitsbereich innerhalb weniger Jahre zunichte gemacht werden.

Keine Wunder auf dem Arbeitsmarkt

► Obwohl die Ausweitung des sozialen Dienstleistungssystems auf die unterprivilegierten Bevölkerungsschichten die schlimmste Armut lindern hilft, kann dies nicht darüber hinweg täuschen, dass die zentralen strukturellen und wirtschaftlichen Probleme des Landes unvermindert weiter existieren und innerhalb der ersten Legislaturperiode nicht einmal in Ansätzen gelöst wurden. Auch wenn sich eine neue Elite schwarzer Manager und Politiker etablieren konnte, sind affirmative-action-Programme offenbar kaum geeignet, eine grundsätzliche Revision der gravierenden Verteilungsungerechtigkeit herbeizuführen. So ist Südafrika auch fünf Jahre nach der Apartheid ein Land, dessen Einkommens- und Vermögensdiskrepanzen zu den größten weltweit zählen.

Insgesamt blieb die erhoffte Wiederholung des viel zitierten südafrikanischen Wunders eines friedlichen Übergangs von einer autoritären Minderheitsregierung in eine funktionierende Demokratie auf sozialem und wirtschaftlichem Gebiet aus. Die euphorische Aufbruchsstimmung, die während des Wahljahrs 1994 überall in Südafrika zu spüren war, ist einer tiefen Ernüchterung gewichen, die von den enttäuschten Hoffnungen der Massen auf eine schnelle Verbesserung der unmittelbaren Lebensumstände geprägt ist. Diese Ernüchterung wird durch die Tatsache gefördert, dass diejenigen Reformprogramme der neuen Politik, die eine materielle Rehabilitation der unter der Apartheid diskriminierten Bevölkerung vorsahen, weitgehend stagnieren. So kommt zum Beispiel – wie in Simbabwe nach der Unabhängigkeit – das Landreformprogramm in Südafrika nicht vom Fleck. Von 63.000 eingereichten Anträgen auf Rückerstattung sind gerade einmal 34 entschieden worden. Selbiges gilt für eine mögliche Entschädigung der Apartheidsopfer. Während diese durch die Arbeit der Truth and Reconciliation Commission moralisch rehabilitiert wurden, sind die Aussichten auf materielle Entschädigung eher gering einzuschätzen.

Gravierender für die Massen der südafrikanischen Bevölkerung und für die neue Regierung wird die Entwicklung der allgemeinen Beschäftigungssituation sein. Entgegen den Zielvorgaben der Präsidentschaft Mandelas, innerhalb der ersten fünf Jahre eine Million neue Arbeitsplätze schaffen zu wollen, gingen innerhalb seiner Amtszeit annähernd eine halbe Million Arbeitsplätze verloren. Statistisch gesehen ist schon jetzt ein Drittel der arbeitsfähigen Bevölkerung Südafrikas ohne Beschäftigung, wobei das Ausmaß der Arbeitslosigkeit sowohl regional als auch entlang des Qualifikationsniveaus erheblich variiert. Insbesondere in den ländlichen Gebieten der ehemaligen Homelands sowie in den altindustrialisierten Ballungszonen verstärken die gegenwärtigen Entwicklungen den Trend noch. Sinkende Goldpreise und ein zunehmender Rationalisierungsdruck führten zu dramatischen Entlassungswellen, und es kann kaum Zweifel daran bestehen, dass die Talsohle des Preisverfalls auf den Edelmetallmärkten noch nicht erreicht worden ist. Nicht zuletzt angesichts derartiger Tendenzen müssen die Ziele des neoliberalen Wirtschaftsprogramms GEAR (Growth, Employment and Redistribution), welches ab dem Jahr 2000 die Schaffung von jährlich 400.000 Arbeitsplätzen vorsieht, als utopisch bewertet werden.

Verstärkt wurde diese Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt durch die neoliberale Wende in der Wirtschaftspolitik, die der ANC zwei Jahre nach Erlangung der Macht vollzog. Mit der Reintegration Südafrikas in das internationale Wirtschaftsgeschehen unter den Bedingungen einer außenwirtschaftlichen Liberalisierung wurden auch die Defizite der südafrikanischen Ökonomie hinsichtlich ihrer internationalen Konkurrenzfähigkeit offensichtlich. Die strikte Austeritätspolitik, mit der die Regierung eine Konsolidierung des öffentlichen Haushalts und die Eindämmung der Inflation anstrebt, führte zumindest zwischenzeitlich zu einem Abflauen der Konjunktur. Entgegen den veranschlagten Zielvorgaben von 6% Wirtschaftswachstum betrug das reale Wachstum im Jahr 1998 lediglich 0,1%, bevor es im ersten Quartal 1999 mit -0,3% in ein Negativwachstum umschlug.

Natürlich spielten auch externe Faktoren eine bedeutende Rolle. Ein Hauptgrund für die Flaute wird in der Hochzinspolitik gesehen, mit der die formal unabhängige Zentralbank auf die internationalen Währungsturbulenzen und einen drohenden Kapitalabfluss zu reagieren suchte. Leitzinsen von teilweise über 25% stabilisierten zwar die Landeswährung, drosselten aber gleichzeitig das inländische Investitionsaufkommen. Da es auf der anderen Seite nicht gelang, die inländische Investitionslücke durch externe Zuflüsse

Thabo Mbeki...

► ... wurde 1942 in ärmlichen Verhältnissen als einziger Sohn des Anti-Apartheid-Veterans und Mithäftlings Mandelas Govan Mbeki in dem ehemaligen Homeland der Transkei geboren. Als aktives Mitglied des ANC, dem Thabo Mbeki als 14 -jähriger beitrat, verließ er bereits im Alter von 20 Jahren Südafrika und verbrachte fast 30 Jahre im politischen Exil. Auf Geheiß führender ANC-Aktivisten studierte Mbeki Wirtschaftswissenschaften an der englischen Sussex-Universität. Nach Beendigung seines Studiums im Jahr 1966 sammelte er als Repräsentant des ANC internationale Erfahrung, bevor er 1975 in die Führungsspitze des ANC aufstieg. Als politischer Sekretär und enger Vertrauter Nelson Mandelas nahm Thabo Mbeki 1990 an den Verhandlungen mit F.W. de Klerk teil, die in der Aufhebung des Apartheidsystems mündeten. Mbeki, der als Vizepräsident bereits unter Mandela die täglichen Regierungsgeschäfte leitete, gilt als Politprofi.

aus dem Ausland zu kompensieren, kam es weder zu einer Ausdehnung wirtschaftlicher Tätigkeitsfelder noch zu einer nachhaltigen Belebung des südafrikanischen Arbeitsmarkts. Im Gegenteil: Insgesamt waren die absoluten Auslandsinvestitionen mit 2,8 Mrd. US$ (1997) und 2,2 Mrd. (1998) rückläufig. Obwohl für diese Entwicklung auch die weltwirtschaftlichen Rahmenbedingungen (fallende Rohstoffpreise, Rezessionstendenzen in den asiatischen und südamerikanischen Schwellenländern) verantwortlich gemacht werden können, erscheint Südafrika trotz enorm günstiger Energiepreise als Produktionsstandort im internationalen Vergleich relativ unattraktiv und nimmt unter 136 Staaten lediglich den 50. Rang ein. So machen die bestehenden staatlichen Vorgaben in der Einstellungspolitik, die Devisenkontrolle, einflußreiche Gewerkschaftsverbände, relativ hohe Lohnabschlüsse und eine rapide Zunahme der Streikaktivitäten während des Jahres 1998 Südafrika für das internationale Kapital eher hinsichtlich spekulativer Portfolioinvestitionen als in punkto langfristiger Direktinvestitionen in arbeitsintensive Produktionsbereiche interessant.

Die Angst der business-community

► Investitionshemmnis Nummer eins jedoch bleibt – auch in den Augen des neuen Präsidenten Mbeki – die weiterhin extrem hohe Gewaltkriminalität. Mit über 55 Tötungsdelikten auf 100.000 Einwohnern pro Jahr ist die Wahrscheinlichkeit, in Südafrika einem Gewaltvergehen zum Opfer zu fallen, statistisch gesehen siebzehn mal höher als in Deutschland und selbst acht mal höher als in den USA. Während die Gewalt zunimmt, zeigt sich die Ordnungsmacht absolut überfordert, der zunehmenden Unsicherheit Herr zu werden, zumal die Ausstattung schlecht und die Motivation gering ist. So liegt die Aufklärungsrate von Tötungsdelikten bei unter 20%. Unterbezahlt und schlecht geführt sind die südafrikanischen Polizeikräfte mittlerweile selbst zu Opfern der Gewalteskalation geworden: In den letzten fünf Jahren kamen über 1400 Polizisten ums Leben.

Obwohl alle Sphären der südafrikanischen Gesellschaft von dem rapiden Anstieg gewalttätiger Übergriffe betroffen sind, reagieren in erster Linie die Vertreter der internationalen business-community mit Verängstigung und verschanzen sich in ihren Reichenghettos hinter Alarmsystemen und Stacheldraht. Geschürt wird die Angst durch die Sensationsberichterstattung der südafrikanischen Medien, die detailgetreu den Hergang der Gewaltverbrechen nachzeichnen. So berichteten sowohl nationale als auch internationale Wirtschaftsjournale Mitte des Jahres ausführlich vom Schicksal des lokalen Vorstandsvorsitzenden der Koreanischen Daewoo Motors, der während eines car-hijacking-Versuchs sein Leben verlor. Vorfälle wie dieser, der sich nur wenige Stunden vor einer Rede Mandelas ereignete, in der er hoffnungsvolle Tendenzen in der Kriminalitätsbekämpfung betonte, veranlassen weiterhin Fachkräfte dazu, das Land zu verlassen.

Kritik aus den eigenen Reihen

► Ein weiteres zentrales Investitionshemmnis wird im schlecht funktionierenden öffentlichen Verwaltungssystem gesehen. Nach Regierungsangaben beziehen über 50.000 Staatsbedienstete Lohn, auf deren Arbeit man ebensogut verzichten könnte. In vielen Bereichen ist die Unterbeschäftigung im öffentlichen Dienst ein Überbleibsel aus der Apartheidspolitik. So wird die Zahl der »überflüssigen« Staatsdiener des Eastern Capes, in das sowohl das Homeland der Ciskei als auch das Homeland der Transkei als vormals »eigenständige« Staatsgebilde aufgingen, gegenwärtig mit 15.000 Personen angegeben. Die Ineffizienz der öffentlichen Verwaltungssysteme in der Zeit der Apartheid und in den ersten Jahren danach wurde lange Zeit als mehr oder weniger gegeben hingenommen. Jetzt aber macht Thabo Mbeki keinen Hehl daraus, die marode Situation des öffentlichen Dienstes mit allen Mitteln ändern zu wollen. Seine Ankündigungen, den öffentlichen Dienst zu verschlanken und den gewerkschaftlichen Einfluss zu begrenzen, wirkten sich auf die Aktienkurse an der Johannesburger Börse schon positiv aus. Seitens des kommunistischen Lagers innerhalb des ANC sowie in Gewerkschaftskreisen werden solche Pläne jedoch als politische Kampfansage verstanden.

Während südafrikanische Regierungskreise unter dem Druck der weltweiten Standortkonkurrenz bestrebt sind, die Rahmenbedingungen für Auslandsinvestitionen in den Produktionsbereichen weiter zu verbessern und jüngst eine weitere Senkung der Gewinnbesteuerung auf jetzt 30% durchführten, wächst an der Basis des ANC die Kritik an der rigiden Liberalisierungspolitik.[1] Insbesondere die linken Gruppierungen innerhalb des ANC sowie die traditionellen Allianzpartner Cosatu (Congress of South African Unions) und die SACP (South African Communist Party) fühlen sich von der neoliberalen Wende des ANC übergangen und fordern eine öffentliche Diskussion über deren zukünftige Ausrichtung. In der Deregulierung des Arbeitsmarktes, mit der die Regierung den Beschäftigungsproblemen begegnen will, sieht der Gewerkschaftsverband eine allzu unternehmerfreundliche Wirtschaftspolitik, die elementare Arbeitsrechte bedroht. Weitere Meinungsverschiedenheiten bestehen in der Tarifpolitik, in der gesetzlichen Gestaltung des Kündigungsschutzes sowie in der Mindestlohnpolitik. Auch in der Außenwirtschaft klaffen die Vorstellungen weit auseinander: Der ANC reagiert auf die Globalisierung der Marktbeziehungen mit einer Liberalisierung der Außenwirtschaft. Die Gewerkschaftsverbände, die sich als Anwalt der nationalen ArbeiterInneninteressen verstehen, befürchten hingegen, dass mit dem Absenken der Importzölle eine Reihe südafrikanischer Warengruppen unvorbereitet einem heftigen Konkurrenzdruck ausgesetzt werden und drängen auf eine Wiedereinführung protektionistischer Maßnahmen.

Die Kluft, die sich zwischen dem ANC und seinen linken Allianzpartnern aufgetan hat, erscheint kaum noch überbrückbar. Und um ihren Forderungen nach einer deutlichen Kurskorrektur in der Wirtschaftspolitik Nachdruck zu verleihen, plant der nationale Gewerkschaftsverband gegenwärtig eine Reihe von landesweiten Kundgebungen, Protestmärschen und Arbeitsniederlegungen. Trotz solcher Aktionen spricht jedoch alles dafür, dass Mbeki den neoliberalen Kurs weiter verstärken wird. Dessen Bedeutung war in der Ära Mandela hinter den Priorität genießenden Bemühungen um gesellschaftliche Integration, Versöhnung und Stabilisierung zurückgetreten. Das Dreigestirn der Antiapartheidsallianz, der ANC, die Cosatu und die SACP, welches angesichts programmatischer Diskrepanzen schon in der ersten Legislaturperiode Risse aufwies, wird durch den wirtschaftspragmatischen Führungsstil Mbekis neuen Belastungen ausgesetzt werden. Im Gegensatz zu Mandela wird dieser schnelle und messbare Erfolge brauchen.

Anmerkung:

1 Nicht nur gewerkschaftlichen und regierungskritischen Kreisen, sondern auch lokalen und internationalen Unternehmerverbänden erscheint indes ein weiterer Rückzug des Staates fragwürdig. Nach Aussagen der einschlägigen internationalen Fachwelt, sind gezielte Investitionen in den Bildungs- und in den Infrastrukturbereich erforderlich, um die Konkurrenzposition im Kampf um Auslandsinvestitionen verbessern zu können.

► **Bernhard von der Haar** lehrt und arbeitet am Institut für Soziologie der FU-Berlin.

Konkurrenzlos niedrige Löhne

China soll in die WTO aufgenommen werden

von **Stephan Günther**

Wenn es nach den Reformkräften innerhalb der Kommunistischen Parteiführung geht, sollen die Feierlichkeiten zum 50jährigen Bestehen der Volksrepublik China mit dem Beitritt des Landes zur Welthandelsorganisation WTO und der damit verbundenen Integration in den Weltmarkt gekrönt werden. Längst schon gilt die Aufnahme der formal letzten sozialistischen Großmacht in das kapitalistische Handelssystem als nationales Ziel, mit dem die Entwicklung von Produktion und Außenhandel vorangetrieben werden soll.

► Schon 1992 hatte die Partei festgestellt: »Ob der Familienname Sozialismus oder Kapitalismus heißt – gut ist, was dem Vaterland nützt«. Die Parteiführung jedenfalls ist sich weitgehend einig, dass der WTO-Beitritt gut für's Vaterland ist. Sie sehen die Konkurrenzfähigkeit der Wirtschaft des Landes vor allem in einem wesentlichen Vorteil begründet, »der den 'Standort China' für ausländische Direktinvestitionen mittlerweile auszeichnet: konkurrenzlos niedrige Löhne«[1]. Voraussetzung für die Öffnung für Investoren ist allerdings eine Privatisierung von Staatsbetrieben. Zwar hat der KP-Parteitag 1997 beschlossen, kleine und mittlere Betriebe zu privatisieren, staatliche Großbetriebe jedoch sind davon ausgenommen. In den Verhandlungen zum WTO-Beitritt aber ist die Öffnung der Märkte Hauptforderung der USA und der Europäischen Union. Vor allem die amerikanische Seite drängt darauf, dass »die Verhandlungspakete Chinas substantielle Zollsenkungen und Einschränkungen von mengenmäßigen Beschränkungen und anderer Handelsbarrieren enthalten müssten.«[2] Denn im letzten Jahr erzielte China einen Rekordüberschuss von 58 Milliarden US-Dollar gegenüber den USA. Die US-Unternehmen – und auch europäische und südostasiatische – wollen jetzt umgekehrt auch den großen chinesischen Absatzmarkt für sich gewinnen.

Die Parteiführung streitet nur um das Maß der Marktöffnung

Die Verhandlungen kreisen nun um Zahlen und Prozente. So ist das chinesische Außenhandelsministerium bereit, 25 Prozent des Telekommunikationsmarkts für private Anbieter zu öffnen, die USA fordern 40 Prozent. Zwar haben fast alle Industriestaaten China in bilateralen Verträgen Meistbegünstigungen im Sinne der WTO-Richtlinien für Entwicklungsländer eingeräumt, diese Kategorisierung scheint bei den Verhandlungen inzwischen unumstritten. Doch die Details sind verhandelbar: Dürfen Unternehmen mit ausländischem Kapitalanteil in der Volksrepublik künftig direkt und über ihren eigenen Bedarf hinaus Waren importieren? Wenn ja, in welchen Mengen? In welchem Umfang muss China die Einfuhrsteuern senken?

Märkte öffnen, Betriebe schließen

► Die durch Steuerreduktion erzielbare Preissenkung verspricht ausländischen Unternehmen einen erleichterten Marktzugang. So ist der Automobilmarkt nach der Abschaffung der »Importregulierungssteuer« nur noch tarifär geschützt. Seitdem drängen Automobilunternehmen aus aller Welt auf den Markt der umzustimmenden Radfahrer. Einerseits durch erleichterte Importe, andererseits durch Produktion vor Ort, wie beispielsweise das joint venture von Volkswagen Shanghai.

Letztere Variante wird dabei von chinesischer Seite favorisiert. Ausländische Investitionen sind bislang auf wenige Industriezentren konzentriert. Die Ausweitung in andere Regionen und Sektoren könnte zusätzliches Kapital ins Land bringen. Doch auch innerhalb der Parteiführung wird um das Maß der Öffnung und Privatisierung gestritten. Das Zentralkomitee setzte im vergangenen Jahr den Verkauf von Staatsbetrieben zwar zunächst aus. Der Staatsrat dagegen plant bereits weiter, denn viele Staatsunternehmen seien nicht mehr zu retten und müßten unter Wert verkauft werden. Das wird sich mit dem Zugang ausländischer Unternehmen zum chinesischen Markt im Zuge des WTO-Beitritts noch verstärken. Vor allem für alte Staatsbetriebe wird die Öffnung zur Schließung führen. Und diejenigen Betriebe, die der neuen Konkurrenz trotzen, werden dies um den Preis der Entlassung von Beschäftigten tun.

Neoliberalismus total global

► Trotz des sehr niedrigen Lohnniveaus liegen in der Rationalisierung enorme Einsparungsmöglichkeiten. Wie hoch die Arbeitslosigkeit in der Volksrepublik China schon jetzt ist, wird sehr unterschiedlich eingeschätzt. Aber alle Angaben liegen im zweistelligen Millionenbereich. Das Potenzial an Einsparungen jedoch ist noch weitaus höher. Auf vierhundert Millionen Menschen wird allein die ländliche ‚Unterbeschäftigung' geschätzt, dazu kommen 60 bis 70 der 106 Millionen Beschäftigten der Staatsindustrie.

Dennoch ist der Kurs der Regierung kaum umstritten. Innerhalb der Partei haben sich die Modernisierer durchgesetzt und auch die Demokratiebewegung orientiert sich in erster Linie am Westen und damit am kapitalistischen Wirtschaftssystem. Und umgekehrt drängen die in der WTO organisierten Staaten auf eine baldige Mitgliedschaft Chinas. Der neue WTO-Generaldirektor, Mike Moore, erklärte die Erweiterung der Organisation zum vorrangigen Ziel. Um ihrem Namen gerecht zu werden, müsste die WTO Länder wie China und Saudi Arabien integrieren. Damit wäre dann die neoliberale Politik der Welthandelsorganisation global unumstritten.

Anmerkungen:

1 Hubert Zick: Nach dem kleinen Frieden. 50 Jahre VR China. Jungle World Nr. 40/1999.

2 Andreas Oberheitmann: China auf dem handelspolitischen Weg der weltpolitischen Integration. In: Hans Bass, Karl Wohlmuth (Hg.): China in der Weltwirtschaft. Institut für Asienkunde, Hamburg 1996.

► **Stephan Günther** ist Mitarbeiter der **iz3w**.



Die traditionellen Entwicklungsziele haben sich für das Gros der Menschheit als unerreichbar herausgestellt. Überdies wäre ihre globale Verwirklichung gar nicht wünschenswert. Damit steht der herkömmliche Entwicklungsbegriff zur Disposition. An die Stelle der gewohnten Varianten nachholender Modernisierung im nationalstaatlichen Rahmen könnten offene Modelle treten, die sich am »Wohl der Gattung« orientieren. Mit diesem Text zu Geschichte und Optionen des Entwicklungsbegriffs eröffnen wir eine lose Reihe über Konzepte und Theorien von Entwicklung.

die redaktion

Ohne Ziel zum Weg

Genealogie und Reorientierung des Entwicklungsbegriffs

von **Reinhart Kößler**

► Begriffe können nicht nur die Welt in eine Ordnung bringen, sie entfalten auch politische Wirkung. Begriffe stecken Horizonte des für möglich gehaltenen und bedenkenswerten ab. Deshalb ist es kein müßig-akademisches Unterfangen, sich mit der Geschichte eines für unser Leben und Denken so zentralen Begriffs wie dem der »Entwicklung« auseinanderzusetzen. Wenige werden hier Aufklärung über Entwicklungspsychologie, Stadtentwicklung oder die Entwicklung des Weltalls erwarten. Doch ist mit sozioökonomischer Entwicklung, auch mit sozialer Evolution und erst recht mit nachholender Entwicklung, eben nur ein kleiner Ausschnitt des mit »Entwicklung« bezeichneten semantisches Feldes angesprochen.

»Entwicklung« in den meisten ihrer Einzelbedeutungen ruft positive Konnotationen auf. Läuft es gut, spricht man von der »Entwicklung« eines Kindes oder eines Geschäftszweiges, andernfalls von Fehlentwicklungen. Es wird also meistens erst einmal eine Richtung unterstellt, von der angenommen wird, sie weise vorwärts zum Besseren, wohl auch zum Perfekteren. Dies soll ein Blick auf die Begriffsgeschichte verständlicher machen. Sie wird uns dann auch zur Kernproblematik der meisten gängigen sozioökonomischen Entwicklungskonzepte führen.

Zunächst ist der Eindruck zu korrigieren, den die etwas kurzatmige »Archäologie« der Entwicklungsidee hinterlassen hat (vgl. Sachs, S. 25f). Danach soll das Konzept einer nachholenden Entwicklung der Inauguraladresse von Harry Truman von 1949 entstammen und dementsprechend unmittelbar US-Hegemonie ebenso wie die »Kolonisierung des Antikolonialismus« legitimieren (Esteva, S. 6). Die Vertreter der Truman-These haben ihre »Grabung« jedoch zu früh eingestellt. Einer deutlich tieferen Schicht gehört schon die berühmte Prognose von Karl Marx an: »Das industriell entwickeltere Land zeigt dem minder entwickelten nur das Bild der eignen Zukunft.« (S. 12) Bereits hier wurde nachholende Entwicklung als selbstverständliche Perspektive bestimmter Länder unterstellt. Doch noch weitere 200 Jahre zurück stoßen wir wirklich auf die Entstehungszeit von Wörtern wie Entwicklung, aber auch Evolution.

Von Präformation zu Epigenese

► Als einer der ersten hat Leibniz systematisch von »Entwicklung« gesprochen. Gegen damals noch verbreitete Vorstellungen von einer Urzeugung glaubte er, dass »die Pflanzen und Tiere ... aus vorgeformten Keimen und daher aus der Transformation zuvor vorhandener Lebewesen (entstehen);« denn wie »die Tiere ... in der Empfängnis oder Zeugung nicht völlig geboren werden, vergehen sie auch nicht vollständig in dem, was wir Tod nennen. ... Sie werden lediglich entwickelt (developpés), eingewickelt (enveloppés), umgestaltet, abgelegt, transformiert« (Bd.6, S. 601). Die Vorstellung, die Individuen wie auch alle künftigen Generationen seien in unendlicher Winzigkeit im Keim seit dem Schöpfungsakt vorhanden, mutet uns bizarr an. Aber erst einmal wurde diese Präformationstheorie zur herrschenden Lehre. Goethe (S. 523) hat sie so formuliert:

> *»Und keine Zeit und keine Macht zerstückelt Geprägte Form, die lebend sich entwickelt.«*

Das entspricht sehr genau dem Bild der Entfaltung oder des Auswickelns, also der Ent-Wicklung im etymologischen Wortsinn, der heute weitgehend vergessen ist. In der Welt der Präformationstheorie konnte freilich nichts wirklich Neues entstehen. Es konnte nur im Prinzip bereits Vorhandenes sich entfalten.

Auf Grund neuer Erkenntnisse vor allem der Embryologie wurde die Präformationstheorie zu Gunsten des Konzeptes der Epigenese aufgegeben. Es betont die Fort- und Neubildung auf einer bestehenden Grundlage. Johann Nicholas Tetens erwartete dementsprechend eine völlige Neubildung »in einem organisierten Körper« kaum »auf andere Weise als durch die Entwicklung vorhergehender und in neue Verbindungen gebrachter Formen« (S. 514). Er sah »im Keim nichts mehr ... als de(n) bestimmende(n) Grund zu einem neuen Keim, oder zu jedwedem anderen Gliede, Theil oder Form des entwickelten Körpers« (S. 528). Im neueren Sprachgebrauch bezeichnen die Wörter »Evolution« und »Entwicklung«, obwohl sie



geografische Bahn, entlang derer Herder seinen Faden aufgewickelt hatte. Hier ging es demnach um Prozesse der Phylogenese, also eines menschheitsgeschichtlichen Prozesses. Einzelne Länder oder Nationen wurden als Stationen dieser übergreifenden Entwicklung betrachtet, in deren Verlauf der Weltgeist zu sich selbst kam. Dabei konnte es gar nicht um Entwicklungen gehen, die diese Länder je einzeln für sich durchmachten.

Die naturwissenschaftlichen Erkenntnisse und die soziopolitischen Prozesse des 19. Jahrhunderts bewirkten nun zwei grundlegende Verschiebungen, die unsere Vorstellungen zumal von sozioökonomischer Entwicklung nachhaltig bestimmt haben: Sie untergruben teleologische Konzepte, führten aber auch die beherrschende Problemstellung des Nachholens ein.

einmal eher der Präformationstheorie entsprachen, weitgehend epigenetische Konzepte (s. Briegel, S. 143ff; Wieland, S. 200f). Damit war auch der Grund gelegt zu einer Unterscheidung zwischen der Entwicklung des Einzelwesens (Ontogenese) und der Gattung (Phylogenese).

Als einer der ersten versuchte Herder, »Naturgeschichte« ebenso wie »Geschichte der Menschheit« nach Prinzipien zu konstruieren, die den zeitgenössischen, an den großen Entdeckungen der Astronomie und Physik orientierten Ansprüchen auf Wissenschaftlichkeit genügen sollten. Er sah Natur und menschliche Geschichte in einem Kontinuum: »Vom Stein zum Kristall, vom Kristall zu den Metallen, von diesen zur Pflanzenschöpfung, von den Pflanzen zum Tier, von diesen zum Menschen s(e)hen wir die Form der Organisation steigen« (1965, I, S. 164). Die Betonung »organischer Kräfte« (ebd. II, S. 169) prägt auch Herders unmittelbaren Gebrauch des Terminus »Entwicklung«. Dabei repräsentiert das Bild des »Fadens« sowohl Abfolge und Zusammenhang wie das wirre Knäuel, das es zu ordnen gilt, will man das Geschehene verstehen. So habe »die Vorsehung ... den Faden der Entwicklung ... vom Euphrat, Oxus und Ganges herab, zum Nil und an die phönizische Küste« geleitet (1968, S. 70). Freilich brauche es »eine glückliche Hand, die das Gewirre an einem Faden sanft und langsam zu entwickeln Lust hat« (ebd., 125). Es ging also darum, »Entwicklung« sowohl zu erkennen als auch erkennend zu vollziehen, zu (re)konstruieren. Herder unterstreicht die am Modell lebender Organismen orientierte Vorstellung von Entwicklung als organisches Wachsen durch die Metaphern vom Kindheits-, Jünglingsalter usw. der Menschheit. Er illustriert sie mit einem Gang durch geschichtliche Formen, der von China aus nach Westen führt, wobei die Griechen das Jünglingsalter, China, Hinter- und Vorderindien die »Kindheit« vorstellen. Als »Kinder« werden hier zudem alle diejenigen »Nationen« betrachtet, deren inhärente Möglichkeiten noch nicht auf Grund einer »Not«, d.h. eines äußeren Anlasses aktualisiert werden mussten.

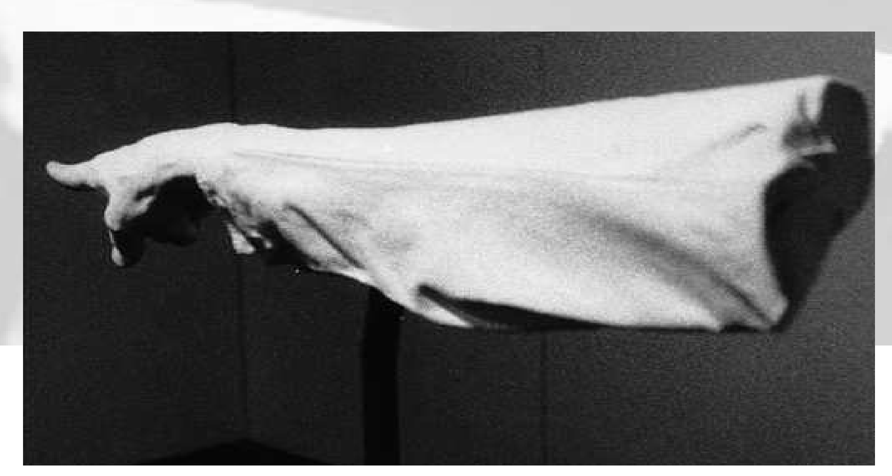
Herder nahm vieles vom späteren Entwicklungsdenken vorweg, auch in seinen Unklarheiten und Ambivalenzen. Er betonte den jeweiligen Eigenwert von »Kulturen« oder »Völkern«, wandte sich so auf den ersten Blick gegen das zeitgenössische Fortschrittsdenken und formulierte konsequent eine Kritik kolonialer Herrschaft. Doch zugleich unterstellte die Vorstellung von der »Kette der Kulturen« eine Abfolge unter diesen, und Herders Evolutionskonzept postulierte einen gerichteten, letztlich objektiv gegebenen Wandel, den die Einzelnen anzuerkennen und mitzuvollziehen hatten. Herder ließ es in der Schwebe, ob sich diese Fortentwicklung nur auf die Gattung oder auch auf die Einzelperson beziehen solle. So konnte er das Postulat von der Einheitlichkeit der Gesetze aufrechterhalten, die in Natur und Gesellschaft wirken (s. 1965, I, S. 1985ff). Dagegen protestierte entschieden sein Lehrer Immanuel Kant, »denn es sind da verschiedene Wesen, welche die mancherlei Stufen der immer vollkommneren Organisation besetzen«. Für Kant war die »Auswickelung« der den Menschen durch die Vernunft vorgegebenen Potenziale nur auf der Ebene der Gattung, nicht aber für das einzelne Individuum vorstellbar (S. 35-39). Diese gattungsgeschichtliche Perspektive prägt auch das Schema der Weltgeschichte bei Hegel. Dessen Weltgeist beschreibt, wenn auch mit anderen Akzentuierungen, die gleiche

Herder, Kant und Hegel galten Nationen nur als Stationen

Zufall und Orthogenese

► Die mikroskopischen Beobachtungen, die der Anatom Karl Ernst von Baer vor allem an Hühnerembryonen durchführte, widerlegten endgültig Vorstellungen von einer Präformation. Zugleich sah Baer aber »nirgends ... Neubildung, sondern nur Umbildung« (1828, S. 156). Es gebe kein »Verharren ... in der Natur« und »das fortgehende Werden« sei »nichts anderes« »als eine fortgehende Entwicklung, eine Evolution«. Sie verlaufe nicht beliebig, sondern als die »Entwicklung eines Keimes« (1983, S. 67). So koppelt der »Keim« das »Neuwerden« an die vorausgegangenen Generationen oder an die Vergangenheit zurück. Charles Darwins Theorie der Entstehung der Arten betonte gegenüber der teleologischen Position Baers zwar auch die Langsamkeit des Wandels. Doch rückte Darwin mit der Mutation oder »Variation« eindeutig ein Moment der Innovation in den Mittelpunkt. Zudem bestand Darwin darauf, Mutationen kämen nicht planmäßig zu Stande, sondern allein durch Zufall. Auch die spätere, an Darwin orientierte biologische Evolutionstheorie betont die zufällige Wirkungsweise des indirekten Mechanismus der Retention durch Selektion anstatt durch einfache funktionale Erklärung in der Tradition von Lamarck.

Neuere Erkenntnisse der Naturwissenschaften betonen noch weit stärker die Rolle des Zufalls. Quantenmechanik oder dissipative Strukturen verweisen auf Prozessbilder, die zudem im Gegensatz zu älteren Vorstellungen durchaus sprunghaft verlaufen. Gerade in diesen »Phasensprüngen« (Eigen) oder Bifurkationslagen fallen zufällige Entscheidungen bei der Auswahl über eine Anzahl »gleichermaßen möglicher Wege« (Prigogine/Stengers, S. 176). Allerdings kann bei sehr langen Zeitverläufen, in denen eine ausreichend große Zahl solcher Entscheidungssituationen eintritt, die statistische Wahrscheinlichkeit wiederum zu einer



Das Bild der eigenen Zukunft zeigen

Zwangsläufigkeit führen (Rensch, S. 151, 110) – zur Paradoxie einer ziellosen, aber gerichteten, im konkreten Verlauf zufälligen Zwangsläufigkeit: Orthogenese, d.h. Veränderung erfolgt unter den durch die frühere Evolution geschaffenen Vorbedingungen.

Nun sind menschliche Gesellschaften in einem für solche Überlegungen zu kurzen Zeitraum evoluiert. Hinzu kommt das subjektive Moment des strategischen Handelns, die Reflexivität der sozialen Evolution. Menschen, in der Regel Kollektive, können Errungenschaften anderer erkennen und übernehmen. Sie können aber auch negative Folgen von Veränderungen wie etwa die Errichtung staatlicher Herrschaft wahrnehmen und versuchen, bewusst die Übernahme solcher Institutionen zu vermeiden. Das bewusste Moment in der sozialen Evolution ist demnach von besonderer Bedeutung für Nachahmung und Diffusion. Ein wichtiger Sonderfall hiervon sind die Strategien, die sich im weitesten Sinn unter den Begriff der »nachholenden Entwicklung« subsumieren lassen.

Die Listsche Wende

► Die industrielle Revolution leitete eine besondere Form intensiver und stoßartiger Diffusion ein, indem sie staatliche Strategien zum Nachholen der zunächst in England eingeleiteten Entwicklung faktisch als unvermeidlich erscheinen ließ. Mit der Universalisierung des Weltmarktes wurden früher aussichtsreiche Vermeidungs- und Rückzugsstrategien schnell obsolet. Was blieb, waren allenfalls häufig sehr einfallsreiche Strategien der Anpassung, die oft auch über die unmittelbare koloniale Unterwerfung hinaus verfolgt wurden (vgl. Wolf).

Dieser beherrschende Zwang bewirkte eine entscheidende Verschiebung in den Vorstellungen über die Entwicklung menschlicher Gesellschaften, die vor allem mit dem Namen von Friedrich List verbunden ist. Auch List identifizierte unterschiedliche »Entwicklungsstadien« – »Zustand der ursprünglichen Wildheit – Hirtenstand – Agrikulturstand – Agrikultur-Manufakturstand – Agrikultur-Manufaktur-Handelsstand« (S. 177). Aber für ihn handelte es sich nicht mehr um gattungsgeschichtliche Stufen, sondern um Phasen, die einzelne Nationen zu durchlaufen hätten. In diesem Bezugsrahmen stehen dann auch die Konzepte der Aufholjagd und des Nachholens, der an die Zustände in bestimmten Ländern geknüpften Leitbilder von Entwicklung.

Friedrich List ist der Stammvater des modernisierenden Entwicklungsparadigmas

List wurde daher zum eigentlichen Stammvater des modernisierenden Entwicklungsparadigmas. Lists Option war in der historischen Situation naheliegend. Sie führt aber zurück auf eine quasi ontogenetische und damit partikulare Sicht. Seit der Listschen Wende bezieht sich die sozioökonomische Entwicklungstheorie auf einen abgegrenzten, in der Regel durch den Nationalstaat vorgegebenen Rahmen. Zugleich wurde sie gegen neuere Tendenzen des Entwicklungsdenkens folgenreich isoliert. Mit dem Bezugsrahmen des Nationalstaates war nämlich auch eine implizite Teleologie verbunden, die im naturwissenschaftlichen Entwicklungsdenken bereits seit Darwin verabschiedet wurde. Nachholen und Aufholjagden, »Platz an der Sonne« und »Einholen und Überholen« bezeichnen nicht nur höchst prekäre politische Projekte. Überall ist auch das Ziel im Wesentlichen bekannt, vorgegeben durch die »fortgeschrittenen« Länder. Um es ihnen gleichzutun, gilt es dann, interne oder auch externe Defizite und Benachteiligungen zu identifizieren und nach Möglichkeit zu überwinden. Bestenfalls lassen sich dann differenzierte Entwicklungspfade rekonstruieren, auf denen diverse Länder dem Ziel nähergekommen oder auch zurückgefallen sind. Das ergibt zwar eine beachtliche Variationsbreite der Wege und Methoden nachholender Entwicklung. Genau hier aber hört die Innovation auf, weil das Ziel immer schon durch die jeweils hegemonialen Modellgesellschaften vorgegeben war und ist (vgl. Menzel; Senghaas 1982).

Auch aus dem »Entwicklungsdilemma« (Senghaas 1994, S. 137-154), dass durch erfolgreiches Nach- und Überholen immer neue »Nachzügler« schafft und so die Weltmarkthierarchie verewigt, führen alle diese Wege nicht heraus. Sie führen vielmehr zu dessen beständiger Reproduktion.

Auch die Dependenztheorien halten letztlich an der Teleologie des modernisierenden Entwicklungsparadigmas fest. Zwar überwinden sie das Axiom, bei Unterentwicklung handele es sich um ein zu behebendes Defizit zu Gunsten eines Konzeptes der Ko-Evolution zweier unterschiedlicher, strukturell und genetisch aber verknüpften Gesellschaftstypen, des industriellen Kapitalismus und kolonial-unterentwickelter Länder. Doch wurden aus dieser Kritik an den Modernisierungstheorien keine wirklichen Alternativen gewonnen. Abkoppelungsstrategien zielten ja ausdrücklich auf die Voraussetzungen zum Erreichen des durch Industrialisierung und Massenkonsum allgemein vorgegebenen Zieles.

Optionen der Reorientierung

► Das modernisierende Entwicklungsparadigma erschien unter zwei Bedingungen unproblematisch: einmal, so weit Entwicklungsdiskurse sich eindeutig im nationalstaatlichen Rahmen bewegen, also die internationale Konkurrenzsituation einfach reproduzieren; dann aber auch unter der Annahme einer realen Möglichkeit, nachholende Entwicklung beliebig oft zu inszenieren. Dies kann für das heute hegemoniale fordistische Entwicklungsmodell spätestens seit dem Zeitpunkt nicht mehr guten Glaubens angenommen werden, als die Grenzen des Wachstums nachdrücklich ins öffentliche Bewusstsein gerückt wurden (vgl. Meadows).

Damit sind zugleich Grenzen nachholender Entwicklung bezeichnet. Die Vorstellung eines verallgemeinerbaren und letztlich bekannten, empirisch bereits vorhandenen Zieles nachholend gedachter Entwicklung fällt daher nicht allein in krasser Weise hinter das Entwicklungsdenken in anderen disziplinären Zusammenhängen zurück. Diese Teleologie ebenso wie ihr nationalstaatlicher Bezugsrahmen stehen in schreiendem Gegensatz zu den als akut erkannten Problemen der ökologischen Rückbindung menschlichen Wirtschaftens und der Globalisierung zentraler Abschnitte vor allem der Distributions- und Finanzsysteme heutiger Volkswirtschaften. Das sozioökonomische Entwicklungsdenken steht mit dem Wegbrechen solch fundamentaler, weitgehend axiomatischer Vorausset-



zungen vor einer unausweichlichen Neuorientierung. Dabei bieten sich zwei grundlegende Optionen:

Erstens besteht die sehr reale Möglichkeit, dass bestehende Tendenzen fortgeschrieben werden. Das Stichwort »Wettbewerbsstaat« bezeichnet die Verschärfung der nationalstaatlichen Fixierung von Entwicklungsmodellen, zeitgemäß ausgeweitet auf regionale Zusammenhänge. Das Prinzip eines hierarchischen Weltmarktzusammenhangs wird bereits durch handfeste Maßnahmen buchstäblich zementiert als elektronisch armierter Neuer Limes an Oder oder Rio Grande, als Festung Europa etc. Die Perspektive des modernisierenden Entwicklungsparadigmas wird damit aufgespalten. Neben der hegemonialen Entwicklung steht eine Welt-Sozialpolitik. »Armutsbekämpfung« soll Armut nicht mehr überwinden, sondern mildern, um ihre Sprengkraft zu beseitigen. Am wenigsten geht es um den Ausgleich von Entwicklungsniveaus, wie sich in drastischer Form am Handel mit Emissionsrechten ablesen lässt, der ja dazu beitragen soll, den beteiligten Metropolitangesellschaften selbst minimale Maßnahmen zu einer ökologischen Wende zu ersparen. Die Fortschreibung bestehender Tendenzen ist freilich gleichbedeutend mit der Fortexistenz und Verschärfung bestehender sozialer Spannungen und ökologischer Zerstörungen und Risiken.

Wieder als globaler Prozess gedacht, wirft Entwicklung Verteilungsfragen auf

Unter diesen Umständen muss die zweite Option als ebenso realistisch wie kontrafaktisch und minoritär gelten. Sie bedeutet für die Entwicklungstheorie die Aufhebung der Listschen Wende: Entwicklung kann nicht mehr als nachholender, sie muss (wieder) als gattungsgeschichtlicher, globaler Prozess gedacht werden. Darin liegt die Chance, dem reflexiven Moment der sozialen Evolution neue Geltung zu verschaffen – nicht mehr im Sinne der Nachahmung und des Vermeidens, sondern als bewusste Innovation, vor allem als positiv gewendete Kritik an der Wachstumsideologie. Sie mit dem globalen Ausgleich der Lebenschancen zu verbinden, wirft Verteilungsfragen auf globaler Ebene auf. Die Verabschiedung des desaströsen gegenwärtig hegemonialen Entwicklungsmodells kann nur dann realistisch werden, wenn sie in den Kerngesellschaften einsetzt, in denen die globale Hegemonie begründet ist. Nur so ist auch ein globaler Ausgleich der Lebenschancen und verfügbaren Ressourcen möglich, der nicht nur mit entgrenzter Profitmacherei, sondern auch mit schrankenloser kapitalistischer Akkumulation schwerlich vereinbar sein dürfte.

Was heißt dies nun für Interventionen im entwicklungsbezogenen Bereich? Wenn solche Aktivitäten den globalen Herausforderungen gerecht werden wollen, die mit »Entwicklung« letztlich bezeichnet sind, so können sie sich nicht auf ein partikulares Politikfeld beschränken, das irgendwo in fernen Ländern verortet wird. Noch wichtiger als die punktuell sicher sinnvolle Zusammenarbeit mit Bündispartnerinnen und -partnern im Süden und Osten muss die verstärkte Anstrengung zur Aufklärung und politischen Neuorientierung im eigenen Land sein. Dies ist auf absehbare Zeit eine krasse Minderheitenposition. Auch die kritische Politik, erst recht die Positionen, die die rot-grüne Bundesregierung nach Unterzeichnung des Koalitionsvertrags flugs verlassen hat, wurden und werden diesem Anspruch nicht gerecht. Allzu selten reflektieren sie ernsthaft den globalen Zusammenhang. Dieser taucht allenfalls im Globalisierungsdiskurs auf als Herausforderung an die nationalstaatliche oder die regionale europäische (Abwehr-)Politik. Erfahrungen der Kooperation zwischen einzelnen NGOs des Nordens und des Südens oder auch Ansätze im Agenda 21-Prozess können hier praktische Ansätze andeuten. Sie haben aber bisher nicht bewirken können, dass Umweltpolitik als selbst zunehmend marginalisiertes Politikfeld immer noch vorwiegend im nationalstaatlichen Kontext und sehr selten in ihrer Vernetzung mit sozialer Ungleichheit im internationalen Maßstab oder mit globalen Migrationsprozessen diskutiert wird. Das aber wird nötig sein, soll das Konzept der Nachhaltigkeit sich nicht auf einen wiederum nationalstaatlich umschriebenen »Umweltraum« beschränken (s. BUND/Misereor), sondern endlich auch die Risiken ernstnehmen, die sich aus Weltmarkthierarchie und ungleichen Lebenschancen gerade unter den Bedingungen einer sich intensivierenden globalen Kommunikation ergeben.

Für das Verständnis dieser Zusammenhänge und politischen Herausforderungen wird schließlich auch eine Theorie der globalen Entwicklung erforderlich sein. Die Krise der konventionellen Entwicklungstheorie fordert alles andere als kleine Schritte, sondern den Mut, die Schwächen und Beschränkungen der alten Ansätze zu überwinden und die Bedeutung der Entwicklungsproblematik im weltgesellschaftlichen Zusammenhang ernstzunehmen. Dazu gehört die schwierige Einlösung der Chancen, die sich aus der Besonderheit der sozialen Evolution, ihrer Reflexivität ergeben, nämlich die Aktualisierung bewussten Eingreifens in einen nur scheinbar objektiven Entwicklungsprozess angesichts erkennbarer Gefahren.

► **Reinhart Kößler** ist Dozent für Politologie an der Universität Münster. Von ihm ist zuletzt erschienen: »Entwicklung. Grundbegriffe der Sozialphilosophie u. Gesellschaftstheorie« s. Rezension in diesem Heft.

Literatur:

- Baer, Karl Ernst von 1828: Über die Entwickelungsgeschichte der Thiere. Beobachtungen und Reflexion. 1. Theil. Königsberg.
- Baer, Karl Ernst von 1983: »Welche Auffassung von der lebenden Natur ist die richtige? Und wie ist diese Auffassung auf die Entomologie anzuwenden?« In: ders., Entwicklung und Zielstrebigkeit in der Natur. Stuttgart, S.55-96 (1860)
- Briegel, Manfred 1963: Evolution. Geschichte eines Fremdworts im Deutschen. Phil. Diss. Freiburg im Breisgau.
- BUND/Misereor (Hg.) 1996: Zukunftsfähiges Deutschland. Ein Beitrag zu einer global nachhaltigen Entwicklung. Basel.
- Esteva, Gustavo 1992: »Development«. In: Wolfgang Sachs (Hg.): The Development Dictionary. A Guide to Knowledge as Power. London/New Jersey (dt. Wie im Westen, so auf Erden).
- Goethe, Johann Wolfgang 1977: Urworte orphisch. In: Die Gedichte der Ausgabe letzter Hand. Sämtliche Werke (Artemis-Gedenkausgabe), Bd.1, Zürich (1949).
- Herder, Johann Gottfried 1965: Ideen zur Philosophie der Geschichte der Menschheit. 2 Bde. Berlin/Weimar (1784-91).
- ders. 1968: Auch eine Philosophie der Geschichte zur Bildung der Menschheit. In: ders., Schriften. [Reinbek], S.64-139 (1774).
- Kant, Immanuel 1983: »Idee zu einer allgemeinen Geschichte in weltbürgerlicher Absicht.« In: ders., Werke in zehn Bänden. Hg. von Wilhelm Weischedel. Sonderausgabe. Darmstadt Bd.9, S.31- 50 (1784).
- Leibniz, Gottfried Wilhelm 1978: Principes de la Nature de la Grace, fondés en raison. In: Die philosophischen Schriften von G. W. Leibniz, hg. von C. I. Gerhardt. Neudruck. Hildesheim/New York, Philosophische Abhandlungen 1702-1716. Bd.6 (Berlin 1885), S.598-606.
- List, Friedrich 1959: Das nationale System der politischen Ökonomie. Basel/Tübingen (1841).
- Marx, Karl 1968: Das Kapital. Kritik der politischen Ökonomie. Erster Band, Buch 1: Der Produktionsprozess des Kapitals. Berlin (DDR) (1867).
- Meadows, Dennis 1972: Die Grenzen des Wachstums. Bericht des Club of Rome zur Lage der Menschheit. Stuttgart.
- Menzel, Ulrich 1988: Auswege aus der Abhängigkeit. Die entwicklungspolitische Aktualität Europas. Frankfurt am Main.
- Prigogine, Ilya/Isabelle Stengers 1984: Order out of Chaos. London.
- Rensch, Bernhard 1991: Das universale Weltbild. Evolution und Naturphilosophie. 2. durchg. Aufl. Darmstadt (1977).
- Sachs, Wolfgang 1992: Zur Archäologie der Entwicklungsidee. Frankfurt am Main.
- Senghaas, Dieter 1982: Von Europa lernen. Entwicklungsgeschichtliche Betrachtungen. Frankfurt am Main.
- ders. 1994: Wohin driftet die Welt? Frankfurt am Main.
- Tetens, Johann Nicholas 1777: Philosophische Versuche über die menschliche Natur und ihre Entwickelung. Kiel.
- Wieland, Wolfgang 1975: »Entwicklung, Evolution.« In: Brunner/Conze/Koselleck (Hg.), Geschichtliche Grundbegriffe. Historisches Lexikon zur politisch-sozialen Sprache in Deutschland. Bd.2. Stuttgart, S.199-228.
- Wolf, Eric R. 1986: Die Völker ohne Geschichte. Europa und die andere Welt seit 1400. Frankfurt am Main/New York.

Was tun, wie solidarisch sein?...

► ... lautet die Frage, die wir uns in einer Reihe zu aktuellen sozialen Bewegungen in Nord und Süd von Arbeitsloseninitiativen bis zu den Zapatistas stellen. Der berechtigte Zweifel am emanzipatorischen Gehalt vieler dieser Bewegungen, die oft als patriarchal, reformistisch oder nationalistisch wahrgenommen werden, verdeckt häufig die jeweilig spezifischen Motive des »Widerstands«. Denn meist geht es primär um konkrete Verbesserungen von Lebensbedingungen. Wie kann vor diesem Hintergrund eine Kritik des Ganzen der kapitalistischen Weltvergesellschaftung gefordert und können gleichzeitig Bewegungen unterstützt werden, die »nur« um das Machbare ringen? Der Einleitungsartikel zu unserer Reihe gibt dabei den Stand der Debatte um die Widersprüche internationaler Solidarität wider. Dass die hier formulierten Positionen nicht unumstritten sind, zeigte schon die Kontroverse im letzten Heft. Wir laden daher zu Stellungnahmen und Widersprüchen ein.

die redaktion

Die Neu-Erfindung des Sozialen

von **Thomas Seibert**

► Das ‚global village' des freien Welthandels enthüllt sich für die Mehrzahl seiner BewohnerInnen als verwüstetes Land. Zeit also für eine radikale Kritik des Bestehenden, für Alternativen zur herrschenden Ordnung. Zur Misere aber gehört, dass die oppositionellen Kräfte einflussloser sind als je zuvor: Aus solcher Lage zieht man sich nicht am eigenen Schopf heraus. Wer glaubt, die Richtung angeben zu können, trägt zur allgemeinen Lähmung bei. Was also tun?

Projektarbeit, Lobbyismus und Widerstand sind aufeinander abzustimmen

Je weiter die gegenwärtige neo-liberale Transformation der Staatlichkeit vorangetrieben wird, desto weniger können Staat und Staatsmacht Mittel emanzipativer Gesellschaftsveränderung sein. Deshalb muss emanzipatorische Politik die Staatlichkeit zugleich über- und unterschreiten: In einem Grenzen *überschreitenden* Reformismus von Nicht-Regierungs-Organisationen (NROs) muss sie internationale Solidarität und soziale Autonomie von ihren nationalstaatlichen Begrenzungen ablösen. Beispiele wären hier die Landminenkampagne oder die Anti-MAI-Kooperation von NROs. Im Rahmen solch überstaatlicher Netzwerke wird auf eine andere Globalisierung gesetzt: Quer zum System der Nationalstaaten wird in internationalen Bündnissen von NROs um die Herstellung einer weltweit vernetzten kritischen Öffentlichkeit und eines überstaatlichen Rechts gestritten. Die Ausbreitung solcher – in der Regel äußerst heterogenen – »Organisationen neuen Typs« ist selbst ein Phänomen der letzten Jahre.

Weil NROs heute allerdings vielfach Aufgaben wahrnehmen, die noch vor kurzem (sozial-)staatlich bewältigt wurden, bilden sie häufig »erweiterte Staatsapparate« und tragen mit ihren »Ersatzdiensten« zum weiteren Abbau staatlicher Sozialleistungen bei (*s. iz3w Nr. 216*).[1] Andererseits nehmen NROs advokatorisch die Interessen derjenigen wahr, die – da hilft auch die logisch richtige Kritik an »Stellvertreterpolitik« nichts – sich selbst schlichtweg nicht mehr vertreten können, weil sie nach neo-liberaler Strategie nur noch »Überbevölkerung« sind: niedergeworfen, unterdrückt und demoralisiert, physisch und psychisch entkräftet durch entmenschlichte Lebensverhältnisse. Dabei bleiben die Möglichkeiten des international operierenden NRO-Reformismus beschränkt. Weil sie sich notwendig innerhalb der geltenden Rechtsverhältnisse bewegen müssen, können NROs selbst dort nur systemimmanente Ziele verfolgen, wo sie sich für neues Recht einsetzen. Strukturell auf Lobby-Aktivitäten ausgerichtet, sind sie darauf angewiesen, von den bestehenden Machtstrukturen ko-optiert zu werden und mit massenmedialen Apparaten zu arbeiten. Insofern gilt, dass die Internationale der NROs nicht umstandslos als Medium emanzipativer Strategien verstanden werden darf, sondern eher als ein Feld, in dem solche Strategien eingesetzt und zur Wirkung gebracht werden können. Dabei ist die Abstimmung zwischen qualifizierter Projektarbeit, dem auf die Beeinflussung von Staatsapparaten ausgerichteten Lobbyismus und der Teilnahme an gesellschaftlichen Widerständen immer neu und folglich nie in »politisch korrekter« Weise auszutarieren.

Zugleich muss emanzipatorische Politik *unterhalb* der staatlichen Sphäre intervenieren, um gesellschaftliche Selbstbestimmung auch auf lokaler oder regionaler Ebene zu verteidigen oder neu zu erfinden. Dies schließt die Abkehr von den formell fortbestehenden, faktisch weithin leerlaufenden liberaldemokratischen Institutionen ein. Der Dreh- und Angelpunkt solcher Verteidigung und Neu-Erfindung des Sozialen kann nur in der Dynamik neo-liberaler Globalisierung selbst gefunden werden: Da, wo Millionen von Menschen in die Informalität de-regulierter sozialer Verhältnisse gezwungen werden. Gerade dort aber ist in den letzten Jahren die subjektive Befähigung zu emanzipativem Handeln systematisch zerstört worden. In der Informalität der slums, favelas, gecekondus oder townships kann von Selbstbestimmung zunächst nur insoweit gesprochen werden, als sich jenseits einer staatlich garantierten Rechtssphäre oftmals bandenförmige, in vielen Fällen auf unmittelbarer Gewaltausübung aufbauende korporative Strukturen herausbilden mussten. Beispiele dafür sind die Regimes bewaffneter Gangs in den Slums der Megastädte, die »Paralleluniversen« der Mafia in den Drogenanbaugebieten Lateinamerikas oder Asiens oder die neo-feudalen Territorialherrschaften »wilder« warlords, die sich in nahezu allen »Nachkriegsgesellschaften« Afrikas, aber auch in ehemals staatssozialistischen Ländern etablieren konnten.

Landlose und »Social Unionism«

► Weil jedoch der Rückzug der Staatsapparate und die Brutalität der globalisierten Ökonomie, ebenso wie die zunehmende Verdinglichung des 'bürgerlichen' Alltags immer mehr Menschen dazu bringen, nach Überlebens- und Lebensmöglichkeiten jenseits von Staat und Markt zu suchen, finden sich überall auf der Welt Versuche zur Selbstorganisation. Auch hier gilt, dass die Mehrzahl solcher Projekte aus äußerster Verelendung entstehen und insofern kaum mehr als selbstverwaltete Armutsregimes darstellen, die vom formalen Sektor der Warenproduktion als materielles Reservoir und soziales Auffangbecken gebraucht werden. Und die Spaltungen und Ausgrenzungsmechanismen der gesellschaftlichen Verhältnisse finden sich auch in den »autonomen Gemeinden«, in den Kooperativen, Genossenschaften und sozialökonomischen NROs, sie fanden und finden



Wohin?
Foto: R. Maro / version

sich in den Gewerkschafts- und Parteiverbänden, die sich diesen Selbstorganisationen als politische Vertretung anbieten oder sie für ihre Zwecke zu instrumentalisieren suchen.

In nicht wenigen Fällen sind es aber gerade diese Spaltungen, Ausgrenzungen und Instrumentalisierungsversuche, die zum Anlass einer fortschreitenden Politisierung solcher Projekte werden. Dies ist die Voraussetzung dafür, dass aus den *real life economics* der Informalität Keimformen neuer sozialer Bewegungen werden können. Bewegungen, die im Unterschied zu den Partei- und Gewerkschaftsorganisationen der Industrieproletariate und im Unterschied auch zu den oftmals von städtischen Intellektuellen dominierten antikolonialen Befreiungsfronten ihren Ort unmittelbar in der ökonomischen Sphäre haben. Sie sind insofern erstmals »soziale Bewegungen« im Vollsinn des Wortes: Vorgriffe auf eine nur scheinbar »vor-politische«, nichtsdestoweniger aber autonome gesellschaftliche Reproduktion jenseits von Staat und Markt.

Erste politische Ausdrücke einer solchen autonomen Reproduktion des Sozialen sind die Bauernbewegungen des indischen Subkontinents, die sich in der alltäglichen agrikulturellen Praxis selbst verankern und zugleich militante Kampagnen gegen die Praktiken des US-amerikanischen Monsanto-Konzerns organisieren; die Bewegung der Landlosen in Brasilien, deren Angehörige sich mittlerweile nicht nur das Land nehmen, das ihnen verweigert wird, sondern in Eigenregie niederkonkurrierte Fabriken übernehmen, in denen sie eine nicht-warenförmige Selbstversorgungsproduktion initiieren; die grassroots-Organisationen südafrikanischer townships, die im Bündnis mit oppositionellen Gewerkschaftsverbänden jenen neuartigen Typ eines territorial organisierten sozialen Widerstands praktizieren, den man »social movement unionism« zu nennen beginnt.

Gemeinsam ist diesen Initiativen, dass sie die für emanzipative Bewegungen seit je zentrale »Machtfrage« neu zu beantworten suchen: Ihnen geht es fern der Fixierung auf die »Eroberung der Staatsmacht« eher um die Subversion bestehender als um die Schaffung neuer Machtverhältnisse. Solche Subversion zielt nicht einfach auf die formelle Demokratisierung autoritärer Staatsapparate, sondern auf die Schaffung der rechtlichen und politischen, vor allem aber auch der kulturellen und der ökonomischen Voraussetzungen sozialer Autonomie auf der lokalen und regionalen Ebene.[2]

Gegen die Katastrophe des Fortschritts

► Mehr als je zuvor muss internationale Solidarität heute auf der Grundlage selbstbestimmter Gegenseitigkeit basieren. Dabei gilt es, auf die bestenfalls romantische Unterstellung abstrakter Gemeinsamkeiten und übermächtiger Klassen- oder Volks-Subjekte zu verzichten: Anerkannt werden muss, dass internationale Solidarität aus höchst unterschiedlichen Bedingungen und Interessenlagen erwächst und deshalb nur in einem notwendig widersprüchlichen Prozess entstehen kann.

Anerkannt werden muss auch, dass trotz der relativen Ent-räumlichung des Unterschieds von Metropole und Peripherie das Zentrum der globalen Ausbeutungs- und Unterdrückungsverhältnisse mehr denn je in den führenden Staaten der »Neuen Weltordnung« liegt, in den USA, in Europa und in Japan. Eine Veränderung der Verhältnisse in den Peripherien ist deshalb primär an eine Veränderung der Verhältnisse in den Metropolen gebunden. Das kapitalistische Weltsystem ist aber keine abstrakte Supermacht, sondern das gesellschaftliche Verhältnis, das im Ganzen der Produktions-, Konsum- und Lebensformen wurzelt, die wir alle im eigenen alltäglichen Handeln aufrechterhalten. Auch und gerade deshalb sind emanzipative Politik und internationale Solidarität keine »Staatsaffaire«, keine Angelegenheit durchorganisierter Avantgarden oder revolutionärer Kommandoräte. Sie hängen an der autonomen Vertretung der eigenen Interessen, an der praktischen Selbstorganisation in allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens und an der Wiedergewinnung einer Öffentlichkeit, in der um Emanzipation und gegen die Katastrophe eines Fortschritts gestritten werden kann, der nur der Fortschritt der Katastrophe wäre.

Anmerkungen:

1 Schlimmstenfalls leisten sie sogar staatsterroristischen Operationen wie »ethnischen Säuberungen« Vorschub, die schon im zynischen Kalkül auf ihre »Hilfe« geplant und durchgeführt werden. Hier reicht die Perfidie der politisch-militärischen Führungsstäbe so weit, die Ineffizienz von »Hilfswerken« in der Beseitigung der »Kollateralschäden« 'friedensschaffender' Kriegsführung zu beklagen, um die Unterstellung der NROs unters eigene Kommando vorzubereiten.

2 Subcomandante Marcos (EZLN) bezeichnet diese Umkehr der Perspektive als das Besondere eines ebenso universellen wie pluralistischen »Neozapatismus«: »Wir denken also, wenn wir die Macht nicht ergreifen wollen, dass dies zu einer anderen Form der Politik und zu einer anderen Art von Politikern und Politikerinnen führt (...). Der Preis für unser Leben ist weder ein Bürgermeisteramt noch eine Gouverneursstelle, noch die Präsidentschaft von Mexiko, noch der Vorsitz der Vereinten Nationen. Der Preis für das Leben der Zapatistas ist eine Welt, in der alle Welten Platz haben. (...).«

► **Thomas Seibert** ist Mitarbeiter von medico international. Der Text ist der von der Redaktion gekürzte Schlussteil eines längeren Beitrags zur Geschichte und Gegenwart internationaler Solidarität, der bei medico (069/944380) erhältlich ist.

FernWeh –

immer wieder reisen, immer wieder Kritik

»Nur Reisen ist Leben, wie umgekehrt das Leben Reisen ist« – wer wollte diesem Bonmot von Jean Paul schon widersprechen? Für viele ist Reisen zum selbstverständlichen Bestandteil des Lebens, ja des Alltags geworden. Und für viele ist dieser Bestandteil mit ausgesprochen schönen und wichtigen Erfahrungen verbunden. Das kann kein kollektiver Irrtum sein: in nahezu allen gesellschaftlichen Schichten ist »Reisen« mit einer großen Bandbreite positiver Bewertungen besetzt. Im Reden und Schreiben über das Reisen werden Illusionen konstruiert und Mythen aufgebaut. Um so treffender scheint es, die Kritik am Tourismus als genussfeindlich abzutun. Die Appelle der Tourismuskritik an TouristInnen und Reiseveranstalter bekamen schnell den faden Beigeschmack einer Verzichtsethik. Eine Tourismuskritik, die die Lust am Reisen negiert und die Auswirkungen durch den Tourismus allein auf individuelle Verantwortung schiebt, muss von Sackgasse zu Sackgasse irren.

Liegt die Flaute der tourismuskritischen Debatte daran, dass die Verpackung nicht stimmt? Ist die Kritik am Reisen nicht trendy genug für die think-positive-Philosophie der heutigen fun generation? Ambivalent ist gerade die subjektive Einstellung zum Reisen selbst, die die Kritik am Tourismus häufig widersprüchlich macht. Denn was des einen Glück ist des anderen Leid, doch wo und nach wessen Maßstäbe werden auf der Skala zwischen frohlockender Reiselust und Ökosünde Grenzen ausgemacht?

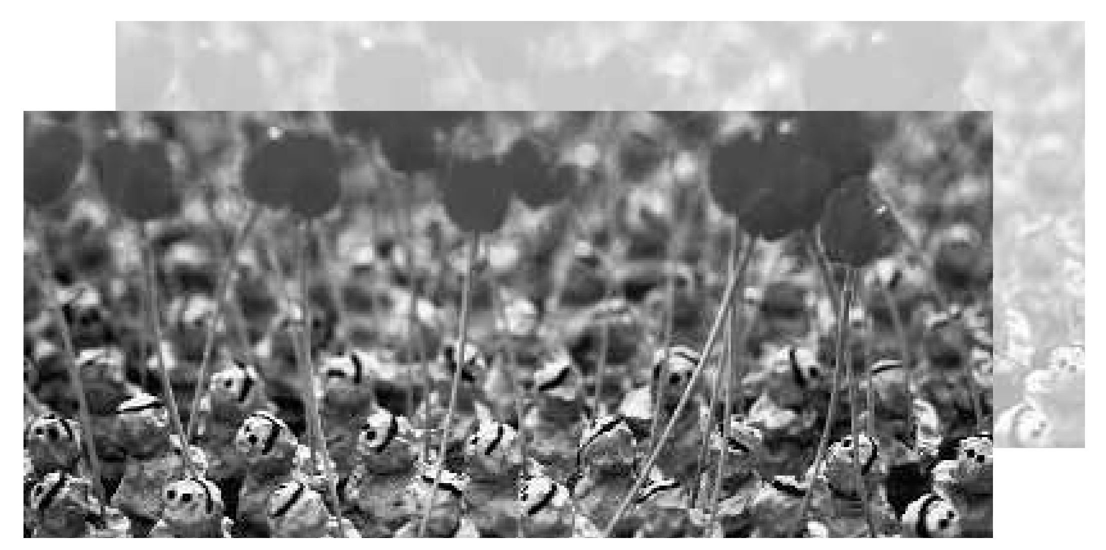
An die Stelle des auf Dauer höchst unbefriedigenden Schlagabtausches zwischen kritischen Fachzirkeln und Vertretern der Tourismuslobby tritt seit Beginn der 90er Jahre ein von Diplomatie und Rhetorik geprägter Verhandlungsprozess. Da wurde zum Beispiel in den 80er Jahren von den TourismuskritikerInnen mit bislang nicht widerlegten Argumenten gezeigt, dass Tourismus kein geeignetes Mittel ist, um breitenwirksame sozioökonomische Entwicklungsprozesse in der Dritten Welt zu initiieren. Die gleichen Leute sehen heute in der Tourismusförderung ein opportunes Mittel der Entwicklungszusammenarbeit, weil z.B. Ökotourismus »Indigenen« und anderen marginalisierten Gruppen Einkommensmöglichkeiten verschaffe. Solche Argumente ehemaliger KritikerInnen werden in neuen Konzepten für sozial- und umweltverträglichen Tourismus geradezu aufgesogen. Dabei mogelt sich die Debatte oft genug geschickt an einer echten und ehrlichen Auseinandersetzung über die knallharten Zielkonflikte der Akteure im Tourismus vorbei: Die einen wollen durch Tourismus Umweltschutz ermöglichen, die anderen Geld verdienen und wieder andere möglichst wenig bezahlen. Alles zusammen aber geht nicht, und so bleibt die Vision vom sozial- und umweltverträglichen Tourismus nicht erst dann auf der Strecke, wenn die Anreise mit dem Flugzeug erfolgt oder die ‚Bereisten' mit Trinkgeldern abgespeist werden.

Seit Jahresbeginn will die im **iz3w** angesiedelte Projektstelle **FernWeh – Forum Tourismus & Kritik** den beharrlichen Konflikt zwischen der Reiselust und den schmerzlichen Missständen, die die touristische Realität in der Ferne nach sich zieht, thematisieren. Der vorliegende Themenblock versucht eine erste eigene Standortbestimmung in einer ermüdeten Debatte. Vor allem aber wirft er die Fragen erneut auf, die die Tourismuskritik seit ihrer Entstehung begleitet haben und die sie nie hat beantworten können: Was tun, wie die kritische Diskussion des Tourismus vorantreiben, ohne nur rhetorische Kunststückchen zu vollbringen? Wie gesellschaftskritisch betrachten, ohne in moralinsaure Vorwürfe zu verfallen? Wie lassen sich, den drängenden Handlungszwängen zum Trotz, in der Retroperspektive und Reflexion kritischer Ansätze neue Spielräume finden, ohne in selbstbeschaulicher Reisemotivforschung zu versinken? Wir hoffen, durch Rückblick und Neubetrachtung der Theorien rund um die Tourismuskritik Denkanstöße zu finden. Doch wie verhandelbar bleiben, ohne die am Strukturellen ansetzende Kritik der praktischen Politikfähigkeit zu opfern? Mit einem Beitrag über global networking und die aktuelle Diskussion über Tourismus und Biodiversität geben wir einen Einblick in die derzeitigen Formen tourismuskritischer Arbeit.

Wo lassen sich Gegenentwürfe zum derzeitigen Tourismus suchen, welche nicht nur elitäre, weil hochpreisige Marktnischen bedienen, sondern breitenwirksame Alternativen für die Erfüllung des Erholungsbedürfnisses (auch der bislang wenig reisenden Menschen im Süden) einbeziehen? Hier wird das vieldeutige Konzept des Ökotourismus und seine Fallstricke diskutiert.

FernWeh möchte zukünftig als Forum für den Austausch von kontroversen Ansichten dienen und die Tourismuskritik im Kontext aktueller gesellschaftlicher und politischer Entwicklungen betrachten. Wir laden alle, die dieses Thema bewegt, zur Teilnahme an dieser Debatte ein. Die nächste Möglichkeit besteht vom 12. bis zum 14. November beim Seminar »Nachhaltiger Tourismus oder nachhaltige Tourismuskritik?«, das **FernWeh** zusammen mit dem AKE-Bildungswerk, dem BUKO und Tourism Watch in Vlotho veranstaltet. Selbstverständlich sind auch schriftliche Beiträge willkommen. Schon jetzt möchten wir auf unsere Internet-Seite (www.iz3w.org) verweisen, die in den nächsten Monaten zu einem interaktiven Informations- und Diskussionsforum über Tourismus ausgebaut werden soll.

die redaktion



Glück – Obi Oberwallner, Foto: M. Wissing BFF

Immer noch brandet die Ferne

Tourismustheorie nach Enzensberger

von **Cord Pagenstecher**

Studien zum Ferntourismus untersuchen meist dessen sozioökonomische und kulturelle Auswirkungen auf die Bereisten. Je mehr sie diese als 'Opfer' verstehen, desto weniger beachten sie aber die Motive und Wahrnehmungen der Reisenden. Theoretisch stützen sich die Studien häufig auf Entwicklungs- und Dependenztheorien; zu wenig werden die Ansätze einer Tourismustheorie genutzt. Auf der Basis der vor 41 Jahren erschienenen Theorie des Tourismus von Hans Magnus Enzensberger werden anthropologische, soziale und historische Konstruktionen touristischer Leitbilder diskutiert.

► Enzensbergers Tourismuskritik beginnt mit einer Kritik an der Kritik: Insbesondere die Kritik an der Vermassung des Reisens sei häufig eine elitäre Reaktion von Reisenden auf die Entprivilegierung bestimmter Reiseziele und -formen. Dass sie den Tourismus stets begleite, beruhe auf dessen strukturellen Wurzeln. Der Tourismus habe sich parallel zur Entwicklung der bürgerlichen und der Industriegesellschaft entfaltet und gehe, wie diese, am Anfang des 19. Jahrhunderts von England aus. Seine Leitbilder, unberührte Landschaft und unberührte Geschichte, gingen auf die Freiheits-Projektionen der Romantik zurück, die eine Flucht vor der politischen Restauration nach der bürgerlichen Revolution, mehr noch vor der Entfremdung der Arbeitswelt verhießen. Die TouristInnen flöhen vor der Disziplinierung des Alltags in der Industriegesellschaft.

Dieser Fluchtversuch sei jedoch zum Scheitern verurteilt, denn der Tourismus als »Befreiung von der industriellen Welt hat sich selbst als Industrie etabliert, die Reise aus der Warenwelt ist ihrerseits zur Ware geworden«. Der Tourismus sei charakterisiert durch drei Elemente jeder industriellen Produktion: Normung, Montage und Serienfertigung. Seit den 1830er Jahren normierten die Reiseführer die Sehenswürdigkeiten, deren Besichtigung auf der vermeintlich zweckfreien Reise Pflicht sei. Wenig später habe mit der Montage der genormten Reiseziele in Pauschalarrangements und ihrer Serienfertigung als Gruppenreisen die Massenproduktion des Konsumguts Tourismus begonnen.

Parallel zur Ausdehnung des Kapitalismus habe sich der Tourismus auf neue Schichten und neue Länder ausgebreitet und gerade in Deutschland »totalitäre« Züge angenommen. Individuelle und kollektive Ausbruchsversuche wie der Wandervogel oder die Campingbewegung seien stets misslungen. Ebenso erginge es dem neuen, »radikalen« Anlauf, »dem geheiligten Zeremoniell des sight-seeing [...] das life-seeing« gegenüber zu stellen und nun Alltagsleben und Gastfreundschaft der Bereisten ins Zentrum des touristischen Interesses zu stellen.

Insgeheim sei sich der Tourist seines Scheiterns bewusst. Dass er »im Grunde von der Vergeblichkeit seiner Flucht weiß, noch ehe er sie unternimmt«, mache seine »Trostlosigkeit« aus. Doch könne er seine Enttäuschung nicht eingestehen, denn neben der Freiheitsverheißung sei die Hebung des Sozialprestiges der zweite Hauptgrund des Reisens. Der Urlauber suche »nicht nur die Geschichte als Museum, nicht nur die Natur als Botanischen Garten, sondern auch gesellschaftliche Entrückung im Bilde des high life« etwa eines luxuriösen Hotels.

Zuhause wiederum dienten Fotos und Souvenirs zum Beweis des Reiseerfolgs gegenüber den Daheimgebliebenen. Gleichzeitig bestätigten seine Bilder die bunte Reklame der Tourismusindustrie. »Diese Bestätigung des Vorgespiegelten als eines Wahren ist die eigentliche Arbeit, die der Tourist ableistet.« Trotz seiner Vergeblichkeit sei der massenhafte Reisewunsch im Grunde eine ständige, allerdings unausgesprochene Kritik an den gesellschaftlichen Verhältnissen: »Jede Flucht aber, wie töricht, wie ohnmächtig sie sein mag, kritisiert das, wovon sie sich abwendet.«

Zeitreisen mit Rückfahrschein

► In den vergangenen 40 Jahren hat die Tourismusforschung und -kritik Enzensbergers »Theorie des Tourismus« viel zitiert und kritisiert, aber kaum wissenschaftlich überprüft. Vielen WissenschaftlerInnen galt sie als zu feuilletonistisch. Der brillant formulierte Essay von 1958 kann und will jedoch keine theoretisch ausgefeilte und empirisch fundierte Gesamtdarstellung sein. Er ist aber bis heute ein anregender und umfassender Syntheserahmen für die Tourismustheorie.

Drei Erklärungsmodelle für touristische Leitbilder ähneln den Ansätzen Enzensbergers, auch wenn sie zum Teil in Abgrenzung von ihnen entwickelt wurden. Enzensberger stellt die beiden Leitbilder der 'unberührten'

Landschaft und der ‘unberührten’ Geschichte ins Zentrum des touristischen Blicks. Auch der Tourismushistoriker Hasso Spode interpretiert den Tourismus als »Zeit-Reise mit Rückfahrschein«. Diese Zeitreise führt nicht nur in die ‘unberührte’ Geschichte sondern auch zu ‘ursprünglichen’ Landschaften und Völkern. Mittelalter, Exotik oder Strandspiele – überall suchen wir das ‘Andere’, ‘Frühere’, ‘Verlorene’. Allerdings galt auch das Allerneueste und Fortschrittlichste stets als Reiseziel – von der Pariser Weltausstellung bis zu den jüngsten Baustellen in Berlin.

Zudem gibt es neben diesem ‘romantischen’ Blick auch einen geselligkeits- und erlebnisorientierten touristischen Blick, den der Engländer John Urry als ‘collective gaze’ beschreibt. Er setzt neben zahlreichen Aktivitätsangeboten auch die Anwesenheit anderer TouristInnen voraus. Beispielhafte Objekte des kollektiven touristischen Blicks sind vielbesuchte Seebäder wie Blackpool oder Ibiza, deren Attraktivität gerade darin liegt, dass man Teil der Masse wird, dass ‘etwas los ist’. Ähnliches gilt für Städte oder Vergnügungsparks.

Der Soziologe Christoph Hennig zäumt den Tourismus von seinen anthropologischen Grundlagen her auf: Fest, Ritual und Spiel. Wie Urry sieht er das gesellige Vergnügen, exemplifiziert am mallorquinischen Ballermann-Strand, als ein Kernelement modernen Reisens. Dieser ‘vulgäre’ Bade- und Vergnügungsurlaub erinnert an die karnevalesken und obszönen Volksexzesse bei mittelalterlichen Festen, die von der Obrigkeit erst allmählich unterdrückt werden konnten. Das Erbe der ‘offiziellen’ religiösen Rituale dagegen trat der romantische Kunst- und Besichtigungstourismus an. Durch den Kontakt mit den sakralisierten Sehenswürdigkeiten, zumal mit der seit jeher als Träger sakraler Inhalte fungierenden Kunst, erhoffen sich die Reisenden eine individuelle Erhöhung.

Für Hennig ist der Ritualbegriff gleichwohl zu schillernd und auch zu »schwer«; den Tourismus kennzeichne nämlich auch die Leichtigkeit des unverbindlichen Spiels, sei es als Verwandlung (Bauer für einen Tag) oder als Rausch (Bungee-Jumping). Die reinste Form dieses regressiven, spielerischen Tourismus sei der Besuch von bewusst fiktiven Spielwelten wie den Freizeit- und Vergnügungsparks.

Immer wieder wird Enzensbergers Verständnis des Tourismus als Flucht kritisiert. Leicht zu widerlegen ist dabei die Kritik derjenigen, die das Reisen aus einem natürlichen ‘Bildungs-’ oder ‘Wandertrieb’ heraus erklären wollen. Dieser Bezug auf die Natur des Menschen relativiert zu stark die historische Spezifik des modernen Tourismus.

Schwerer wiegt die Kritik Christoph Hennigs, Enzensberger betone die »Trostlosigkeit« der TouristInnen zu stark. Seine Fluchttheorie ignoriere die subjektiven Glückserfahrungen der Reisenden; »von der Faszination des Reisens weiß sie nichts«. Hennig erklärt dies aus der puritanisch-genussfeindlichen Tradition der Tourismuskritik, ja, der Wissenschaft überhaupt. Für ihn dient das Reisen dazu, »der eingespielten sozialen Ordnung vorübergehend zu entkommen – nicht in blinder Flucht, sondern als produktive menschliche Leistung, die neue Erfahrungen ermöglicht.« Es entlaste das Individuum vom alltäglichen Druck sozialer Normen und gebe der Gesellschaft ein integrierendes Ventil.



In der Tat ist der Fluchtbegriff generell im Tourismus problematisch. Er kann leicht die weltweit zunehmenden tatsächlichen Fluchtbewegungen – ohne Rückkehrchance – verharmlosen. Hennig führt aber noch ein weiteres Argument gegen die Fluchtthese an: »Am meisten reisen seit jeher die Angehörigen jener Schichten, die zur ‘Flucht’ am wenigsten Anlass haben«, nämlich die Adligen und die Reichen. Wenn Enzensberger den Flucht-Aspekt und die romantischen Leitbilder des Unberührten hervorhebt, so ist das schon eine bildungsbürgerliche Verengung, die die unterschiedlichen Funktionen des Reisens für verschiedene soziale Schichten verkennt und die schlichte Erholung als Motiv der meisten Reisenden vernachlässigt. Auch in der vermeintlich nivellierten Gesellschaft der Bundesrepublik ‘flieht’ eine Arbeiterin vor einem anderen Alltag und auf eine andere Weise als ein Studienrat. Für Enzensberger aber ist der Tourismus im Rahmen der industriellen Welt überall und für alle gleich.

Romantik und Geselligkeit

► Schichtspezifisch bezieht sich Enzensberger speziell auf das Bürgertum, in dem die romantischen Freiheitsversprechen besonders wirksam waren. Tatsächlich spricht viel dafür, den Tourismus als ein spezifisch bürgerliches Phänomen zu betrachten. Er griff auf adlige Vorbilder zurück, entwickelte sich aber erst mit dem Aufstieg bürgerlicher Werte wie Planbarkeit, Wissensstreben, Marktwirtschaft und Vereinswesen. Mit demonstrativer Bescheidenheit, romantischer Einsamkeit und intellektuellem Interesse distanzierte sich das Bürgertum anfangs vom vergnügungssüchtigen Adel – die Seebäder richteten Lesehallen statt Spielcasinos ein. Genauso distanzierte sich das Bürgertum später vom geselligeren Proletariat – Toscana statt Teutonengrill, Finca statt Ballermann.

Der proletarische ‘kollektive’ Blick dagegen entstand, als die nordenglische Arbeiterschaft begann, sich in den nahegelegenen, billigen Seebädern zu vergnügen. Er verbreitete sich mit sinkenden Flugpreisen entlang des Mittelmeers und in den Tropen.

Differenziert man genauer, so kommt der romantische Blick besonders den bürgerlichen Intellektuellen entgegen. Der ökonomisch billige, kulturell aber höchst legitimierte Museumsbesuch – für das Wandern gilt das gleiche – entspricht der asketischen Ästhetik des Bildungsbürgertums, es muss – im Vergleich zum Besitzbürgertum – das ihm fehlende ökonomische Kapital durch sein kulturelles Kapital ausgleichen. Verbindet man die institutionelle und die soziale Lenkung des touristischen Blicks, so ist zu vermuten, dass die – bürgerlichen – ReiseführerautorInnen und Fremdenverkehrsfachleute der ‘romantischen Einsamkeit’ zu guter Werbung verhelfen, auf den proletarischen Massentourismus dagegen hinabschauen. Andererseits könnte man aber im Gegenteil erwarten, dass die Werbebranche eher dem geselligen Blick zugeneigt ist. Anders als die an der protestantischen Arbeitsethik orientierten alten Mittelklassen, die für Vergnügen eine Entschuldigung brauchten, sehen diese neuen Symbolproduzenten Vergnügen als ihre Pflicht. Wer keinen ‘Fun’ hat, gilt als gescheitert.

Damit tritt neben romantische Authentizität und gesellige Masse der ‘Fun’. Die gerade im Stadttourismus so beliebten Kultur-Events und Geschichts-Spektakel erinnern an das von Hennig als dritte Wurzel des Tourismus neben sakral-authentischem Ritual und vulgärem Fest genannte spielerische Erlebnis.

Geplante Blicke

► Der Einwand, Enzensberger verkenne die Erholung als wichtigstes Reisemotiv, muss aber noch in einer anderen Hinsicht diskutiert werden. Er unterscheidet nicht zwischen den bewussten Reise-Motiven der TouristInnen und den nicht notwendig bewussten Funktionen des Tourismus. Dieser Unterschied ließe sich am Beispiel der ‘Grand Tour’ verdeutlichen. Das Reisemotiv der jungen Adligen des 18. Jahrhunderts war primär die Bildung, vielleicht auch das Vergnügen; für den Adel im Ganzen diente die ‘Grand Tour’ dagegen der Sozialisation des Nachwuchses und der ständischen Selbstdarstellung. Es spricht also nicht gegen die Fluchtthese, wenn die nach ihrem Reisemotiv Befragten nicht mit ‘Flucht’ antworten. Offensichtlich können Umfragen nach Reisemotiven alleine nicht erklären, warum wir reisen.

Andererseits kann eine Theorie des Tourismus die subjektiven Erfahrungen der Rei-

senden nicht ignorieren. Es wäre zu leicht, sie als bloße Manipulation der dummen Reisenden durch finstere Mächte wie die Tourismusindustrie hinzustellen und als falsches Bewusstsein abzutun. Bei der Frage, wie die vermutete Manipulationsmacht der Tourismuswerbung im Einzelnen funktioniert, spielen die kulturell etablierten ‚touristischen Blicke' eine zentrale Rolle. Sie vermitteln als historisch und gesellschaftlich konstruierte Deutungsmuster und Leitbilder zwischen strukturellen Funktionen und individuellen Motiven im Tourismus. Ueli Gyr spricht vom »Symbolkonsum« – ein Begriff, der den Tourismus gleichermaßen als kulturelles, von Leitbildern und Imaginationen geprägtes Phänomen und als ökonomisches, von wirtschaftlichen Interessen und Werbung geprägtes Phänomen versteht.

TouristInnen sind in allen Kulturen damit beschäftigt, 'typische' Zeichen und Symbole zu sehen und zu sammeln. Die Tourismuswirtschaft braucht aber klar definierte, regelmäßig planbare 'Blicke', um die entsprechende Infrastruktur bereitstellen und mit ihr Geld verdienen zu können. Damit die TouristInnen wissen, wann, wie und wohin sie 'blicken' müssen, werden die touristischen Attraktionen in einem komplexen Prozess als Attraktionen gekennzeichnet und hervorgehoben. Bei mancher Attraktion – etwa dem geographischen Mittelpunkt der USA – wird letztlich das Hinweis-Schild zur eigentlichen Sehenswürdigkeit.

Im Süden nichts Neues

► Enzensberger betont – wie die Tourismusforschung generell – die Standardisierung des touristischen Blicks. Die Reiseroute hake demnach lediglich die normierten Sehenswürdigkeiten ab, die Urlaubsfotos vollzögen im Wesentlichen die von der Tourismusindustrie vorgegebenen Klischees nach. Ob Reiseverhalten und Wahrnehmung der Reisenden tatsächlich so standardisiert sind, ist jedoch noch kaum erforscht.

Für Enzensberger wissen TouristInnen um die Vergeblichkeit ihrer Flucht bereits vor Antritt der Reise, dürfen dies aber aus Prestigegründen nicht zugeben. An dieser Stelle besteht also ein Zusammenhang zwischen den ökonomischen Strukturen der Tourismuswirtschaft und den sozialen Strukturen der Herkunftsgesellschaft: Die manipulative Macht der Tourismusbranche funktioniert nur auf Grund der sozialen Distinktionsversuche der TouristInnen. Die manipulierten ‚Opfer' wirken an ihrer Manipulation kräftig mit. Sie bestätigen die Tourismuswerbung; ihre Urlaubserzählungen sind Umfragen zufolge die wichtigsten Werbemittel der Branche. Schon beim Betrachten von Prospekten und Katalogen sind die potentiellen Reisenden nicht passiv. Vielmehr wird die Werbebotschaft nur transportiert, wenn die betrachtende Person 'mitarbeitet'. Wichtige Mittel dabei sind gewiss die etablierten touristischen Leitbilder.

Abgelehnt wurde Enzensberger besonders von den TourismusforscherInnen, die meinen, Gesellschaftskritik à la '68 habe in der Tourismustheorie nichts verloren. Demgegenüber halte ich Wissenschaft per definitionem für kritisch und interessiere mich für den Tourismus nicht nur als Marketingfrage, sondern als allgemein-gesellschaftliches Phänomen. Allerdings steht Enzensbergers Essay im zeitgebundenen Kontext der gesellschaftskritischen Diskussion der fünfziger und sechziger Jahre; er erschien 1958. Wie stand es aber 1958 um den Tourismus?

Die soziale und räumliche Ausdehnung des Tourismus ließ um 1960 einen industriell organisierten Massentourismus entstehen. Wichtigste Tendenzen dabei waren wohl die sogenannte 'Demokratisierung' des Reisens, die Automobilisierung, der Pauschalflug, die Auslandsreise, speziell nach Süden. Haben diese Veränderungen neue Wahrnehmungsmuster geschaffen oder sind noch immer die romantischen Ideen der unberührten Ferne prägend?

In den Jahren um 1960 entstand die westdeutsche Konsumgesellschaft. Das 'Wirtschaftswunder' wurde in breiten Bevölkerungskreisen spürbar, der Ressourcenverbrauch explodierte. Das Bürgertum büßte seine kulturelle Hegemonie ein, der Lebensstil vor allem der Jugendlichen wurde 'amerikanisiert'. Enzensberger beschrieb den bürgerlich geprägten Tourismus der fünfziger Jahre exakt zu dem Zeitpunkt, wo die bürgerlichen Leitbilder ihre hegemoniale Gültigkeit verloren. Das bürgerliche Tourismus-Ideal lebte weiter, wurde aber von den neu am Reisen teilhabenden Gruppen nicht mehr reproduziert und konnte nicht mehr die Definitionsmacht beanspruchen. Womöglich lässt sich eine Abkehr von Roms Kirchen zu Riminis – oder Pattayas – Stränden gar als Emanzipation der proletarischen Sonnenhungrigen vom bürgerlichen Bildungsideal interpretieren.

Später waren es die Bildungsexpansion und die zunehmende Skepsis gegenüber der 'unwirtlichen' Moderne, die dem 'romantischen Blick' auf die Geschichte in den achtziger Jahren zu neuem Auftrieb verhalf. Die Ökologiebewegung belebte die Sehnsucht nach der unberührten Natur. In beiden Facetten war diese 'romantische' Sehnsucht nach dem 'Unberührten' – neben den subventionierten Flugpreisen – die wichtigste Triebfeder des immer weiter ausgreifenden Ferntourismus.

Andererseits verlor die früher so wichtige 'Authentizität' in der Mediengesellschaft an Wert. War der Anblick einer bekannten Sehenswürdigkeit in den fünfziger Jahren noch ein eindrucksvolles Erlebnis gewesen, genügte dies den immer erfahreneren Reisenden nicht mehr. Der Erlebnistourismus beruht freilich nicht zuletzt auf einer rapiden Intensivierung des Marketings: Da der traditionelle Besichtigungstourismus nicht mehr lukrativ genug war, lockte die Branche die Reisenden zunehmend mit kostenträchtigen sportlichen und nächtlichen Aktivitäten oder Einkaufserlebnissen.

Die postmoderne und postindustrielle Gesellschaft hat neue touristische Wahrnehmungsmuster geschaffen, ohne dass jedoch die bisherigen völlig an Bedeutung verloren haben. Auf der Produktionsseite des Tourismus verstärkte vor allem der wachsende Flugtourismus die Zentralisierungstendenzen und führte Ende der sechziger und erneut Ende der neunziger Jahre zu großen Fusionswellen. Gerade die so entstandenen postfordistischen, diversifizierten Konzerne konnten am besten auf die die Postmoderne kennzeichnende Individualisierung und Marktsegmentierung reagieren. Das industrielle Prinzip – Normung, Montage, Serienfertigung – blieb aber bestehen, und mit ihm die Widersprüchlichkeit eines industriell organisierten Ausbruchs aus der industriellen Welt.

Literatur

- Enzensberger, Hans Magnus, Vergebliche Brandung der Ferne. Eine Theorie des Tourismus, in: Merkur, 12. Jg., 1958, S. 701-720. Zuletzt wieder abgedruckt in einem Sommerheft von: Universitas, 42. Jg., 1987, S. 660-676.
- Gyr, Ueli (1992), Touristenverhalten und Symbolstrukturen. Zur Typik des organisierten Erlebniskonsums, in: Tourismus und Regionalkultur. Referate der Österreichischen Volkskundetagung 1992 in Salzburg, hrsg. v. Pöttler, Burkhard unter Mitarbeit von Kammerhofer-Aggermann, Ulrike, Wien 1994, S. 41-56.
- Hennig, Christoph (1997), Reiselust. Touristen, Tourismus und Urlaubskultur, Frankfurt/Leipzig 1997.
- Kramer, Dieter (1982), Aspekte der Kulturgeschichte des Tourismus, in: Zeitschrift für Volkskunde, 78. Jg., 1982, S. 1-12.
- Pagenstecher, Cord (1998), Enzensbergers Tourismusessay von 1958 – ein Forschungsprogramm für 1998?, in: Tourismus Journal, 2, 1998, S. 533 -552.
- Spode, Hasso (1995), »Reif für die Insel«. Prolegomena zu einer historischen Anthropologie des Tourismus, in: Arbeit, Freizeit, Reisen. Die feinen Unterschiede im Alltag, hrsg. v. Cantauw, Christiane, Münster/New York 1995, S. 105-123.
- Spode, Hasso (1997), Ein Seebad für Zwanzigtausend Volksgenossen. Zur Grammatik und Geschichte des fordistischen Urlaubs, in: Reisekultur in Deutschland: Von der Weimarer Republik zum »Dritten Reich«, hrsg. v. Brenner, Peter J., Tübingen 1997, S. 7-47.
- Urry, John (1990), The Tourist Gaze: Leisure and Travel in Contemporary Societies, London 1990.

► **Cord Pagenstecher** ist Historiker, Stadtführer und Reiseleiter. Sein Dissertationsprojekt ist die Visual History des Tourismus im »Wirtschaftswunder«.



Foto: U. Moschner / version

»Es gehört zum Ausbruch in die Unbelangbarkeit der Enthusiasmus der Abwesenheit: der Mensch wird unbelangbar durch die Reise und halbwegs auch durch ihre Vorbereitung und Auswertung. ... Wo das Zuhausesein zunehmend bedeutet, vor einem Tribunal Selbstentschuldigungen leben zu müssen, locken die fremden Länder und Völker als Gelegenheiten, nicht zuhause zu sein. ... das 18. Jahrhundert ist ein Jahrhundert der Reise als eines Ausbruchs in die Unbelangbarkeit und darin – nota bene – Protagonist manch späterer Reisewut.«

Odo Marquardt, Abschied vom Prinzipiellen, 1978

Endlich Daheim!

Von der Flucht ins Andere zur Aneignung der Welt

von **Edith Kresta**

Im massenhaften Tourismus drücke sich eine einzige große Fluchtbewegung aus und damit eine Kritik an den Verhältnissen innerhalb der eigenen Gesellschaft, so lautete Hans Magnus Enzensbergers Analyse vor rund 40 Jahren. Mittlerweile ist von gesellschaftskritischen TouristInnen wenig zu spüren. Die Tourismusindustrie vermarktet, was zu vermarkten geht. Damit werden die Voraussetzungen dafür geschaffen, dass sich Reisende bequem und ohne störende Einflüsse »Fremdes« zur individuellen Bedürfnisbefriedigung einverleiben.

► »Reisen als Flucht in das Andere?« Als Flucht vor den grauen Wintermonaten in sonnige Gefilde? Als Flucht vor hektischen Großstädten, langweiligen Kleinstädten auf die Gipfel des Himalaja? Als Flucht vor Beziehungsstress, Ärger bei der Arbeit, sozialer Kälte in die Rundumversorgung einer touristischen Großanlage? Oder als grundsätzliche Flucht vor einem öden Alltag, beengenden gesellschaftlichen Verhältnissen zur Exotik unter den Wilden? Es werden sich viele unterschiedliche Fluchtmotive beim Reisen ausfindig machen lassen. Die Abreise – und sei es auch nur für 7 Tage Sardinien – ist immer ein Loslassen auf Zeit. Ein Heraustreten aus festgefügten Strukturen. Und das macht das Reisen so wertvoll – auch heute. Doch ist das Wort Flucht in Zeiten, wo immer mehr Menschen aus nackter, ökonomischer Not oder auf Grund von politischer Verfolgung flüchten, zu stark. Denn Flucht geht immer nur in eine Richtung – nämlich weg von. Der moderne Tourismus hingegen führt, rundum versichert, weg von, hin zu und wieder zurück. Der Tourist steigt für eine Zeit lang aus seiner Wirklichkeit aus. Mit mehr oder weniger starken Fluchtgedanken, denn manche Reisende bleiben ja tatsächlich in ihrem Südsee-Paradies hängen. Häufiger ist allerdings – laut Umfragen – das Bedürfnis nach Tapetenwechsel, sinnlichen Reisen, Abwechslung, Neugierde. Die Erfahrung von Unterschieden scheint das wesentliche Mo-

tiv des Reisens zu sein. Um sich selbst zu finden, scheint es, muss man manchmal wegfahren, um sich weiter zu entwickeln, muss man auch loslassen können, aus festen Strukturen heraustreten. Die Suche nach dem Anderen ist Triebkraft jeder Innovation.

Verwirklichte Visionen?

► Nun hat die Reiseindustrie die Suche nach dem Anderen übernommen. Sie hat sich die Vermarktung der Unterschiede auf die Fahnen geschrieben. Und sie ist innovativ. Die Wachstumsbranche Tourismus entdeckt immer wieder neue Marktlücken und Trends. So erscheinen immer exotischere Reiseziele auf der touristischen Landkarte. Reisen gehört zum Lebensstil, und über die Art, wie die einzelnen Gruppen der Gesellschaft reisen, über ihren Habitus, wie der französische Soziologe Pierre Bourdieu es nennt, definiert sich ihr sozialer Stand. Jede Saison werden neue Marktsegmente angeboten: Meditation in der Wüste, Fahrradfahren in Neuseeland oder der Luxusurlaub mit Ayurveda-Medizin auf Sri Lanka. Der Tourismus der Zukunft braucht Inszenierung, Emotionalisierung und Diversifizierung des Angebots. Touristische Welten sollen nach allen Regeln moderner Lebensmuster breit gefächert sein. Nur so lässt sich den unterschiedlichen Geschmäckern, Ansprüchen und Träumen Rechnung tragen. Nur wo die Bedürfnisse ausgelotet und perfekt aufbereitet sind, lässt sich wohlig entspannen, ausruhen, erleben.

An den Ratschlägen der ExpertInnen lassen sich die neuen Trends der Branche gut nachvollziehen: frei von störenden Einflüssen und ohne Außenkontakte befindet man sich nur in Beziehung zur Umgebung im engsten Radius und ist reduziert auf das aufbereitete Kleinuniversum. Eine hermetische Welt wie im Mittelalter. Heute wird dies allerdings als ganzheitlich ausgegeben. Das Erfolgsrezept der Tourismusunternehmen ist in wachsendem Maße die perfekte Verwaltung unserer simpelsten Bedürfnisse nach Wärme, Nähe, Unterhaltung, Aufgehobensein und Erlebnis. Der Freizeitforscher Horst W. Opaschowski hat einen Kriterienkatalog für Glücksangebote entwickelt: »Der schöne Augenblick, die völlige Entspannung, die absolute Geborgenheit, die vollkommene Harmonie, die angenehme Atmosphäre, die ausgelassene Stimmung, das außergewöhnliche Ereignis, das grenzenlose Freiheitsgefühl, die perfekte Illusion, der letzte Kick.«[1] Und in der Tat wird diese groß angelegte Inszenierung der Happiness massenhaft angenommen. Dass sich die touristische Masse wunschgemäß in die Endlosspirale des Erlebniskonsums einbinden lässt, interpretiert Opaschowski mit den Argumenten der Tourismusindustrie als »Verwirklichte Visionen«.

Wir leben in einer Erlebnisgesellschaft, so die moderne Sozialwissenschaft. Im Gegensatz zu früher, dies behauptet Bourdieu[2], werde heute nicht mehr zwanghaft gearbeitet, sondern es bestehe die Pflicht zum Amüsement. Auch und vor allem beim Reisen.

Die Gesellschaftskritik der 68er Bewegung lehnte zwar den Massenkonsum des Spätkapitalismus ab. Zugleich jedoch betonte sie insbesondere bei der Auseinandersetzung mit dem Reisen die Suche nach Identität. In der Ferne wurde gesucht, was man zuhause nicht mehr fand: Natürlichkeit und Ursprünglichkeit. Die Traveller wollten sich mit der Suche nach dem »Echten« vom oberflächlichen »Touristen« abheben. Ein idealistisches, elitäres Verständnis. Als Wunschfolie geistert es weiter durch unsere Köpfe.

Wer heute reist, braucht sich nicht dem Fremden auszuliefern

Nachdem das »Echte« jedoch immer mehr zum Gleichen wird – spätestens seit man die alternative Reise an jeder Ecke buchen kann – ist man dem Echten gegenüber skeptisch geworden. Unsere Suche nach dem Anderen wandert auf den gepflasterten Wegen der touristischen Infrastruktur. Das Fremde ist so nur noch bedingt fremd. Und der Fremde bleibt uns zumeist ohnehin fremd: Tourist und Touristin frönen vor allem dem eigenen Genuss, missbrauchen das Land als Kulisse und benutzen gerade fremde Länder zur Bestätigung der eigenen materiellen und kulturellen Potenz. Zu viel Nähe zum Fremden erschüttert die eigene Wahrnehmung, stört den Genuss und ängstigt. Wer heute reist, braucht sich nicht dem Fremden auszuliefern. Das Fremde wird ihm in sozialverträglicher Form geliefert.

Agenturen für Lebensgefühl

► Per Definition ist der Tourismus welt-umspannend. Exponierte Vertreter wie der berühmte Hotelgründer Conrad Hilton strebten schon immer standardisierte Angebote an: Jedes Hilton sollte ein kleines Amerika verkörpern. Inzwischen wurden unsere Standards, unser Lebensgefühl, unser Lebensstil rund um den Globus realisiert. Wir haben uns weltweit eingerichtet. Das touristische Universum wurde zum modernen Haus: gemütlich und bequem ausgestaltet, von der Kellerbar über die Sauna bis zur begrünten und verglasten Terrasse. Wie Hausbesitzer lassen wir uns ungeniert darin nieder.

In den Anfängen des industrialisierten Tourismus waren Gesellschaftstheoretiker der Überzeugung, dass man Tourismus als eine einzige Fluchtbewegung aus der gesellschaftlichen Wirklichkeit verstehen muss. Von Menschen, die sich ihre prosperierende Nachkriegsarbeitsgesellschaft aufgebaut hatten – aber das Alltagsgrau dann doch nicht so recht wollten. »Die Flut des Tourismus«, so verkündete Hans Magnus Enzensberger 1958, »ist eine einzige Fluchtbewegung aus der Wirklichkeit, mit der unsere Gesellschaftsverfassung uns umstellt.« Was zu Beginn der großen Mobilmachung in den fünfziger Jahren vielleicht noch stimmen mochte, hat sich ins Gegenteil verkehrt. Nein, sie flüchten nicht, die TouristInnen, sie eignen sich die Welt an. Sie nehmen sich, was sie brauchen, egal wo und wie. Moderner Tourismus ist das heimatfühlige Pendant des neuen gnadenlosen Kapitalismus, der uns entwurzelt in die Welt hinausjagt. Dabei ist er selbst ein Global Player der ersten Stunde. Fluglinien, Reiseveranstalter, transnationale Hotel- und Restaurantketten sind seit Jahren auf vielfältigste Weise miteinander verflochten. Schrittmacher der vertikalen Konzentration waren vor allem die Luftverkehrsgesellschaften. Derzeit engagieren sich immer mehr Großbanken und transnationale Mischkonzerne in der Tourismuswirtschaft. »Die zunehmenden Verflechtungen im internationalen Tourismus widerspiegeln einen typischen Globalisierungsprozess, bei dem Unternehmen für ihren optimalen Produktionsablauf gleichzeitig Raum und Zeit überwinden und sich weltweit den Zugriff auf Angebot (touristische Dienstleistung) und Nachfrage (Reisende) sichern«, schreibt Christine Plüss vom Schweizer Arbeitskreis Tourismus und Entwicklung. Frei flottierend waren sie immer schon, die touristischen Potenziale. Die Unternehmen waren immer auf Suche nach dem schönsten und profitabelsten Strand, dem attraktivsten Berg, dem besten Schnäppchen auf dem universellen Reisemarkt.

Die Touristikfachfrau Felizitas Romeiß-Stracke bezeichnet die Tourismusindustrie gar als »Leitökonomie der zweiten Moderne.« Denn gerade der Tourismus stelle zukunftsweisend »neuartige Dienstleistungen« bereit. Nämlich »ein Ambiente für neue körperlich-seelische Erfahrungen der Menschen«, damit sie »das Wechselspiel von global und lokal beherrschen« lernen. Romeiß-Stracke denkt sich Tourismus als »Trainingsfeld für die zweite Moderne«. Und sie denkt diese Zukunft konsequent weiter: Die Hersteller der weltweiten Touristenparadiese sollen sich zu »Sinnproduzenten« aufpeppen;

Reiseveranstalter sollen zu »Agenturen für Lebensgefühl« werden, deren Mitarbeiter sich als »Traumbegleiter« begreifen. Denn, so Romeiß-Stracke, die Aufgabe des künftigen Tourismus sei, die »Leiden der Moderne zu kompensieren«. Ob wir wollen oder nicht,

wir dürfen überall zuhause sein in einer Welt, in der unsere Mythen vom Paradies und den edlen Wilden auf Fototapeten gebannt sind. Unsere Phantasie wird gekitzelt, aber gleichzeitig nachhaltig begrenzt, denn die Räume sind auf geradezu anmaßende Weise besetzt von dem, was sich ökonomisch verwerten lässt.

Fröhliche Wissenschaft – bar jeder Kritik

► Mit der Einsicht, dass wir alle irgendwie TouristInnen sind, scheint auch die Kritik am touristischen Big Business mit all seinen ökologischen und sozialen Folgen aus der Mode gekommen zu sein. Man arrangiert sich. Man zieht in die Ferne, um hedonistisch die Schönheiten dieser Welt zu entdecken und zu beschwören. Allenfalls gönnt man sich noch als Aperçu einen spielerischen Zynismus über den touristischen Habitus.

Das 97er Jahrbuch »voyage« aus dem DuMont-Verlag versammelt aktuelle Beiträge zur Tourismustheorie. Auch voyage will eine »neue, eine fröhliche Wissenschaft vom Reisen« [3] Was den KritikerInnen von einst Teil eines komplexen gesellschaftlichen Vorgangs war, das ist manchen neuen Theoretikern schon die ganze Erklärung: man fragt nicht mehr nach gesellschaftlichen Rahmenbedingungen, die das massenhafte Reisen geschaffen haben. Vielmehr wird das Reisen als zeitlos schönes Bedürfnis gesehen. Folglich widmet man sich nun insbesondere den Reisemotiven. Dabei fällt auf, dass die idealistischen Versuche deutscher AutorInnen, im Gegensatz zu den Beiträgen aus England und Frankreich, kaum Reibungsflächen bieten. Die Auseinandersetzung mit den Reisemotiven fasziniert: ihre berstende Vielfalt von der rituellen Neuschaffung der Welt beim Campen bis zu den sakralen Sehnsüchten des Tourismus entspricht unserem Spaß an Parallelwelten. Wir zappen uns durch die Vielfalt der Reisemotive: ein bisschen Science Fiction, Dope, Identity Switching – und vielleicht kommen wir uns dabei ja auf die Schliche.

Christoph Hennig beispielsweise bringt mit seinem Buch »Reiselust – Tourismus, Touristen und Urlaubskultur« [4] die anthropologische Grundausstattung des Menschen zum Tanzen. Und er schreibt: »das Reisen gibt... zumindest einen Abglanz jener ganzheitlichen Erfahrung, die einst in Festen und Ritualen möglich war.« Der rituelle Einwochenurlaub an Ostern hat also das Osterfest ersetzt. Mag sein, doch der Autor gründelt tiefer und verortet den Tourismus schließlich im menschlichen Habitus. Sein Fazit: »Vor allem suchen Touristen die sinnliche Erfahrung imaginärer Welten.«

Hier finden wir sie wieder, die Suche nach dem Anderen, das positiv gewendete Fluchtmotiv aus den Anfängen der Tourismuskritik. Die gesellschaftlichen Bedingungen des modernen Tourismus sind diesem Ansatz allerdings gänzlich aus dem Blickfeld geraten. Hennig reduziert seine Analyse auf die menschlichen Grundbedürfnisse nach Entgrenzung und Erfahrung. Die Geschichte des Reisens erscheint als langer, logischer Fluss. Jeder Zoll dem Menschen an sich und seinen Grundbedürfnissen gewidmet. Dass Tourismus historisch jung ist, dass nur ein kleiner Teil der Menschheit reist, dass Reisen ein Konsumprodukt geworden ist, dass dafür geworben wird, dass es längst zum Lifestyle gehört, all das hat bei dieser Betrachtung keine Bedeutung mehr.

Heinz Günter Vester schreibt in seiner Auseinandersetzung mit Bourdieus Theorie in Bezug auf das Reisen: »Die Analyse der Reisemotive übersieht zumeist, dass sich sowohl Touristen als auch die touristischen Destinationen im Rahmen von Lebenszyklen und Produktionszyklen verändern. (...) In dem Maße, wie sich im heutigen Tourismus der Umsatz des ökonomischen und kulturellen Kapitals immer schneller vollzieht, ist der Wert touristischer Praktiken nicht nur vom relativen Verfall der Preise bedroht, sondern auch vom Niedergang des Prestiges. Was in einer Saison 'in' ist, kann sich schon in der nächsten als Ladenhüter erweisen.« [5]

Das Fremde wird ihm in sozialverträglicher Form geliefert

Im Strom der frei dahin fließenden Reisemotive schwimmend, landet so manche Motivforschung irgendwann im Archaischen. Selbstbezogen ziehen wir durch die Welt auf den Spuren unserer Traumbilder, Mythen, Abenteuer, getrieben vom ewigen Nomadismus.

Postmoderner Primitivismus

► »Nomaden sind wir alle« behauptet Romeiß-Stracke,[6] im Geiste des Reiseschriftstellers Bruce Chatwin auf Traumpfaden. Oder im Sinne des gealterten Enzensberger, der vor Jahren seine Leserschaft damit verblüffte, dass bei der großen Wanderschaft irgendetwas Anthropologisches am Werk sein müsse. Der amerikanische Anthropologe James Clifford schreibt in seinem Essay, der sich mit neuen Lebensformen zwischen Sesshaftigkeit und Nicht-Sesshaftigkeit auseinandersetzt: »Wir müssen uns vor einem postmodernen Primitivismus hüten, der sich in affirmativer Art synkretischer, nicht sesshafter Kulturen bedient und diese dann mit dem Etikett »Nomade« belegt. In einem zweiten Schritt wird ihrer verschiedenartigen Geschichte des Kulturkontakts, der Migration und der Ungleichheit der Entwicklung der Stempel eines homogenen Zustands aufgedrückt.« [7] Clifford analysiert wie ganz unterschiedliche Kulturen in einen Topf geworfen werden, um das modisch-ursprüngliche Nomadentum zu propagieren. Wie man einen Trend zum Nomadismus orten kann, so kann man aber sicherlich auch einen Trend zur Sesshaftigkeit feststellen.

Reisen ist viel und noch viel mehr. Eine Theorie des Tourismus ist vor allem eine Querschnittswissenschaft von Soziologie, Ökonomie, Ökologie und Psychologie. Eine Theorie des Tourismus kann von vielen Seiten, unter vielen Gesichtspunkten und Interessen entwickelt werden. Was man untersucht, ist eine Frage des Erkenntnisinteresses und des Standpunkts. Wenn man nur das Schöne im Reisen herausfiltern will, so kann man sich getrost einer neuen, fröhlichen Wissenschaft zuordnen. Soziologische und psychologische Ansätze lassen sich sicherlich zuhauf finden, die noch mehr über unsere geheimsten Wünsche verraten. Wenn man allerdings den modernen Tourismus in seinen gesellschaftlichen und historischen Rahmenbedingungen untersucht, so muss man auch nach Dominanzverhältnissen zwischen Nord und Süd, nach den Akteuren und Gewinnern des Kulturwandels in Ländern der Dritten Welt, nach den ökologischen Folgen des Tourismus und nach Konsumstrategien fragen. Denn wir moderne TouristInnen flüchten nur flüchtig in das Andere, das Fremde. Wir lassen uns nicht wirklich darauf ein.

Anmerkungen:

1 H.W. Opaschowski, taz vom 25.6.1992

2 Pierre Bourdieu: Die feinen Unterschiede. Frankfurt a.M., 1987

3 Hasso Spode in: Voyage – Jahrbuch für Reise- und Tourismusforschung. Köln 1997

4 Christoph Hennig: Reiselust. Frankfurt a.M. 1998

5 Heinz Günter Vester in Voyage, a.a.O

6 Felizitas Romeiß-Stracke in Voyage, a.a.O.

7 James Clifford: Cultural Studies, 1992

► **Edith Kresta** ist Redakteurin der taz für Reise und Interkulturelles.



Foto: H. Sachs / version

»Glück ist käuflich« (TUI)

Reise in die Vergnügungsperipherie

Die Tourismuskritik und die Dritte Welt

von **Christian Stock**

Die Tourismuskritik und insbesondere die Debatte über den Tourismus in Dritte-Welt-Länder stagniert seit Anfang der 90er Jahre. Die gesellschaftstheoretische Reflexion über die Motive und Auswirkungen des Reisens ist pragmatischen Ansätzen für umwelt- und sozialverträglichen Tourismus gewichen. Doch durch den Verzicht auf Grundsatzdiskussionen werden die Fehlannahmen der früheren Tourismuskritik fortgeschrieben.

► Im deutschsprachigen Raum existiert seit der Selbstauflösung der Arbeitsgemeinschaft »Tourismus mit Einsicht«, zu der sich Ende der 80er Jahre zahlreiche Dritte-Welt- und Umweltorganisationen zusammengeschlossen hatten, kein verbindlicher, über Einzelkampagnen hinausreichender Verbund tourismuskritischer AktivistInnen mehr. Die organisatorische Schwäche geht einher mit einer tiefen inhaltlichen Verunsicherung der tourismuskritischen Akteure. Waren es früher nur tourismusbefürwortende, der Industrie nahe stehende WissenschaftlerInnen und PublizistInnen wie z.B. der Freizeitforscher H.W. Opaschowski, die das »Elend der Tourismuskritik« geißelten, so kommen ähnliche Vorwürfe in jüngerer Zeit aus dem (einstmals) tourismuskritischen Lager selbst. Beispielhaft für diese Entwicklung steht die frühere Galionsfigur der deutschen Tourismuskritik, die Journalistin Ludmilla Tüting. Ähnlich wie andere Exponenten der 68er Generation, die von den Überzeugungen vergangener Tage nichts mehr wissen wollen, beschwert sie sich über die »ideologischen Scheuklappen« der »Fundis« unter den TourismuskritikerInnen, die »standhaft auf ihren alten Positionen beharren«.[1] Den »verhängnisvollen Hang zu Grundsatzdiskussion« hält sie für schädlich, weswegen sie für die am Machbaren orientierte Entwicklung eines »integrativen Tourismus« plädiert.

Gegen den allgemeinen Trend soll hier die These vertreten werden, dass der zunehmende Verzicht auf die gesellschaftstheoretische Reflexion des (Fern-)Tourismus und die fast ausschließlich pragmatische Orientierung die Tourismuskritik überhaupt erst in die Position der Schwäche bringt, aus der sie heute agiert. Denn auch die neueren tourismuskritischen Ansätze basieren auf den früheren theoretischen Prämissen – allerdings ohne diese offen zu legen und damit der Diskussion preiszugeben. So schreibt der





heutige tourismuskritische Diskurs zahlreiche Fehlannahmen und Fragwürdigkeiten der früheren Tourismuskritik fort, anstatt sie zu kritisieren und zu revidieren.

Vom Kolonialismus zum Tourismus

► Die Entstehung der modernen tourismuskritischen Debatte ist eng mit der starken Zunahme des Reisens seit Ende der 50er Jahre sowie mit der Gesellschaftskritik der »68er«-Bewegung verknüpft. Die kritische Auseinandersetzung mit dem Tourismus in die Dritte Welt ab Anfang der 70er hat aber noch eine weitere Ursache: Sie ist als Reaktion auf die modernisierungstheoretische Befürwortung des Ferntourismus zu verstehen. Diese versuchte mit plumpen Thesen à la »Tourismus bewirkt die Modernisierung bereister traditioneller Gesellschaften« die positiven ökonomischen und soziokulturellen Effekte des Tourismus herauszustreichen und charakterisierte ihn gar als »besonders elegante Form der Entwicklungshilfe«.

Willkommenes Rüstzeug gegen die Modernisierungstheorie waren die großteils marxistisch geprägten Dependenz- bzw. Abhängigkeitstheorien, die die »Unterentwicklung« der Dritten Welt auf den Kolonialismus und die Abhängigkeit von den Industrieländern zurückführten. Die dependenztheoretisch orientierte Tourismuskritik hob dementsprechend darauf ab, dass Dritte-Welt-Tourismus eine spezifische Form des (Neo-)Kolonialismus sei und die bereisten Länder und Gesellschaften in die Abhängigkeit von den Entsendeländern der TouristInnen zwinge. Die Dritte Welt werde zur »Vergnügungsperipherie«[2] der Industrieländer degradiert, weshalb der Ferntourismus erheblich problematischer als der Tourismus innerhalb der Industrieländer sei. In der Dritten Welt, so wurde argumentiert, verstärke der Tourismus die strukturelle Heterogenität der besuchten unterentwickelten Länder: Der ‚moderne' Tourismussektor sei abgekoppelt von ‚traditionellen' Sektoren wie z.B. der lokalen Landwirtschaft und verhindere deren Entwicklung auf Grund der Konkurrenz um Produktionsfaktoren wie Boden, Wasser, Arbeit oder Kapital.

Scheitern der Großen Theorie?

► Besondere Aufmerksamkeit wurde den sozioökonomischen Auswirkungen des Tourismus geschenkt. Unter den vorherrschenden kapitalistischen Bedingungen bei der Inwertsetzung peripherer Regionen führe der Tourismus zu Ausbeutung durch Reisekonzerne, aber auch durch Einzelreisende, die sich das niedrige Lohnniveau und ungerechte Währungsverhältnisse zu Nutze machten. Auf diese Weise reproduziere der Tourismus das koloniale Herrscher-Diener-Verhältnis und das Unterlegenheitsgefühl der Bereisten und verstärke rassistische Wahrnehmungen der bereisten Gesellschaften. Da die Dominanzverhältnisse des Nord-Süd-Konfliktes auch bei individuellen, persönlichen Begegnungen zwischen Reisenden und ‚Bereisten' ungebrochen weiter existierten, wurde die vorherrschende Form des Tourismus als spezifische Form von struktureller Gewalt angesehen.

Ähnlich wie der Mainstream der allgemeinen entwicklungspolitischen Debatte, der das »Ende der Dritten Welt« und das »Scheitern der Großen Theorie« zu erkennen glaubte, wandte sich auch die (nördliche) Tourismuskritik ab Anfang der 90er Jahre mehrheitlich vom dependenztheoretischen Analyseinstrumentarium ab. So schematisch viele TourismuskritikerInnen ihr Thema bisweilen mit den dependenztheoretischen Theoriesätzen durchdekliniert hatten, so entschieden verdammten sie diese nun als ideologischen Ballast. Doch damit entledigte man sich nicht nur der falschen und überflüssigen Bestandteile dependenztheoretisch orientierter Tourismuskritik, sondern auch der sinnvollen.

Worin lagen die Stärken dependenztheoretischer Tourismuskritik? An erster Stelle ist ihr erweiterter Blickwinkel zu nennen, der die touristische Bewegung nicht isoliert betrachtet, sondern im Rahmen umfassender Gesellschafts- und Kapitalismuskritik. Denn die Grundzüge des modernen Tourismus wie der Zwang zur profitträchtigen Inwertsetzung von Natur und Kultur, ihre Degradierung zur Ware, die Ökonomisierung sozialer Beziehungen oder die gnadenlose Konkurrenz auf dem (Welt-)Markt zählen zu den Funktionsprinzipien des Kapitalismus und umfassen alle gesellschaftlichen Bereiche. Vor diesem Hintergrund vermag dependenztheoretische Tourismuskritik individuelle Reisemotive und das jeweilige Reiseverhalten an die strukturellen Bedingungen des Tourismus anzubinden. Ohne damit jede(n) Reisende(n) von seiner persönlichen Verantwortung freizusprechen, wird so die Überbetonung von individuellen Verhaltensoptionen vermieden, wie sie z.B. im weit verbreiteten Glauben an die Qualifizierbarkeit von Reisenden zum Ausdruck kommt (als ob »falsches« Reiseverhalten nur ein Problem mangelnden Wissens und durch pädagogische Maßnahmen behebbar sei). Nicht zuletzt vermag dependenztheoretische Tourismuskritik, sexistische, rassistische und dominanzkulturelle Verhaltensweisen im Tourismus in einen größeren gesellschaftlichen Kontext zu stellen und beispielsweise Prostitutionstourismus als besondere Form geschlechtsspezifischer Ausbeutung zu analysieren.

Die Interpretation des modernen Tourismus auf der Folie einer materialistischen Kapitalismus- und Gesellschaftskritik birgt allerdings auch Gefahren, denn sie verleitet zu deterministischen Ableitungen, zu unzulässigen Pauschalisierungen und Verabsolutierungen. So neigt die linke Tourismuskritik seit ihrer Begründung durch H.M. Enzensberger dazu, die Fluchtmotivation für das Reisen, die aus den kapitalistischen Zwangsverhältnissen abgeleitet wird, überzubetonen. Die offensichtliche Lust am Reisen wird schlicht negiert, weshalb die »bürgerliche« Tourismusforschung – im deutschsprachigen Raum am prominentesten vertreten durch den Soziologen Christoph Hennig oder den Freizeitforscher Horst W. Opaschowski – großen Erfolg mit ihren Thesen vom emotionalen Gewinn durch Reisen hat. Gleichermaßen wird die Manipulationsthese überstrapaziert: Reisende werden als bloße Manipulierte gesehen, die den Werbeversprechungen der Tourismusindustrie auf den Leim gingen. Die durchaus vorhandenen Handlungsspielräume beim Reiseverhalten des Einzelnen werden weitgehend ausgeblendet, und das Individuelle geht im Strukturellen unter. Eine dialektische Sichtweise, die die individuell je verschiedene Mischung von »weg-von« und »hin-zu«-Reisemotiven zur Kenntnis nimmt und das Spannungsverhältnis von individueller Autonomie und strukturellen Zwängen thematisiert, bleibt die Ausnahme. Hinzu kommt, dass auch die materialistische Tourismuskritik den »Massentourismus« in fragwürdiger Weise problematisiert. Der Begriff der »Masse« wird von ihr ausnahmslos pejorativ verwendet – als ob die Tatsache, dass der Mensch in größerer Zahl existiert, bereits an sich ein Problem wäre. Damit begibt man sich in die Nachbarschaft zu der bürgerlich-aristokratischen Tourismuskritik, die dem Plebs jene (Reise-)Privilegien absprechen will, die man selbst in Anspruch nimmt.[3]

Ins Mark des Volkes

► Doch nicht nur bei der Bewertung der TouristInnen und ihrer Beweggründe, sondern gerade bei der Einschätzung der bereisten Gesellschaften kommt der inhärente Determinismus dependenztheoretischer Tourismuskritik zum Tragen. Exogene Einflussfaktoren durch den Tourismus aus den Industrieländern werden systematisch über-







bewertet, während endogene, innergesellschaftliche Faktoren unterbewertet bleiben. Das Diktum des Dependenztheoretikers Werner Ruf – »Gerade in außereuropäischen Ländern leistet der Tourismus besonders schnell und besonders nachhaltig einen entscheidenden Beitrag zur Zerstörung traditioneller Wertsysteme und der vorhandenen Sozialsysteme« [4] – wird bis heute dahingehend überstrapaziert, dass die vielschichtigen Gründe für den gesellschaftlichen Wandel in den bereisten Regionen ausgeblendet werden oder ihre Komplexität nicht erfasst wird.

Mythos der Überlegenheit

► Dies hat zwei schwerwiegende Konsequenzen: Erstens werden die Einflüsse des Tourismus einseitig gedeutet bzw. ausschließlich negativ gewertet. Der Wertmaßstab bei der Beurteilung des Kulturwandels – wenn er überhaupt offen gelegt wird – besteht darin, den exogenen Einflüssen durch Tourismus als positives Gegenbild Tradition, Authentizität, Lokalität usw. gegenüberzustellen. Die beklagte »Zerrüttung« von Sozialstrukturen kann aber nicht allein auf touristischen Einfluss zurückgeführt werden. Er ist immer nur einer von vielen Faktoren; z.B. sind gesellschaftliche Veränderungen und Konflikte durch rückkehrende ArbeitsmigrantInnen in ihrer Bedeutung für sozialen Wandel oftmals höher einzuschätzen. Der Anklage, Sozialstrukturen würden zerstört, wohnt ein konservativer Kern inne, der traditionelle Verhältnisse idealisiert, gleich wie autoritär, repressiv oder patriarchal sie sein mögen. Bisweilen reicht dieser Konservatismus bis in völkisches Denken, wie folgende, einer tourismuskritischen Publikation entnommene Aussage über den Tourismus in Nepal belegt: »Die kulturellen Schäden, wie der Verlust der kulturellen Identität mit der damit verbundenen Entwicklung zum individuellen Materialismus ohne gemeinsames Verantwortungsbewusstsein, Zerfall der Sitten und Zerstörung der bisher ordnungsgebenden lokalen Strukturen, angefangen bei der Familie, gehen ins Mark des Volkes.« [5] Hier schimmert zudem unübersehbar durch, dass fremde, »exotische« Kulturen als »Projektionsfläche der Zivilisationskritik« [6] herhalten müssen und dadurch für die Bestätigung der eigenen Weltbilder funktionalisiert werden. Gegenüber solchen Interpretationen ist darauf zu beharren, dass sozialer Wandel durch Tourismus nicht an sich verdammenswert ist. Anliegen der Tourismuskritik kann eigentlich nur sein, herauszuarbeiten, welche neuen Abhängigkeiten und Machtverhältnisse der Tourismus schafft.

Diese Trennschärfe fehlt jedoch vielen tourismuskritischen Publikationen.

Zweitens werden durch die Überbewertung exogener Einflüsse via Tourismus die Autonomie der bereisten Gesellschaften und ihre teilweise sehr erfolgreichen *coping strategies* gegenüber dem Tourismus negiert. Das reproduziert – wenn auch ungewollt – den Mythos der Überlegenheit der westlichen Zivilisation, die sich alles untertan macht und gegen die kein Widerstand möglich ist. Die BewohnerInnen von touristischen Regionen liefern sich keineswegs mit Haut und Haaren aus, sind keineswegs nur Objekte eines übermächtigen westlichen Kulturimperialismus, sondern verfügen über höchst unterschiedliche, sich außenstehenden Beobachtern kaum erschließende Verhaltensstrategien im Umgang mit Tourismus. Die Bandbreite reicht von selektiver, selbstbewusster Adaption an die touristischen Spielregeln bei gleichzeitiger ökonomischer, kultureller oder emotionaler Vorteilsmaximierung bis hin zu Belustigung, Ignoranz, Abgrenzung oder offener Ablehnung.

Die Tourismuskritik neigt demgegenüber dazu, den ‚Bereisten' eine passive, aufnehmende Rolle zuzuschreiben. So fehlt z.B. in keiner tourismuskritischen Publikation der Hinweis auf die »Demonstrationseffekte« des Tourismus, der die »Einheimischen« dazu bringe, in Popmusik, Digitaluhren und anderen Attributen des westlichen *way of life* unwiderstehliche Identifikationsangebote zu sehen. Dass hingegen die Demonstrationseffekte teilweise auch auf Gegenseitigkeit beruhen, indem Touristen – sei's durch asiatische Religionen, sei's durch karibische Musikstile – durch die bereiste Gesellschaft beeinflusst werden, dass die ‚westliche' Kultur, die auf die bereisten Gesellschaften einwirkt, ihrerseits so heterogen und vielschichtig ist, dass sich dieser Terminus eigentlich verbietet, dass es sich um dynamische Phänomene des Kulturwandels handelt, geht in dieser Interpretation verloren. Aus diesem Grund tut sich die Tourismuskritik so schwer, das Geflecht dominanzkultureller Machtbeziehungen in ihrer ganzen Ambivalenz und Komplexität zu erfassen.

Wohin die mechanistische, einseitige Sichtweise des Demonstrationseffektes führen kann, zeigt ein beliebig herausgegriffenes Beispiel: Der renommierte Tourismuskritiker U. Mäder verwendet in seinem Buch mit dem programmatischen Titel »Von der Freiheit zur Freizeit – vom Kolonialismus zum Tourismus« ein Foto, das eine – ihren Fotoapparat krampfhaft festhaltende – weiße Touristin inmitten einer Gruppe schwarzer Jugendlicher zeigt. Die Bildunterschrift lautet: »Touristen wecken in armen Gebieten Bedürfnisse, welche Einheimische mit legalen Mitteln kaum befriedigen können. Folge davon ist eine Zunahme von Kriminalität.« Was in wohlmeinender Absicht die Unerreichbarkeit westlichen Wohlstands in den bereisten Gesellschaften anklagen soll, gerät zum tendenziell rassistischen Stereotyp vom stehlenden Schwarzen.

Aus der Reduzierung der »Bereisten« auf einen Opferstatus resultiert auch der Paternalismus, der sich in den wohlmeinenden, aus dem Norden stammenden Konzepten einer »nachhaltigen Tourismusentwicklung« und des Ökotourismus fortschreibt. So maßen sich nicht wenige der TourismuskritikerInnen, die nun im Auftrag der Entwicklungszusammenarbeit Ökotourismus-Konzepte für Zielregionen im Süden erstellen, an, die Rolle des neutralen Moderators zwischen den Interessen der »Bereisten«, der TouristInnen und der Allgemeinheit (Umweltschutz) zu übernehmen. Die in diesen Plänen vorgetragene Forderung nach mehr »Partizipation der Betroffenen« ist zwiespältig, denn die Definitionsmacht darüber, was Partizipation ist, liegt eben nicht bei den Betroffenen. So werden längst vorhandene Beteiligungsmuster der Bevölkerungsgruppen in touristischen Regionen häufig verkannt, weil sie nicht in ‚westliche' Wahrnehmungsraster passen, die stark von formalen und repräsentativen Verfahren geprägt sind.

Reiselust und -frust

► Die skizzierten Fallstricke der Tourismuskritik – die keineswegs nur den Ferntourismus betreffen – führen zu offenen Fragen, die einer grundsätzlichen Klärung bedürfen. Da ist zunächst die Einschätzung des Phänomens »Reisen«. Selbst wenn man die von vielen Tourismusforschern vertretene Ansicht verneint, dass das Reisen auf einen ‚natürlichen' Drang der Menschheit zurückgehe, kommt man nicht daran vorbei, dass das Reisen die Sehnsüchte der meisten Menschen nicht nur weckt, sondern zumindest parziell auch zu befriedigen weiß – und das auch in der (kultur-) industriellen Form des modernen Tourismus. Das konfliktive Verhältnis zwischen dem Bedürfnis nach ‚Reisen' – oder weiter gefasst: Mobilität – und seiner Subsumierung unter die Imperative der kapitalistischen Warengesellschaft ist seitens der Tourismuskritik noch lange nicht geklärt. Es alleine mit der Flucht- und Manipulationsthese bestimmen zu wollen, führt in die Sackgasse der Eindimensionalität.

Ungeklärt ist auch das Verhältnis von radikaler Systemkritik und konkreten Verbesserungen im Tourismus. Die Vorwürfe seitens

der radikalen Kritik, die meisten bisherigen Ansätze von sozial- und umweltverträglichem Tourismus generierten schlichtweg eine neue Marktnische für mittelständische Reiseunternehmen und stellten die globalen Ungleichheitsverhältnisse kaum in Frage, ist auf Grund der zahlreichen ernüchternden Erfahrungen kaum von der Hand zu weisen. Andererseits ist der alleinige Rückzug in Grundsatzkritik allzu bequem, weil er konkrete Verbesserungen auf St. Nimmerlein vertagt. Die Grenze zwischen faulem Kompromiss und Feigenblattfunktion auf der einen Seite und sinnvollen emanzipatorischen Ansätzen im Tourismus auf der anderen Seite auszutarieren, bleibt eine sich immer wieder neu stellende Herausforderung. Hat man sich für praktische Ansätze entschieden, stellt sich immer noch die Frage nach der richtigen Strategie. Sollen Veränderungen vor allem am »Massentourismus« ansetzen und z.B. politischer Druck auf die großen Reiseveranstalter ausgeübt werden? Oder setzt man vielmehr auf kleine alternative Projekte für verträglichen Tourismus und ihren Vorbildcharakter? Eng damit zusammen hängt die Frage, wie groß der individuelle Verhaltensspielraum der Akteure im Tourismus (Touristen, Anbieter, »Bereiste« etc.) im Vergleich zu den strukturellen Bedingungen ist und wie er ausgebaut werden kann.

Das apodiktische Urteil von Pascal – »Alles Unheil dieser Welt rührt daher, dass die Menschen nicht ruhig in ihrem Zimmer bleiben können« – mag so überzogen sein wie das Beharren auf bloße Verzichtsethik angesichts der Reiselust der Menschen unsinnig ist. Die Herstellung gesellschaftlicher Bedingungen, unter denen Reisen unproblematisch für alle Beteiligten werden, ist jedoch im Zeitalter des LastMinute-Schnäppchenpreis-Tourismus nötiger denn je.

Anmerkungen:

1 Tüting, Ludmilla (1998): Was ist aus der Tourismuskritik geworden? Presseinformation der Messe Berlin anlässlich der Internationalen Tourismusbörse ITB Berlin 1998

2 Scherrer, Christoph (1986): Dritte Welt-Tourismus, Entwicklungsstrategische und kulturelle Zusammenhänge, Berlin, S. 167. Weitere wichtige deutschsprachige Publikationen mit dependenztheoretischem Hintergrund sind u.a.: May, Silke (1985): Tourismus in der Dritten Welt, Von der Kritik zur Strategie, Frankfurt a.M. sowie: iz3w (informationszentrum 3. welt) (1986): Klar, schön war's, aber..., Tourismus in die Dritte Welt, Freiburg

3 Gruppe neues reisen (1994): Massentourismus – Ein reizendes Thema, Schriften zur Tourismuskritik Bd. 23, St. Peter-Ording

4 zit. nach Scherrer 1986, a.a.O, S. 37

5 Hagen, Toni (1995), Brücken bauen zur Dritten Welt, Kultur und Tourismus aus entwicklungspolitischer Perspektive, in: Luger, Kurt/ Inmann, Karin (Hrsg.), Verreiste Berge, Kultur und Tourismus im Hochgebirge, Innsbruck, S. 271-285, hier: S. 272

6 Flitner, Michael/ Langlo, Peter/ Liebsch, Katharina (1997): Kultur kaputt, Variationen einer Denkfigur der Tourismuskritik, in: Voyage, Jahrbuch für Tourismusforschung, S. 86-97, hier: S. 90

► **Christian Stock** ist Mitarbeiter des **iz3w**.



Öko auf Nachfrage

Fallstricke bei den Alternativen zum Massentourismus

von **Petra Stephan**

Umweltverträgliches Reisen endet in der Regel bereits am Flughafen. Die Fernreise-Branche hat dennoch den Ökotourismus für sich entdeckt. Sozial und ökologisch korrekt soll Tourismus gar zum Erhalt von Natur und Kultur beitragen. Doch auf der Suche nach Gegenentwürfen müssen Stolpersteine und Fallstricke beim Namen genannt werden.

► Viele Akteure preisen Ökotourismus als Zauberformel, die zum Naturschutz beiträgt, kulturelle Identität bewahrt und Entwicklung in Gang setzt, von lokaler bis hin zu nationaler. Als Reaktion auf fehlgeschlagene Schutzbemühungen in den Tropenwäldern Südamerikas und den Savannen Ostafrikas entwickelten NaturschützerInnen in den 70er Jahren ein Konzept, mit dessen Umsetzung nicht nur die Natur erhalten, sondern auch die Belange der lokalen Bevölkerung berücksichtigt werden sollten. Bilaterale und multilaterale Institutionen der Entwicklungszusammenarbeit wie die Weltbank, die Globale Umweltfazilität und die Deutsche Gesellschaft für technische Zusammenarbeit, Regierungen vieler Entwicklungsländer, die Reiseindustrie bis hin zu lokalen NGOs nahmen diese Vorstellungen auf. Mit einer Zunahme von zehn bis dreißig Prozent jährlich (allerdings von sehr niedrigem Ausgangsniveau) wird Ökotourismus häufig als das am schnellsten wachsende Segment der Tourismusindustrie gepriesen. Inzwischen hat der Ökotourismus auch Einzug auf das internationale politische Parkett gehalten. Auf Vertragsstaaten-Konferenzen der Konvention zum Erhalt der Biologischen Vielfalt (CBD) und Tagungen der Kommission für Nachhaltige Entwicklung (CSD) wird über Ökotourismus als nachhaltige Nutzungsform diskutiert. Zudem haben die Vereinten Nationen das Jahr 2002 zum Jahr des Ökotourismus deklariert.

Ökotourismus-Light

► Allerdings fassen viele Akteure den Begriff Ökotourismus sehr weit. Das Spektrum der mit dem Etikett »Öko« angebotenen Reisen reicht von der Tierbeobachtung und Naturfotografie über Aktivitäten wie Jagen und Fischen bis hin zu Sport- und Abenteuerrei-



Die Eroberer Foto aus: Birgit Straub und Rosaly Magg – Tanz zwischen den Welten

sen. Gemeinsam ist diesen Tourismusformen häufig nur, dass sie in der Natur stattfinden. Dem Begriff »Ökotourismus« droht ein ähnliches Schicksal wie dem der »Nachhaltigen Entwicklung«: Er befindet sich in aller Munde und jeder Akteur interpretiert ihn seinen Interessen entsprechend. Meist handelt es sich um »Ökotourismus Light«-Angebote, die sich darauf beschränken, im Rahmen einer normalen Pauschalreise Besuche von Naturschutzgebieten anzubieten. Mitunter wird der Aufenthalt in einer »Ecolodge« bereits als Ökoreise verkauft. Im Negativfall werden mit dem Prädikat »Ökotourismus« Reisen angeboten, die die Rechte der Einheimischen verletzen und die wirtschaftlich außer der Zentralregierung des Ziellandes vor allem den Reiseveranstaltern zugute kommen. So wurden etwa 3.000 Bushmen vom Stamme der Khwe aus dem Central Kalahari Game Reserve in Botswana für ein ehrgeiziges Safari-Tourismusprojekt umgesiedelt. Selbst die bei der Einrichtung des Parks garantierten Jagd- und Bewirtschaftungsrechte können sie nicht ausüben.[1]

Auch Projekte, die ernsthaft versuchen, dem Idealbild von Ökotourismus gerecht zu werden, straucheln häufig beim Versuch, gleichzeitig ökologische, soziale, wirtschaftliche und kulturelle Ziele auf den verschiedensten Ebenen zu erreichen. Doch vereinzelt gibt es – meist kleine, überschaubare – Projekte, die in Kooperation mit oder auf Initiative von lokalen NGOs gegründet wurden und die Ökotourismus als eine nachhaltige Entwicklungsperspektive erscheinen lassen. Sie zeichnen sich durch intensive und aktive Mitwirkung der ansässigen Bevölkerung an der Planung und Ausführung der Projekte aus. Zum Erfolg trägt oft das persönliche Engagement Einzelner bei, die die Projekte auch gegen Widrigkeiten durchsetzen. Zunächst sind hier einheimische oder regionale Touristen Zielgruppe und erst mittel- bis langfristig wird versucht, Gäste aus anderen Kontinenten zu gewinnen. Aber auch diese Projekte kämpfen mit Problemen, die unabhängig von ihren jeweiligen Besonderheiten für die meisten Fallbeispiele Gültigkeit haben.

Fluch des Erfolges

► Als Pioniere des Ökotourismus gelten etwa die Galapagos-Inseln und das Monteverde Cloud Forest Reserve in Costa Rica. 1974 besuchten 400 TouristInnen den Nebelwald auf den Hügeln der Cordillera de Tilarán im Nordwesten Costa Ricas. Zwanzig Jahre später hatte sich ihre Zahl bereits mehr als verzwanzigfacht. Mit jährlichen Einnahmen von 850.000 US-$ stammen in der Region mittlerweile 65 – 70% der Einkommen aus dem Tourismus. Auf den Galapagos-Inseln stiegen die Touristenzahlen von 4.500 (1970) auf über 60.000 (1995) an. Die Hälfte der Tourismuseinnahmen Ecuadors kommen inzwischen von dem Archipel. Nicht nur die steigenden Touristenzahlen gefährden die Natur und das Sozialgefüge beider Schutzgebiete. Angezogen von den vermeintlich attraktiven Verdienstmöglichkeiten im Tourismussektor wandern zahlreiche Festland-EcuadorianerInnen bzw. CostaricanerInnen aus anderen Regionen des Landes in die Schutzgebiete ein. In der Folge stieg die Bevölkerung auf den Galapagos-Inseln von ca. 1.300 im Jahr 1950 auf heute über 13.000 an. Weniger als ein Drittel der heutigen EinwohnerInnen wurde auf den Inseln geboren.[2] In Monteverde sind 25% der 3.500 EinwohnerInnen in den letzten fünf Jahren zugezogen. Diese Entwicklung überfordert in beiden Schutzgebieten die lokale Infrastruktur und beeinträchtigt den Lebensraum durch eine verstärkte Nachfrage nach natürlichen Ressourcen. Gleichzeitig steigen Lebenshaltungskosten und Landpreise. Im »Reserva Monteverde« hat sich im Laufe der Zeit ein Gemeindeleben herausgebildet, das auf partizipativer kommunaler Entscheidungsfindung und Gewaltfreiheit basiert. Die rasante Tourismusentwicklung und die Zuwanderung stellen diese Prinzipien immer mehr in Frage.[3]

Auf den Galapagos-Inseln wurde das Problem der Zuwanderung zumindest erkannt. Nach jahrelangem Druck verschiedener Naturschutzorganisationen und der Bevölkerung beschloss die ecuadorianische Regierung ein umfangreiches Aktionsprogramm für die Inseln, das u.a. die Zuwanderung bremsen soll. Die Erfahrungen lehren: Der ökonomische Effekt in der Zielregion ist häufig sehr begrenzt. Nimmt der Ökotourismus größere Dimensionen an, so stößt er schnell an soziale und ökologische Grenzen.

Evaluierungen (nicht nur) von Ökotourismusprojekten nennen die aktive Beteiligung der lokalen Bevölkerungen als unabdingbare Voraussetzung für den Projekterfolg. Aber selbst dort, wo die Tourismusentwicklung alleinig in den Händen der Einheimischen liegt, bedeutet dies keine Erfolgsgarantie – wie das Beispiel der Kuna-Indios in Panama zeigt: Die heute 47.000 Kuna-Indios der Karibik-Küste Panamas haben bereits 1925 einen weitgehenden Autonomiestatus über ihre 365 z.T. winzigen Inseln »San Blas« nordöstlich von Panama City ertrotzt. Der Handel mit Kokosnüssen, der noch in den 60er Jahren 70% aller Einnahmen der Gemeinschaft erbrachte, bietet heute kaum noch eine Existenzgrundlage. Weil die Gewässer inzwischen überfischt sind, fällt auch der lukrative Hummerfang als zuverlässige Einkommensquelle aus. Alternativen gibt es für die Kunas nur wenige – eine der wichtigsten stellt der Tourismus dar. Die von den Indios mit Unterstützung des World Wide Fund for Nature (WWF) eingerichteten Schutzgebiete Nusagandi und Pemasky sollen nicht nur die Waldbestände schützen, sondern auch WissenschaftlerInnen und ÖkotouristInnen anziehen. Um die negativen Auswirkungen dieser Nutzungsform in engen Grenzen zu halten, verabschiedete die indianische Gemeinschaft 1996 ein Tourismus-Statut. Dieses Statut regelt wirtschaftliche Kontrolle über den Tourismus und die Beteiligung der Gemeindemitglieder. Die Projekte müssen ökologisch und sozial angepasst entwickelt und verwirklicht werden. Hierzu gehört, dass sich die TouristInnen einem Verhaltenskodex unterwerfen. Die Touristenunterkünfte werden ausschließlich von Indio-Familien betrieben; Fremdinvestitionen ist ein Riegel vorgeschoben. So vertrieben die Kunas gewaltsam nordamerikanische Hotelbesitzer, die ihre Hotels auf San Blas vor der Verabschiedung des Statuts eröffneten. Heute existieren mehr oder weniger erfolgreich 13 Hotels auf den Inseln. Als Hauptgründe für den eher zögerlichen Erfolg des Tourismus in Kuna-Yala, dem »Land der Kunas« werden fehlender Marktzugang, schlechte Kommunikationsmöglichkeiten zwischen den Inseln und zum Festland – vor allem aber geringe Erfahrungen der Kunas im Tourismusgeschäft genannt. Es existiert keine Tourismusstrategie, die die Gewinne aus dem Tourismus für die Bevölkerung zu maximieren hilft. So werden Lebensmittel zur Versorgung der TouristInnen nach wie vor vom Festland importiert, anstatt den lokalen Anbau zu forcieren.[4]

Hohe Sickerraten nordwärts

► Häufig liegen die Ziele der ÖkotouristInnen in wirtschaftlich unterentwickelten Räumen. Dort stammen die Investitionen für den Tourismussektor meist von außen; viele Güter und Dienstleistungen werden importiert. Dementsprechend hoch sind die »Sickerraten«, der Devisenabfluss in die wirtschaftliche Metropole des Landes oder in Länder des Nordens. In Costa Rica, Nepal und Mexiko verbleiben weniger als 10% der Touristenausgaben in den Gemeinden in der Nähe der Schutzgebiete.[5] Punktuell werden zwar beträchtliche Gewinne durch Ökotourismus erzielt, jedoch kommt davon meist nur wenig der lokalen Bevölkerung bzw. dem Umwelt- und Naturschutz zugute. Die öffentlichen Einnahmen fließen in den Staatshaushalt der Zentralregierung. So erwirtschaften die populären kenianischen Schutzgebiete Maasai Mara und Amboseli hohe Einnahmen und vermindern erfolgreich die Wilderei in den Parks. Die Schutzgebiete unterstehen seit 1961 der Gemeindeverwaltung; von der ansässigen Bevölkerung wurden Tourismusprojekte geplant und durchgeführt und Arbeitsplätze im Tourismus geschaffen. Korruption verhindert jedoch immer wieder, dass mit den Einnahmen Projekte finanziert werden, die die Lebensbedingungen der lokalen Bevölkerung verbessern.

Die Einheimischen in der Zielregion stellen keine homogene Gruppe dar. Es gibt nicht »die« lokale Bevölkerung oder »die« indigenen Völker vor Ort. In der Regel existiert ein vielschichtiges Geflecht sozialer Gruppierungen, die durchaus divergierende Interessen haben. Während meist einige Mitglieder der lokalen Gemeinschaft am Tourismus verdienen und daher ein Interesse an der Tourismusentwicklung in ihrer Gemeinde besitzen, stehen andere Gruppierungen dieser Wirtschaftsform eher skeptisch bis ablehnend gegenüber. Sie fürchten steigende Preise und andere negative Begleiterscheinungen des Tourismus.

Öko ist kein Patentrezept

► Ökoreisen haben ihren Preis. Da sie nicht nur der lokalen Bevölkerung Einkünfte verschaffen, sondern auch Gemeindeprojekte mitfinanzieren sollen, sind sie vergleichsweise teuer. Gegenüber Massenangeboten großer Veranstalter, die häufig nur deshalb billig sein können, weil sie gerade nicht umwelt- und sozialverträglich sind, fällt es schwer zu konkurrieren. Dieses wirkt sich vor allem auf den Zugang der Projekte auf den internationalen Markt aus. So kämpft die thailänische NGO Thai Volunteer Service (TVS) um ausländische Gäste. Seit 1994 bietet TVS in Zusammenarbeit mit lokalen NGOs sozial- und umweltverträgliche Reiseprojekte an, bei denen die Partizipation der besuchten Dorfgemeinschaft im Vordergrund steht. Um eine wirtschaftliche Abhängigkeit vom Tourismus zu verhindern, wird darauf geachtet, dass er Nebenerwerbsquelle bleibt. Die Gäste übernachten bei einheimischen Familien und nehmen an Dorfaktivitäten teil. Ein Dorf beherbergt maximal acht Reisegruppen à 10 – 15 Personen pro Jahr mit zwei bis drei Übernachtungen. Von den Einnahmen verbleiben 37% in der Gemeinde; TVS erhält 20% für die Weiterentwicklung des Programmes und 43% für Transport- bzw. Verwaltungskosten. Über verschiedene Regionen Thailands verstreut werden im Rahmen des Projekts jährlich 700.000 Gäste beherbergt, bislang fast ausschließlich ThailänderInnen. TVS strebt an, seinen internationalen Kundenkreis zu erweitern.[6] Ende 1998/Anfang 1999 boten zwei kleinere deutsche Veranstalter TVS-Reisen in ihrem Programm an. Da das Angebot auf wenig Interesse stieß, nahmen die Anbieter TVS-Reisen inzwischen wieder aus ihrem Programm. Nach den Ursachen für die geringe Resonanz gefragt, antwortete ein Veranstalter, dass sich die Destination Thailand für organisierte Ökoreisen wohl nicht eigne. Thailand stehe im Ruf, ein Billigziel für deutsche IndividualtouristInnen zu sein. Die thailändische NGO versucht nun, die Projektreise ausländischen Individualreisenden vor Ort anzubieten.

Die aufgezeigten Stolpersteine belegen es: Ökotourismus ist kein Patentrezept mit dem benachteiligte Regionen in »blühende Landschaften« verwandelt werden können – auch wenn dies Reiseveranstalter und RegierungsvertreterInnen versprechen. Sorgfältig geplante und durchgeführte, sozial- und umweltverträgliche Tourismusprojekte können Entwicklung auf lokaler Ebene fördern, wenn sie in einen Verbund verschiedener nachhaltiger Erwerbsformen, basierend auf traditionellen Techniken, eingebettet sind. Hierdurch werden einseitige Abhängigkeiten vermieden, die sowohl die Natur als auch die lokale Gemeinschaft gefährden.

Anmerkungen:

1. Maurer, Mechtild 1998: Indigene Völker im Visier des Tourismus, in: AKT&E 1998: Tourismus & Menschenrechte, Basel.
2. WWF 1997: Galapagos Report 1996 – 1997, Quito, S. 1ff.
3. Honey, Martha: Paying the Price of Ecotourism, in: Américas, S. 40 – 47.
4. Schmid, Mark 1997: Hausordnung für Paradies-Besucher. Indianisches Volk bestimmt Tourismus-Entwicklung selbst, in: mosqito, Nr.1/Februar 1997, S. 28 – 29. Judy Bennett 1999: The Dream and the Reality: Tourism in Kuna Yala, in: Cultural Survival Quarterly, Summer 1999, S. 33 – 35.
5. Lindberg, Kreg 1998: Economic Aspects of Ecotourism, in: Lindberg, K., M. Epler-Wood, D. Engeldrum (Hrsg.) 1998: Ecotourism: A Guide for Planners and Managers, Volume 2.
6. Thai Volunteer Service: Responsible Ecological Social Tour Project 1998 – 1999; Interview mit Nicole Häusler; 22. März 1999.

► **Petra Stephan** ist wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für Entwicklung und Frieden in Duisburg



Foto: WWF/EAWS

Patentjäger auf Safari

Tourismuspolitische Pioniere zu Besuch bei den »Indigenen«

von **Martina Backes**

Mit Konzepten für »Nachhaltigen Tourismus« und für den Erhalt der »Biologischen Vielfalt« werden ökologisch und sozial saubere Reisenischen neu konstruiert. Neuerdings spielt dabei auch die Kategorie des »Indigenen« eine wichtige Rolle. Während die Bereisten dabei Gefahr laufen, zur Schau gestellt zu werden, fließen die Gewinne zuallererst an die Reiseveranstalter.

► Immer häufiger werden Reiseangebote mit einer unüberschaubaren Auswahl an Selbstverpflichtungen, Ökolabeln und pauschalisierten Umweltstandards versehen. Damit will die Tourismusindustrie Glauben machen, Touristen reisten als Umweltengel sozialverantwortlich und ökologisch sauber, um Gorillas und Wale vor dem Aussterben zu bewahren oder den Schutz tropischer Wälder und gefährdeter Wildtiere zu finanzieren. Entwicklungspolitische Konzepte wie die Armutsbekämpfung und Sicherung des Überlebens seltener *Hilltribes* samt ihrer »kulturellen Eigenheiten« werden in den neuen Tourismusangeboten gleich mit eingeschlossen. Selbst niedrigste Instinkte lassen sich im »kontrollierten Jagdtourismus« – Beispiel Namibia – als umweltverträgliche Variante ehemaliger Safaritouren umdefinieren. Die Jagd könne – so die Tourismuswerbung – als alternative Einnahmequelle die erosionsfördernde Viehwirtschaft ersetzen und die artgerechte Zukunft der lebenden Verwandten gleich mit garantieren.[1] Die anschließende Ethnotour zu den nomadisierenden Himba ermögliche deren Basisversorgung.

Das ökologische und soziale Begriffsvokabular wird nicht nur zu Marketingzwecken eingesetzt, sondern ebenso häufig wie unscharf in der tourismuspolitischen Debatte. Wenn ein Begriff für eine Vielfalt von Bedeutungen steht, dann erlaubt das eine gewisse Beliebigkeit in der Auslegung – das hat etwa die UN-Debatte um eine »Nachhaltige Tourismusentwicklung« illustriert. Nun hat das Konzept vom nachhaltigen Tourismus eine Alliierte gefunden: die Konvention über biologische Vielfalt (CBD). Auf der nächsten Folgekonferenz im Mai 2000 steht die Erörterung »globaler Richtlinien für Tourismus und Biodiversität« an. Damit wird ein neuer Versuch unternommen, Sozial- und Umweltverträglichkeit in Vertragsklauseln festzuschreiben. Das von derzeit 171 Staaten anerkannte Vertragswerk benennt – neben dem Schutz der Biodiversität, die von der genetischen Varietät über die Vielfalt der Arten bis hin zu ganzen Ökosystemen reicht – die »nachhaltige« Nutzung der biologischen Ressourcen und die gerechte Verteilung der Gewinne als übergeordnete Ziele. Der Öko-Tourismus gewinnt für die Umsetzung letztgenannter Ziele angesichts einer weiteren Vertragsklausel große Bedeutung und entwicklungspolitische Brisanz. Denn die Industrienationen sind aufgefordert, die Länder der Dritten Welt bei der Verwirklichung von Schutz und Nutzung der im Süden vorkommenden Vielfalt finanziell und technisch zu unterstützen. Dies geschieht allerdings nicht direkt, etwa in Form finanzieller Ausgleichszahlungen von Nord nach Süd. Hier bieten sich ökotouristische Konzepte an, die nichtkonsumptive Nutzung mit der Bezahlung der Schutzmaßnahmen zu kombinieren.

Marginalisierte Gesellschaftssysteme werden als »Indigene« erst schutzwürdig

Der Konflikt zwischen konservativem Naturschutz, der eine Erhaltung »reiner« Natur frei von jeglichem menschlichen Einfluss propagierte, und den Rechten der lokalen Bevölkerung, der häufig genug zur Vertreibung von Menschen aus ihren in Nationalparks umdefinierten Lebensräumen geführt hat, scheint in der CBD aufgehoben. Das Vertragswerk, das primär die Aufteilung der

globalen Bioressourcen international regelt, erkennt die »besondere Bedeutung der indigenen Bevölkerung« für den Schutz und die nachhaltige Nutzung der biologischen Ressourcen sowie ihre Land- und Nutzungsrechte an.

Allerdings: der »Besitz« an der biologischen Vielfalt bleibt gemäß der CBD in der Souveränität der Nationalstaaten. Die lokalen Gemeinschaften sind dabei dem Kapitel untergeordnet, das die Maßnahmen zum Schutz der natürlichen Lebensräume regelt. Die Besitzrechte, die das Recht am Land, an der Nutzung der lokalen Ressourcen und das geistige Eigentumsrecht beinhalten, laufen einerseits Gefahr, im Sinne einer Erhaltung instrumentalisiert zu werden. Andererseits stehen sie im Kreuzfeuer nationalstaatlicher und unternehmerischer Interessen aus Nord und Süd. Dabei geht es vor allem um die genetischen Ressourcen und das intellektuelle Eigentum der lokalen Bevölkerung. Insbesondere das kollektive Umweltwissen, das bis vor einer Dekade von Seiten des westlichen Wissenschaftsverständnisses als naiv und minderwertig abgeurteilt wurde, nimmt nun bei der in der Konvention formulierten Suche nach neuen Formen der Nutzung und Bewahrung der biologischen Vielfalt eine prekäre Stellung ein. Doch die erhoffte »Partizipation« der Menschen in den touristischen Zielgebieten, die insbesondere von Seiten der Umweltverbände und der entwicklungspolitischen Organisationen eingefordert wird, kommt dabei oft zu kurz.

Markt für Öko und Soziales

► Eigene Entwicklungsvorstellungen der lokalen Gemeinschaften und eine autonome Verwaltung der biologischen Ressourcen werden durch die übrigen Vertragsklauseln der gleichen Konvention und ihrer relativen Bedeutung im Kontext anderer internationaler Verträge unterlaufen. Ausserdem birgt die Betonung der »indigenen« Naturbewirtschaftung und die Aufwertung des »indigenen« Wissens die Gefahr einer ethnisierenden Zuordnung. Wenn »reine« Nutzungsweisen unter dem Aspekt der (touristischen) Vermarktbarkeit der biologischen Vielfalt aufgewertet werden, so fällt diese Strategie in den Verdacht, mit dem »Ethnischen« finanziell zu kalkulieren.

Doch zunächst zurück zur gängigen Logik der wirtschaftlichen und ökologischen Bilanzierung. Auf Grund der ökonomischen Strukturen im Tourismussektor verbleiben von 100 DM einer Öko-Package Tour 0,01 bis 1 % in den Kassen der Nationalparkverwaltung. Von den übrigen 99% wandert nicht nur ein Großteil zurück an die großen Touristikunternehmen. Das Geld wird zu einem erheblichen Anteil für ressourcenintensive Mobilität (Flugreise), für die Versorgung der Touristen und für vergleichsweise teure importierte Arbeitskräfte ausgegeben. Selbst in der trockenen Logik der Ökobilanzierung ist ein solches »Naturabenteuer » also wenig »ökologisch« und darüberhinaus für das bereiste Land und die lokale Bevölkerung wenig gewinnbringend. Pro Hektar Schutzgebiet bleiben jährlich zwischen 6,6 und 666 Dollar (Sonderfall des Gorilla-Tourismus) Einnahmen.[2] Abzüglich der Management- und Infrastrukturkosten schreiben die Parkverwaltungen am Ende oftmals rote Zahlen. Dennoch argumentieren die Verfechter ökotouristischer Angebote – von deren Anbietern über Entwicklungsorganisationen, WWF und IUCN bis hin zu den Tourismusministerien in den Ländern in der Dritten Welt – mit einer Entwicklungschance durch den Tourismus, insbesondere für die lokalen Gemeinschaften. Dabei ist längst bekannt, dass sich die euphemistisch betonte »optimale Wertschöpfung für die Bereisten« äußerst ungleich verteilt: Während die Gewinne aus dem Naturparktourismus lokal sehr begrenzt sind, auf der regionalen Ebene zunehmen und sich auf dem

»Nationalpark verbietet traditionelle Landnutzung«

Vertreter »Indigener Gemeinschaften« über Tourismus und Partizipation

► *Auf dem diesjährigen Treffen der »Arbeitsgruppe der Vereinten Nationen der Indigenen Völker« (WGIP) Ende Juli in Genf diskutierten VertreterInnen der »Indigenen« die Beziehungen ihrer Gemeinschaften zu ihrem Land. Die Konvention über Biodiversität erkennt den »indigenen Gemeinschaften« – wenn auch eingeschränkt – Besitzrechte und eine funktionale Rolle für eine Erhaltung der biologischen Vielfalt an. Das Recht auf Selbstbestimmung wird auch in den internationalen Verhandlungen über Tourismuspolitik als Frage der Partizipation indigener Gemeinschaften gehandelt. Unter der Kategorie der Sozialverträglichkeit wird Partizipation, je nach Geschmack der Interpreten, umschrieben als angemessene Teilnahme oder aktive (Mit-)bestimmung bei der Planung und Umsetzung von touristischen Konzepten. Nicht die soziale Ausgrenzung als Folge ökologischer und wirtschaftlicher Auswirkungen durch den Tourismus, sondern der Tourismus als Strategie einer partizipativ organisierten Naturerhaltung steht im Mittelpunkt der internationalen tourismuspolitischen Debatte. Martina Backes vom Projekt* ***FernWeh*** *im* ***iz3w*** *sprach während des Genfer Treffens mit VertreterInnen lokaler Gemeinschaften und fragte sie nach dem Konzept »Partizipation im Tourismus«.*

► »Noch Anfang der 80er Jahre wurden wir aus Kahuzi Biega, dem Nationalpark im Osten Zaires, vertrieben. Die Touristen zahlten an die Parkverwaltung, nicht nur um die Berge bei uns zu besteigen und die Gorillas zu beobachten. Sie zahlten auch, um uns in unseren Hütten besuchen und fotografieren zu dürfen. Die Deutsche Gesellschaft für technische Zusammenarbeit hatte vor, unsere Gemeinschaft in die weitere Planung des Tourismus im Nationalpark einzubeziehen. Doch diese Pläne kamen viel zu spät. Erstens, weil wir uns grundsätzlich mit den bereits existierenden Zwängen in faulen Kompromisslösungen arrangieren mussten. Und zweitens, weil der gute Vorsatz der Konsultationen von dem Bürgerkrieg in Zaire überrollt wurde und somit nie realisiert werden konnte.« *Diwa Kapupu, Direktor der Gesellschaft für die Förderung der Batwa aus Kongo.*

► »Viele Nomaden im Norden Kenias sind während der Trockenzeit auf die Weiden und Wasserstellen innerhalb der Nationalparks angewiesen. Mit militärischen Mitteln wird uns der Zugang verweigert. Nur hin und wieder können die Parkwächter, wenn sie aus einem Nachbardorf kommen, ein Auge zudrücken. So werden unsere traditionellen Weidezüge täglich neu illegalisiert. Und das, obwohl diese viel älter sind als die kenianischen Nationalparks und auch viel älter als das koloniale Rechtssystem der Briten, auf das die Nationalparkpolitik ja zurückgreift. Wenn die westlichen Entwicklungsorganisationen sich im Bereich Tourismus engagieren, dann sollen sie, statt mit der staatlichen Parkverwaltung oder dem Wildlife Service über eine touristische Vermarktung zu sprechen, die lokalen Gemeinschaften konsultieren. Sie sollen die bereits existierende Landnutzung als pri-

(trans-)nationalen Level enorm konzentrieren, folgen die ökonomischen Kosten einem umgekehrten Trend: Besonders hoch sind sie für die lokale Bevölkerung. Die großen Unternehmen wissen diese Kosten oft komplett abzuwälzen.[3] Hinzu kommt, dass die von der Weltbank als Exportstrategie geförderte Tourismusentwicklung (hier reist die Nachfrage zum Angebot) die Auflage enthält, Deviseneinnahmen zur Tilgung von Schulden wieder abzuführen.

Dynamische Entwicklung

► Der Ökotourismus gilt als Hoffnungsträger zur Entwicklung marginalisierter Räume, doch er konzentriert sich derzeit auf die weltweit mehr als 8500 eingerichteten Naturschutzgebiete (5,2% der Landfläche und 17% der Korallenmeere). Selbst wenn der mit dem Schutz von Nationalparks verknüpfte Ökotourismus eine inhärente Sozial- und Umweltverträglichkeit realisieren könnte, so wäre das Konzept angesichts der geringen Fläche, die einen rechtlichen Schutzstatus genießen (Indien 4,8%; Chile 18%; Madagaskar 1,9%; Papua Neuguinea 0,8%; Venezuela 29,8%; Uruguay 0,2%; Kenia 6,2%) wenig effektiv. Das Argument der Protagonisten einer »nachhaltigen« Tourismusentwicklung, ohne die ökotouristische Option fiele die biologische Vielfalt der Abholzung, Übernutzung oder der konventionellen Landwirtschaft zum Opfer, verweist auf eine Alibifunktion. Wer die biologischen Ressourcen nicht ökotouristisch kommerzialisiert, lässt sich also auf das Risiko zerstörerischerer Wirtschaftsweisen und rigiderer Ausbeutungsstrukturen ein. Nach dem Motto '*use it or loose it*'[4] wird der Süden unter Druck gesetzt. Nicht die grundsätzliche Umorientierung anderer Wirtschaftsformen steht im Mittelpunkt der Debatte, sondern die wirtschaftliche Möglichkeit, »ausgewählte Gebiete« von destruktiveren Nutzungsformen freizuhalten. Was allerdings passiert mit dem Rest? Ein und dasselbe Konzept kann als Freibrief für die Erschließung weiterer Flächen für konventionelle Nutzungsformen missbraucht oder für die Inwertsetzung bislang nicht in den globalen Markt integrierter Landschaften und Bewirtschaftungsweisen eingesetzt werden.

Die überalterte Vorstellung, wonach die »Ursprünglichkeit der Natur« als Kontrapunkt zur gesellschaftlich-kulturellen Welt betont und vor »menschlichen Eingriffen« geschützt wurde, erfährt mit der Konvention über Biodiversität eine leicht veränderte Neuauflage. Die »nachhaltigen« Lebensweisen der lokalen Bevölkerung werden – im Gegensatz zu den ex-situ Ausstellungen von Südseeinsulanern zu Hagenbecks Zeiten im Zoo – in der neuen Naturschutzstrategie gleich mit erfasst. Hier wird die »kulturökologisch bereicherte Landschaft« zu einem schützenswerten Allgemeingut – und bleibt doch Kontrapunkt. Denn diese Strategie grenzt die Menschen innerhalb jener als biologisch und kulturell besonders bedeutsam klassifizierten Regionen ein und die Menschen außerhalb dieser Gebiete oder ohne den zugeschriebenen Status des »Indigenen« gleichzeitig aus.

Die Bemühungen, den Schutz authentischer Kulturen in die Naturschutzstrategie zu integrieren, haben einen optischen Wandel erfahren. Wurde früher auf die äußere Erscheinung perlengeschmückter Menschen Wert gelegt, so nennt sich heute der Besuch der malerischen Reisterrassen der Ifugao auf den Philippinen »Agri-Tourismus«. Für Anhänger der Ökolandbaubewegung bietet diese neue naturtouristitsche Variante mit Ethnotouch eine Führung durch mehrere Jahrhunderte traditionellen Reisanbaus.[5] Spätestens dann, wenn sich der Tourismus als ökonomisch bedeutender als die Landwirtschaft erweist, wird das Recht auf's Anderssein zum zwanghaften Andersbleiben. Die diskriminierende Sicht eines statischen Kulturbegriffs wird in dieser Praxis tatsächlich

oritär anerkennen. Sie sollten uns darin unterstützen, Informationen über den Tourismus vollständig und für alle zugänglich zu machen. Sie könnten sich für eine Planung und Entwicklung touristischer Wirtschaft innerhalb der lokalen Gemeinschaften gegenüber den Regierungs- und Verwaltungsgremien stark machen, community based und von den lokalen Formen der Kommunikation und Verhandlung ausgehend.« *Daoud Tari Abkula, Vertreter der Borana aus Kenia und Vorsitzender der Ostafrikanischen Freunde der Pastoralisten (FONI).*

► »Die Einwohner unserer Inseln wissen sehr wohl, was Globalisierung ist. Wenn sie entlang der Küsten in den Korallenriffen tauchen, finden sie, statt Korallen, Cola-Flaschen.« *Victor aus Alahambra.*

► »Die rechtlichen Grundlagen in Peru bezüglich der Landrechte der Indigenen Völker an ihren Territorien sind vergleichsweise gut. Peru ist eines von 13 Ländern, das die Konvention 169 der Internationalen Arbeitsgemeinschaft in nationales Recht umgesetzt hat. Damit hat sich allerdings für die Realität vieler indigener Gemeinschaften wenig geändert. Auch wenn die Möglichkeiten der Einklage der Land- und Besitzrechte formal gegeben sind, so hat sich auf der institutionellen und administrativen Ebene nichts bewegt. Die Verwaltungspraxis steht dem nationalen Recht kontraproduktiv gegenüber. Der bürokratisch äußerst zähe, teilweise korrupte und finanziell kaum gangbare Weg durch die Instanzen unterläuft die rechtlichen Grundlagen. Einerseits mangelt es vielen Betroffenen an entsprechend guter und umfangreicher Information über ihre Rechte. Andererseits haben sie nicht die finanziellen Mittel, um in einem langwierigen Prozess ihre Rechte bestätigt zu bekommen. Somit sind die Rechte der Indigenen gegenüber dem schellen Kapital der Tourismuswirtschaft in der Realität wenig wert.« *Ulises Rozas, Jurist aus Peru.*

► »Die effektivste Missachtung unserer Rechte liegt in der Korruption der Verwaltungsangestellten. So werden ständig entgegen nationalem Recht Konzessionen an Firmen vergeben, die rund um die Nationalparks großflächig abholzen. Wir sind in doppeltem Sinne von der Nationalpark-Politik, die dem Staat Assam ganz wesentlich für die Anziehung touristischen Kapitals dient, betroffen. Die traditionelle Landwirtschaft dürfen wir innerhalb des Parks nicht mehr ausüben. Das verbleibende Land in der Zone rund um den Park ist für uns als wirtschaftliche Grundlage umso existenzieller geworden. Doch gerade hier wird dem Raubbau an den Wäldern und den Wilderern immer häufiger illegaler Zugang gewährt. Wilderer innerhalb des Parks, die insbesondere auf Tiger und Nashörner aus sind, arbeiten mit der Verwaltung zusammen. Korruption kann nicht mit Paragrafen und Rechtsstatuten abgeschafft werden. Ebenso wenig vermag uns das geschriebene Recht Gerechtigkeit bringen.« *Jebra R. Muchahary, Vertreter der Bolo in Assam.*

► »Nur wir selbst können darüber entscheiden, ob sich ein wie immer gearteter Tourismus auf unserem Land mit der traditionellen Wirtschaftsweise und Landnutzung vereinbaren lässt. Deshalb kann es einen nachhaltigen Tourismus überhaupt nur geben, wenn wir an der Planung grundlegend mitwirken und unsere Gemeinschaft selbst die Entscheidungen trifft. Wenn nachhaltiger Tourismus meint, dass die Rechte der Indigenen gerade nicht unterlaufen werden, dass der touristische Sektor ein Bestandteil einer nachhaltigen Entwicklung einer Region sein kann und Tourismus mit dem Recht auf Selbstbestimmung und Selbstverwaltung zu vereinbaren ist, dann muss der Kern der Planung bei den lokalen Gemeinschaften liegen. Dann kann nur auf ihre Entscheidungen aufbauend ein Plan für nachhaltigen Tourismus auf nationaler Ebene erstellt werden.« *John Ole Karia, Direktor des Afrikanischen Koordinationskommitees der Indigenen Gemeinschaften.*

aufgeweicht. Die soziale Komponente in dieser Strategie räumt den lokalen Gesellschaften den dynamischen Freiraum ein, zum Schutze der biologischen Funktionstüchtigkeit der Region und im Sinne der touristischen Attraktivität ihre »indigenen Wirtschaftsweisen« aufrecht erhalten zu dürfen. Gleichzeitig wird eine bisher nicht marktfähige Wirtschaftsweise zum global vermarktbaren Produkt.

Im Falle der Ifugao wird der Handel mit traditionellen Schnitzereien als dynamische Entwicklung interpretiert und will das Kleingewerbe als Nebenerwerbsquelle zum Reisanbau fördern.[6] Die Matsigenka in Peru, die den Wald des Manu-Nationalparkes in traditioneller Weise nutzen dürfen, planen den Bau von ökologischen und »kulturell angepassten« Touristenunterkünften samt einer selbstorganisierten Ausstellung über ihre Kultur. In beiden Fällen scheint eine eigenständige und selbstbestimmte Entwicklung mit dem Verkauf »authentischer« Kulturelemente verwechselt worden zu sein.


Naturpark-Wächter

Naturliebhaber und Patentjäger

► Während sich die europäischen Zollkontrollen noch immer mit der illegalen Einfuhr von gefleckten Schmusekatzen, toten Ozeloten und Rote-Liste-Reptilien befassen, wird die Gefahr der Entwendung von seltenen Kulturpflanzen und medizinisch oder anderweitig genutzten Wildkräutern durch Tourismus verkannt – das einheimische Wissen über Nutzung und Verarbeitung dieser biologischen Ressourcen, also das geistige Eigentum, eingeschlossen. Auf ein gestiegenes Umweltbewusstsein der Touristen setzen diejenigen, die Führungen durch die Welt der Heilpfanzen und der traditionellen Medizin organisieren. Unter dem Namen *eco-health tourism* will das thailändische Gesundheitsministerium die »Traditional Medicine Tour for Life« für In- und Ausländer anbieten – ein Programm, das bei thailändischen Umweltorganisationen auf große Skepsis stieß.[7] Im Zeitalter der biotechnologischen Verwertung der Natur sind die genetischen Ressourcen und das Wissen über ihre Nutzung sehr wertvoll. Die forschungstouristische Exkursion ins Lehmhüttendorf kann bisweilen Vorläufer für den Raub am intellektuellem Eigentum sein. Die ursprünglichen Auflagen der IUCN (The World Conservation Union) an die höchste Schutzkategorie in den Nationalparks fordern eine Nutzungsbegrenzung auf »rekreative, edukative und Forschungsaktivitäten«. In damals nicht absehbarer Weise haben sich diese »Nutzungsbegrenzungen« zu einem Komplex zusammengeschlossen, das die kombinierte Vermarktung der biologischen Vielfalt und der im Süden lebenden Menschen betreibt. Touristische Nutzung (rekreativ) , Umweltbildung und Kulturaustausch (edukativ) und wissenschaftliche Dokumentation der Pflanzen und Tiere (Forschung) samt des lokalen Wissens über eine Nutzung dieser biologischen Ressourcen machen die Erschließung neuer Pfade für Patentjäger zumindest einfacher. Die in Kanada agierende Organisation RAFI informiert regelmäßig über die illegale Entwendung und Aneignung sowie über die legalisierte Patentierung von bäuerlichem Wissen und pflanzengenetischen Ressourcen aus der Dritten Welt.[8] Auf den häufigen Missbrauch geistiger Urheberrechte im Zusammenhang mit kulturorientiertem Tourismus wies unlängst die International Support Group for Sustainable Tourism (ISGST) hin.

Beim diplomatischen Streit um die Auslegung der Biodiversitätskonvention ist ein Kampf um den Kuchen der Genressourcen entbrannt. Oft wird sie leichtfertig mit der konservativ-grünen Idee von einer Erhaltung der Arten und der Natur assoziiert. Die Zugangsrechte der lokalen Bevölkerung schneiden dabei schlecht ab, berücksichtigt man die Verwertungs- und Besitzrechte an den biologischen Ressourcen, die parallel anderswo verhandelt werden.[9] Das Vertragswerk schützt jedenfalls kaum noch vor der Nutzung der Bioressourcen durch die Gentechnologie. Umweltverbände und entwicklungspolitische Organisationen, aber durchaus auch Vertreter der lokalen Bevölkerung hoffen, dass mit globalen Richtlinien über Tourismus und Biodiversität die touristische Option gegenüber anderen Nutzungsweisen aufgewertet wird. Für sie klingen die sozialverträglich und partizipativ attributierten Angebote so mancher Tourismusunternehmen verlockend. Denn jahrelang wurden ganze Gesellschaften ausgegrenzt, bis hin zur Illegalisierung ihrer Lebensweisen. Der globale Konkurrenzkampf der Tourismuswirtschaft um die Erschließung der originellsten Kulturen und unberührtesten Naturräume erfordert dabei innovative Strategien – auch in der Tourismuspolitik. Doch die Umsetzung der Konvention beschränkt sich auf die funktionale Rolle »indigener Lebensweisen für die Zukunftsfähigkeit der gesellschaftlichen Entwicklung«. Hier werden kulturelle Differenzen aufgemacht und neu festgeschrieben. Gefragt ist lediglich das innovative Potenzial und konstruktive Engagement der »vergessenen Kulturen« in globalwirtschaftliche und in touristische Zusammenhänge. Alejandro Argumedo vom Indigenous Peoples Biodiversity Network betont, dass die Rechte der Indigenen bislang lediglich auf den vielen Papieren stehen, sich im Alltag der lokalen Gemeinschaften jedoch kaum etwas verbessert hat. Zu befürchten ist, dass mit der medienwirksamen Popularisierung des Indigenen in internationalen Verträgen die »Sorge um die Bereisten« in einer Sackgasse endet.

Anmerkungen:

1 Paul Kainbacher (1997): Entwicklungs- und Umstrukturierungsprozesse im Tourismussektor Namibia. In: Journal für Entwicklungspolitik XIII/1:99-114.

2 Stefan Gössling (1999): Ecotourism – a means to safeguard biodiversity and ecosystem functions? In: Ecological Economics 29, 303-320.

3 Michael Wells (1992): Biodiversity conservation, affluence and poverty: mismatched costs and benefits and efforts to remedy them. In: Ambio 21 Nr. 3: 237-243.

4 Jürgen Wolters (1998): Tourismus: Passt er in das Leitbild einer nachhaltigen Entwicklung? In B. Rauschelbach (Hrsg.): Ökotourismus: Instrument für eine nachhaltige Entwicklung? 19-24.

5 Maurice Malanes (1999): Tourism killing world's eight wonder. Thirld World Network (www.twnside.org).

6 Die Studie zeigt, dass für die derzeitige Zerstörung der Reisterrassen in Luzon (Phillippinen) indirekt der Tourismus verantwortlich ist und nicht, wie lange Zeit angenommen, eine erhöhte Vermehrung von Regenwürmern auf Grund untypischer Trockenperioden. Dem ausschließlich für den touristischen Markt produzierenden Schnitzereihandwerk fielen die Wälder, die eine wichtige Funktion in der Wasserversorgung des Reisanbaus spielen, zum Opfer. Erst die Verkettung von vordergründigen Ursachen und hintergründigen Kausalitäten legt die Auswirkungen des Tourismus offen.

7 Anita Pleumaron (1998): Eco-Tourism. A Trojan Horse for Biopiracy? In: new frontiers 4, No2.

8 Pat R. Mooney: The Parts of Life. Forgotten Parts: Pirated diversity in the Seas, Soils and in Ourselfs. In: Development Dialogue, special issue. Oder: www.rafi.org

9 Dazu zählt u.a. das Abkommen über handelsbezogenen Aspekte der Rechte des geistigen Eigentums unter der WTO (TRIPs), das International Undertaking der FAO (IU), die Internationale Pflanzenzüchterkonvention (UPOV) und die Vorlage zur Deklaration der Rechte der Indigenen Völker (WGIP) sowie Nr. 169 der Internationalen Arbeitsorganisation ILO.

► **Martina Backes** ist Mitarbeiterin bei **FernWeh** im **iz3w**.

Global Networking

Rivalitäten in der NGO-Gemeinde

Kann die Vernetzung zwischen Basisgruppen und internationalen Organisationen hierarchische Strukturen zwischen der lokalen und globalen Ebene überwinden helfen, oder erweisen sich die Heterogenität der Akteure und die informellen Dominanzstrukturen innerhalb der Vernetzungsprozesse als schlichte Strukturfalle? Tourismuskritische Basisgruppen und NGO's knüpfen – parallel zu einem sich derzeit zunehmend etablierenden internationalen Verhandlungsprozess über Tourismus – an die neuen Möglichkeiten des global networking große Hoffnungen. In wie weit sichern sich tourismuskritische Organisationen innerhalb dieses komplexen Prozesses ihre Mitgestaltungsmöglichkeiten? Wie sieht das Verhältnis zwischen Nord- und SüdvertreterInnen aus? FernWeh sprach mit Nina Rao, der Koordinatorin eines im Rahmen der UN-Verhandlungen gegründeten internationalen NGO-Ausschusses, über die Grenzen und Möglichkeiten des global networking:

► **FernWeh**: *Auch im Bereich der Tourismuspolitik zeichnet sich eine zunehmende internationale Institutionalisierung von politischen Prozessen ab. Was ist davon zu halten?*

► **Nina Rao**: Auch Menschenrechte, Frauenrechte und die Rechte der Kinder sind institutionalisiert. Die Herrschenden müssen akzeptieren, dass diese Rechte für alle gelten und alle müssen gleichermaßen Zugang zu diesen Rechten haben. Wir müssen verhindern, dass der Tourismus diese Rechte verletzt. Die Institutionalisierung politischer Prozesse an sich ist nicht schlecht, solange jeder den gleichen Zugang hat. Kritische NGOs müssen Alternativen entwerfen, die den Bedürfnissen der von ihnen vertretenen Menschen entsprechen.

Netzwerke können sehr destruktiv wirken

Auf den UN-Verhandlungen dieses Jahr in New York über ein Arbeitsprogramm zu nachhaltigem Tourismus hat sich die Diskrepanz zwischen Nord- und Süd-NGOs in Präsenz und Einflussnahme gezeigt. Welche Vorkehrungen müssten getroffen werden, um zu verhindern, dass die ungleiche Verteilung von Macht und Wissen nicht zwischen Nord- und Südakteuren im golbalen Dorf der NGO-Gemeinde reproduziert werden?

► Leider bestimmen die Machtstrukturen auch hier den Zugang zu den letztendlich kontrollierenden Systemen, und diese werden sich kaum bessern, solange sich die bestehenden ökonomischen Verhältnisse nicht verändern. Im globalen NGO-Dorf sitzen die echten Demokraten am marginalisierten Ende und die Autokraten eher im Zentrum. So sehen beispielsweise die Industrienationen sich selbst und ihre Gesellschaft als demokratisch, freiheitlich und offen an. Doch der Kapitalismus erfordert und bedingt autoritäre Machtstrukturen. In nicht kapitalistisch organisierten sozialen Verhältnissen finden wir oft echtere Demokratien.

Kein Dialog ist fruchtbar, wenn TeilnehmerInnen Vorbedingungen stellen

Die geringe Präsenz und Einflussnahme der Süd-VertreterInnen rühren daher, dass jegliche Teilnahme an die Ressourcen Information und Arbeitsmittel gebunden ist. Auch fühlen wir uns nicht immer wohl bei der Art und Weise wie und wo die Debatten geführt werden. Wir nehmen Informationen auf, wir verstehen und verarbeiten sie innerhalb eines kulturellen und politischen Kontextes. Kein Dialog ist fruchtbar, wenn einige TeilnehmerInnen Vorbedingungen für ihre Teilnahme stellen. Bereits die Verhandlungspunkte müssen gemeinsam erarbeitet werden. Zudem gibt es verschiedene Richtungen bis hin zu Rivalitäten innerhalb der NGO-Gemeinde. Und es gibt Rivalitäten zwischen verschiedenen Regionen.

Offensichtlich kann in NGO-Kreisen eine Hierarchie von der lokalen zur internationalen Ebene ausgemacht werden. Können Netzwerke diese überwinden helfen? Wie wichtig und effektiv sind sie für eine Verknüpfung der lokalen bis hin zur internationalen politischen Aktionsebene? Sind Netzwerke überhaupt geeignet, die Reichweite der politischen Aktionen von NGOs zu stärken?

► Manchmal schon, aber ebenso können Netzwerke sehr destruktiv wirken. Denn Solidarität erfordert auch, dass international etablierte NGOs die Agenda anderer Gruppen akzeptieren, statt ihre eigenen Prioritäten durchzudrücken. Doch sicherlich können Netzwerke durch den bloßen Austausch von Informationen und Positionen die Denk- und auch die Handlungsweise von Menschen beeinflussen und verändern.

Hinzu kommt, dass viele VertreterInnen nicht alle Auswirkungen und Konsequenzen verstehen, gerade angesichts der unübersichtlichen Rangordnung zwischen den internationalen Verträgen oder Richtlinien der Welthandelsorganisation, GATS (General Agreement on Trade in Services) oder der Politik der Welttourismusorganisation. Hier orientiert sich alles Richtung Globalisierung und an den Anliegen der Transnationalen Konzerne. WTO und GATS oder die WTTC (World Travel and Tourism Council) speisen die Belange der Armen mit Lippenbekenntnissen ab. Zumindest diesen Raum konnten wir für uns innerhalb der mainstream-Debatte schaffen. Viele SüdvertreterInnen sind überzeugt, dass sie keinen Tourismus in ihrer Gemeinde wollen. Doch Basisgruppen und NGOs sind in den eigentlich wichtigen Entscheidungsprozessen nicht mehr vertreten. Der Raum, der ihnen dabei zugestanden wird, ist äußerst randständig oder bestenfalls »angeheftet«.

Viele Aspekte von Nachhaltigkeit, und da bildet der Tourismus keine Ausnahme, werden ausschließlich im fertigen Rahmen des westlichen Entwicklungsmodells interpretiert. Dies entspricht nicht notwendigerweise dem Ziel vieler Süd-NGOs. Somit werden unsere Sichtweisen hier erst gar nicht reflektiert. Damit alle Gruppen die Inhalte von »Entwicklung« hinterfragen können und nicht nur bei der Umsetzung eines vorgegebenen Entwicklungsbegriffs zusehen, sollten wir uns für Selbstbestimmung bei den Entscheidungsprozessen einsetzen. Deshalb wollen wir zumindest einen Dialog erwirken, damit unsere Interessen wenigstens gehört, wenn auch nicht verhandelt werden.

► **Nina Rao**, Mitarbeiterin der tourismuskritischen Organisation EQUATIONS (Equitable Tourism Options) aus Indien, ist mit der Koordination eines im Rahmen der UN-Kommission für Nachhaltige Entwicklung initiierten tourismuskritischen NGO-Netzwerkes betraut.

*Das Interview führte Martina Backes, Mitarbeiterin bei **FernWeh** im **iz3w**.*

Mosaiksteine der Tourismusforschung

► »Die Tourismuswissenschaft ist noch keiner wissenschaftstheoretischen Diskussion ausgesetzt worden.« Karlheinz Wöhler verweist in dem Band **Der durchschaute Tourist** auf ein grundlegendes Problem für die sich derzeit konsolidierende Disziplin der geistes- und sozialwissenschaftlichen Tourismusforschung. Mit den »Tourismuswissenschaftlichen Manuskripten« macht der Profil Verlag nun einen Anfang, der diesen Mangel beseitigen soll. Die Bände **Der durchschaute Tourist** und **Grenzenlose Gesellschaft – grenzenloser Tourismus?** versammeln sehr unterschiedliche Ansätze zur Tourismusforschung – unterschiedlich im thematischen und methodischen Zugang, im Hinblick auf ihr Erkenntnisinteresse, vor allem aber bezüglich der Qualität der Arbeiten. So enttäuscht beispielsweise die Arbeit von Ulrike Heß zur Debatte um die »Völkerverständigung im Tourismus« durch begriffliche Unschärfe und mangelnde Reflexion über ihren Forschungsgegenstand. Sie kommt nach der Aneinanderreihung verschiedener Studien zu dem für die Leserin aus dem Text nicht nachvollziehbaren Schluss, dass »Völkerverständigung« (was immer das sein mag) und Tourismus in »einem positiven Zusammenhang stehen«. Auch andere Beiträge verzichten gänzlich darauf, ihre Analysen und Ergebnisse in einen gesellschaftstheoretischen Kontext zu stellen.

Erfreulich hingegen ist die Arbeit von Kurt Luger über »Die Alpenjugend im Modernisierungsstress«. Hier wird in erfrischenden Formulierungen theoretisch fundiert an einem konkreten Beispiel analysiert, wie sich Tourismus auf eine klar definierte Bevölkerungsgruppe auswirkt. Luger führt aus, dass er »Tourismus nicht als einzige Modernisierungsinstanz und somit alleinigen Auslöser der angesprochenen komplexen Problemlagen betrachte(t).« Diese Kontextualisierung ermöglicht es ihm, Tourismus innerhalb von gesellschaftlichen Machtbeziehungen, wie die zwischen den Generationen, zu analysieren. Weiterführend ist auch der Beitrag von Karlheinz Wöhler (»Sustainibilisierung des Tourismus. Zur Logik einer postmodernen Wachstumsstrategie«), auch wenn er sich in der Produktion soziologischer Unwörter besonders hervortut. Die Kategorie Geschlecht wird in den beiden Bänden bis auf eine Ausnahme (Brigitte Moser-Weithmann über den Wandel der Frauenrolle durch Tourismus in Tunesien) gänzlich ignoriert. Das ist schade, denn viele Aspekte im Tourismus bedürfen einer geschlechtsspezifischen Perspektive, um sie zu verstehen.

Unverständlich ist daher auch, dass Heinz-Günter Vester in seinem **Soziologischen Wegweiser zum Verständnis touristischer Phänomene** auf feministische Theorie verzichtet. Gerade zum Verständnis des Verhältnisses von Mensch und Natur, das durch die historisch vollzogene bipolare Kategorisierung der Welt bestimmt ist, haben feministische Theoretikerinnen wichtige Beiträge geleistet. Vesters »Reise durch soziologische Theorien« führt die LeserInnen von Handlungstheorien über zwischen Struktur und Individuum vermittelnde Ansätze bis hin zu Systemtheorien. Die Kriterien für die Auswahl der Theoriemodelle bleiben aber unklar, ebenso, für wen dieses gut zu lesende Buch eigentlich geschrieben ist. Die Brücke zwischen soziologischer Theorie und touristischer Empirie gelingt nicht immer, da die zur Exemplifizierung theoretischer Erklärungen herangezogene empirische Basis nicht näher beschrieben wird. Dennoch gibt Vester einen Überblick über mögliche soziologische Ansatzpunkte für die Tourismusforschung. Er verdeutlicht, dass »eine einheitliche und abgeschlossene (Super-)Theorie des Tourismus nicht aus den verschiedenen Theorieangeboten der Soziologie abzuleiten ist.« Deutlich wird jedoch auch, dass eine wissenschaftstheoretische Diskussion, und eben nicht nur Ansammlung, für die Tourismusforschung noch aussteht. Denn Vester verzichtet darauf, die theoretischen Ansätze untereinander in Beziehung zu setzen und ihre jeweiligen Stärken und Mängel tiefer gehend zu analysieren.

Tina Goethe

► *Heinz-Günter Vester: Tourismustheorie. Soziologische Wegweiser zum Verständnis touristischer Phänomene. Profil München Wien: Herbst 1999. 130S. DM 42,-.*
► *Reinhard Bachleitner, Peter Schinany (Hrsg.): Grenzenlose Gesellschaft – grenzenloser Tourismus? Profil München Wien: Frühjahr 1999. 184S. DM 48,-.*
► *Reinhard Bachleitner, H. Jürgen Kagelmann, Alexander G. Keul (Hrsg.): Der durchschaute Tourist. Arbeiten zur Tourismusforschung. Profil München Wien: 1998. 219S. DM 48,-.*

Marginalisierte Natur

► In seinem Buch **Die Marginalisierung von Natur** macht Uwe Fichtler die schrittweise Ingewaltnahme und die Los-Lösung des Menschen aus den Naturzusammenhängen mit verantwortlich für die Naturzerstörung durch den modernen Tourismus. In einem historischen Rückblick analysiert er die Stufen der Entfremdung von Mensch und Natur und stellt sie dem Grundbedürfnis nach »Erfahrung« gegenüber. Die Bedeutung von Mobilität und die Überschreitung von Grenzen betrachtet Fichtler unter dem Aspekt der kulturellen Evolution. Das Buch versteht sich als Ausgangspunkt für eine zukünftige Pädagogik der Reise, welche die Zeit- und Raumerfahrung Urlaub als vermeintlich gegenweltlichen Part des Alltags entmystifizieren will. Statt die Reise illusionierend in existierende Erfahrungen zu integrieren, würde die echte Neuerfahrung eine dynamische Entwicklung der Persönlichkeit und der Gesellschaft erlauben – also genau das, was den Menschen laut Fichtler in die Fremde treibt.

Problematisch ist in Fichtlers Studie die häufig unreflektierte Verwendungen biologistischer Bilder bei der historischen Analyse des Mensch-Natur-Verhältnisses sowie der anstrengende Schreibstil. Sympathisch ist sein kritisches in Frage stellen des derzeit pragmatischen Denkens in der Tourismustheorie, die den »emanzipierten Menschen als ökologisch-orientierten Umgestalter von defizitären Lebensräumen« sehe und damit den Zirkel der Betrachtung nicht durchbreche. Statt einer markt- oder umweltorientierten Tourismuspädagogik fordert er eine völlig neue Betrachtungsweise der Problematik.

Martina Backes

► *Uwe Fichtler: Die Marginalisierung von Natur. Zum Programm eines neuen Wegs in die Reise. Profil Verlag München Wien, 1999, 190S., DM 48.*

Außerdem:

► *Heinz Hahn, H. Jürgen Kagelmann (Hg.):* ***Tourismuspsychologie und Tourismussoziologie. Handbuch zur Tourismuswissenschaft****. Quintessenz München: 1993. 630 S., DM 48,-*
Das Handbuch vereint zahlreiche Kurzbeiträge zu verschiedensten Themen der Tourismusforschung. Die Auswahl der Artikel scheint jedoch willkürlich. Unkommentiert werden Artikel zu Flugangst, Trinkgeldgeben und Sextourismus nebeneinander gestellt. Das diesem Band übergeordnete Erkenntnisinteresse bleibt damit im Dunkeln. Dennoch lassen sich im Sammelsurium der Kuriositäten wichtige und weiterführende Artikel finden.

► *H. Jürgen Kagelmann (Hg.):* **Tourismus und Gesundheit**. *Psychosozial Nr. 69. Gießen 1997.144 S., DM 32,-.*
»Stell dir vor es ist Hochsaison und keiner lächelt!« In elf Beiträgen werden die Bedeutungen des Tourismus für die Gesundheit der Reisenden wie (endlich mal!) auch der Bereisten behandelt. Umgekehrt wird auch der Bedeutung der Gesundheit für den Tourismus Platz eingeräumt, die sich etwa im Trend des Gesundheitstourismus niederschlägt. Ausgesprochen hilfreich sind die 22 Seiten Rezensionen über Publikationen der Tourismusforschung.



Die Bilder auf dieser und den folgenden Seiten sind dem Video »Performing the border« von Ursula Biemann entnommen.

Performing the border

Die Grenze als Metapher für Differenz und Gewalt

von **Ursula Biemann**

An der Grenze zwischen Mexiko und den USA lassen transnationale Konzerne vornehmlich von Frauen ihr Equipment für die Kommunikationsindustrie fertigen. Dass die Grenze ein geschlechtsspezifisch strukturierter Raum ist, macht Ursula Biemann in einem Video-Essay und im vorliegenden Text deutlich. Sie beschäftigt sich mit den Fragen, wie die Geschlechterbeziehungen in dieser transnationalen Zone reguliert werden und welche Zusammenhänge zwischen den praktizierten Produktionsformen und den in dieser Region begangenen Serienmorden an Frauen bestehen.

► Die Art, wie meine eigene Existenz durch die neuen Medien in Richtung auf einen verbundenen, mobilen und beschleunigten Life-Style transformiert worden ist, ist einer der Gründe, warum ich beschlossen habe, Ciudad Juarez als einen Ort der High Tech Produktion aufzusuchen und ihn wenigstens zeitweise zum Ort meiner eigenen visuellen elektronischen Produktion zu machen. In meiner Kunst versuche ich der wachsenden Notwendigkeit zu begegnen, gender-Fragen und andere Kategorien von Identität innerhalb größerer Transformationen der öffentlichen Sphäre zu verorten, speziell der Realität der Städte. Dabei interessierte mich insbesondere die Frage, welche Beziehungen vorherrschende Repräsentationen zur materiellen Wirklichkeit an einem bestimmten Ort eingehen, d.h. wie sich die Grenze als Metapher für verschiedene Arten der Marginalisierung materialisiert. Eine zweite Perspektive, die für diese Untersuchung sehr wichtig ist, kommt aus den vielschichtigen theoretischen Debatten des Cyber-Feminismus und aus der künstlerischen Praxis, die sich in den letzen Jahren mit dem Beziehungsgeflecht zwischen dem weiblichen Körper und der Technologie sowie der Produktion von Images beschäftigt hat.

Maquila-Arbeiterinnen sind Produzentinnen der Maschinen, die den Cyberspace ermöglichen

In den künstlichen posturbanen Industrieparks, die sich über große Wüstengebiete erstrecken, montieren US-Firmen ihr elektronisches Equipment für die Kommunikationsindustrie. Die kapitalintensiven Operationen bleiben im Norden, die arbeitsintensiven liegen südlich der Grenze. Aus verschiedenen Gründen stellen die Montagefabriken hauptsächlich junge Frauen als Arbeitskräfte an. Jeden Tag treffen Hunderte von Frauen in Ciudad Juarez ein, einer Stadt, die direkt am Rio Grande gegenüber von El Paso Texas liegt. Diese Frauen machen den Großteil der Bevölkerung der Grenzstadt aus. Sie haben sich einen neuen Lebensraum geschaffen und gehen ihrer eigenen Vergnügungskultur nach. Sie haben Sozialverhältnisse und Geschlechtsbeziehungen verändert. Sie sind die Produzentinnen der Maschinen, die den Cyberspace ermöglichen. Sie sind die neuen Mitglieder einer transnationalen Bürgerinnenschicht, die für Mobilität und Konsumfreiheit arbeiten, nicht für sich, aber für Millionen anderer nördlich der Grenze.

Meist sind es sehr junge Frauen – 13-, 14- oder 15-jährige – die ihre Familien verlassen und weit reisen, um an der Grenze zu arbeiten. Indem sie vom dürren Zentralmassiv zum Rio Grande umziehen, werden sie zur Hoffnung derer, die sie zurücklassen. Oft kommen sie in kleinen Gruppen von drei oder vier Mädchen gleichen Alters und aus dem gleichen Ort. Wenn sie ankommen, haben sie keine Bleibe, da die Stadt keine zur Verfügung stellt. Städtische Gelder werden nur in die transnationalen Konzerne investiert, nicht in die Leute, die für sie arbeiten. Also gehen die Frauen an den Rand der Stadt, die sich





weit in die Sierra ausdehnt, suchen sich einen freien Fleck und bauen aus den Abfällen der Maquiladoras eine Hütte direkt in den Wüstensand. Paletten dienen als Wände, Chemiekanister werden zu Wassertanks umfunktioniert etc. Die Straßen sind aus Sand, nach Straßenbeleuchtungen oder öffentlichen Verkehrsmitteln sucht man vergeblich, Sicherheit ist nicht gewährleistet. Zwischen der Wüste und dem Gebiet, das Stadt genannt wird, lässt sich kaum eine Grenze ziehen und obgleich es sich um ein vergessenes Gebiet ohne städtische Entwicklungspläne handelt, wird es als Stadt angesehen. Manche bezeichnen diesen Prozess als »Invasion«, da die MigrantInnen sich ein Stück Land nehmen, sich niederlassen, während sie auf offizielle Unterlagen für ihre Häuser warten. Das ist zwar irregulär, aber unumgänglich. Es gibt mehrere große Gebiete, in denen hauptsächlich Frauen wohnen.

Seit den 70er Jahren haben die USA im Grenzgürtel eine Exportzone für ihre Fertigungsoperationen installiert. Innerhalb kürzester Zeit führten die Maquiladoras, die »goldenen Mühlen«, eine neue technologische Kultur der Repetition, der Registrierung und Kontrolle in der Wüstenstadt Ciudad Juarez ein. Es ist eine synthetische Zone, aus der Leben hervorgeht, wenn auch eine eigenartige Form des Lebens: morgens Unternehmenskultur, abends wird *el maiz* geknetet. Das Leben an der Grenze lehrt, mit Widersprüchen klarzukommen, pluralistisch zu agieren, denn Flexibilität ist eine Überlebensfrage, wenn man zu den Statisten der Unternehmenskultur zählt.

Die Fertigungszeilen der Betriebe stellen die extreme Fragmentierung der Arbeit in die kleinstmöglichen Partikel dar. In repetetiver, zäher Arbeit werden für die Chip-Industrie in endloser Folge Halbleiter herausgeschlagen. Um das Handgelenk der ArbeiterIn ist ein pink gedrehtes Kabel mit einer elektromagnetischen Entladungsnadel gewickelt, das den Körper mit der Arbeitsbank verbindet. Die Frauen lassen das Band auch am Wochenende um ihren Arm – aus Angst, es am Montagmorgen zu vergessen. Organisiert sind die ArbeiterInnen in Teams, die sich gegenseitig überwachen und keine Verlangsamungen oder Pausen zulassen. Das System zielt auf beständige Maximierung.

Keine Zeit zu leben, keine Zeit zu denken, keine Zeit zu organisieren

Verhütungszwang und Schwangerschaftstests sind die Regel, schwangere Frauen werden sofort gefeuert. Ernsthafte Gesundheitsrisiken bestehen nicht nur darin, konstant chemischen Mitteln ausgesetzt zu sein, sondern auch in der strengen Überwachung und Restriktion des Toilettenbesuchs – chronische Blasenentzündungen sind die Folge. Kinder bleiben sich oft selbst überlassen, weil es keine Kindergärten gibt. Zeitmanagment ist ein wirksames Mittel der Kontrolle: eine Stunde Fußweg zum Bus morgens um 4.30 Uhr, eine Stunde Busfahrt zur Maquila, neun Stunden in der Fertigung verbringen, denselben Weg zurück. Keine Zeit zu leben, keine Zeit zu denken, keine Zeit zu organisieren. Die ungeheure Zeitinvestition dieser Frauen kommt der Technologie zugute, die unser Leben im Norden beschleunigt; sie zahlen mit ihrer Zeit für unsere zugespitzte Effizienz.

Das Programm der Maquiladora bildet einen strategischen Punkt in der Ökonomie

Arbeiter/innen-Organisierung ist strikt verboten. Firmen legen illegalerweise schwarze Listen mit den Namen von Personen an, die als «Feinde« der Maquilas gelten. Feind ist nicht nur, wer sich für die Gründung einer Gewerkschaft einsetzt, um besseren Lohn, gegen Gesundheitsrisiken oder für Menschenrechte kämpft. Die Angst der Frauen ist berechtigt, wegen des geringsten Ungehorsams ihren Job zu verlieren und niemals mehr einen anderen finden zu können. Computernetzwerke verbinden die gesamte Industriezone. Wer von einer Fabrik gefeuert wird, hat keine Möglichkeit mehr, woanders zu arbeiten. Das Programm der Maquiladora bildet einen strategischen Punkt in der Ökonomie der mexikanischen Regierung. Deshalb kümmert sie sich gut um die Interessen der Maquilas und nicht um die der ArbeiterInnen. Die US-Militarisierung der Grenze gibt es vermutlich nicht nur, um Illegale davon abzuhalten, die Grenze zu überqueren, sondern auch um die gigantischen Investitionen der US-Industrie auf dem mexikanischen Territorium zu schützen. In Anbetracht der Machtpositionen der transnationalen Konzerne stellt die lokale Arbeiterorganisation kein durchsetzungsfähiges Mittel mehr dar. Guillermina Villalva Valdez, eine führende Aktivistin der mexikanischen Arbeiterbewegung und Akademikerin, starb bei einem Flugzeugabsturz auf dem Weg nach Texas 1996, zusammen mit vier anderen Schlüsselfiguren der Arbeiterbewegung. Die kleine Maschine explodierte in der Luft, wahrscheinlich durch eine Bombe.

Maquiladoras dienen als Laboratorien für Deregulierung. Der Anreiz für transnationale Konzerne, sich in Grenznähe niederzulassen, liegt vor allem in den Billiglöhnen und in den Steuerbefreiungen. Die Löhne reichen nicht zum überleben, jedenfalls nicht für einen jungen Menschen, der allein für den Rest seiner Familie sorgen muss. Eine Frau in den Maquilas verdient 50 US-Dollar in der Woche. Unter diesen Bedingungen wird im Namen des Fortschritts der Informationsgesellschaft digitale Technologie produziert. Wie immer wird Fortschritt nicht mit denen geteilt, die ihn produziert haben.

Die ungenügenden Löhne zwingen viele Frauen dazu, zusätzliches Einkommen durch Wochenend-Prostitution zu verdienen. Seit der radikalen Schließung der Grenze und ihrer militärischen Durchsetzung gibt es jedoch sehr viel weniger US-Kunden und weniger in den USA lebende Mexikaner, die die Grenze überqueren, um ihre Dollars in Juarez auszu-



geben. Die Konkurrenz zwischen den professionellen Prostituierten und den jüngeren, oft heranwachsenden Maquila-Arbeiterinnen, die am Wochenende auf den Strich gehen, weil ihnen der Fabriklohn für die Unterhaltssicherung ihrer Kinder nicht ausreicht, hat sich verschärft. Tausende von Fließbandjobs wurden in dieser Wüstenstadt geschaffen, und Frauen sind diejenigen, die sie bekommen. Oft sind sie die einzigen verdienenden Familienmitglieder. Diese Veränderungen in den Einkommensmustern wirken sich stark auf die Familienstrukturen und die Geschlechterverhältnisse aus, da diese Beziehungen größtenteils ökonomisch bestimmt sind. Die Frauen haben größere Autonomie über ihr Leben gewonnen, auch über ihre Sexualität. Einem Mädchen oder einer Frau, die ihr Geld selbst verdient, kann man nicht mehr verbieten, in einen der Nachtcenter tanzen zu gehen. Mit der Maquila-Industrie sind mehrere Hundert Bars und Tanzclubs in Juarez entstanden. Freitags und samstags um 4 Uhr, nachdem die Frauen von der Frühschicht zurückkehren, öffnen sie.

In den Tanzclubs richtet sich das Unterhaltungsprogramm nach den Bedürfnissen weiblicher Kunden. Der Shift auf die Kaufkraft von Frauen ist offensichtlich. Mit Shows männlicher Stripper und Tanzwettbewerben für Männer befriedigt das Entertainment weibliche Kunden. Hier sind es Frauen, die den Sex-Appeal von Männern bewerten. Auf einem subtileren Level adressieren die Musiktexte oftmals explizit sexuelles Begehren von Frauen. Auch hier erfährt das Geschlechterverhältnis eine drastische Umstrukturierung. Strukturell gesehen haben junge Frauen in Juarez drei Verdienst-Optionen: Sie können in der Maquila arbeiten. Wenn sie in der Fabrik wegen mangelnder Ausbildung nicht genommen werden, können sie »Domestica« werden und privat als Hausmädchen arbeiten. Wenn eine Frau keine Empfehlung für eine solche Position aufbringen kann, bleibt ihr noch eine Option, die Prostitution. Bei alledem handelt es sich um dienstleistungsorientierte Beschäftigungen, wodurch sich nicht zuletzt die gegenseitige Durchdringung von Arbeitsmarkt und Sexualmarkt innerhalb dieser Wirtschaftsordnung zeigt.

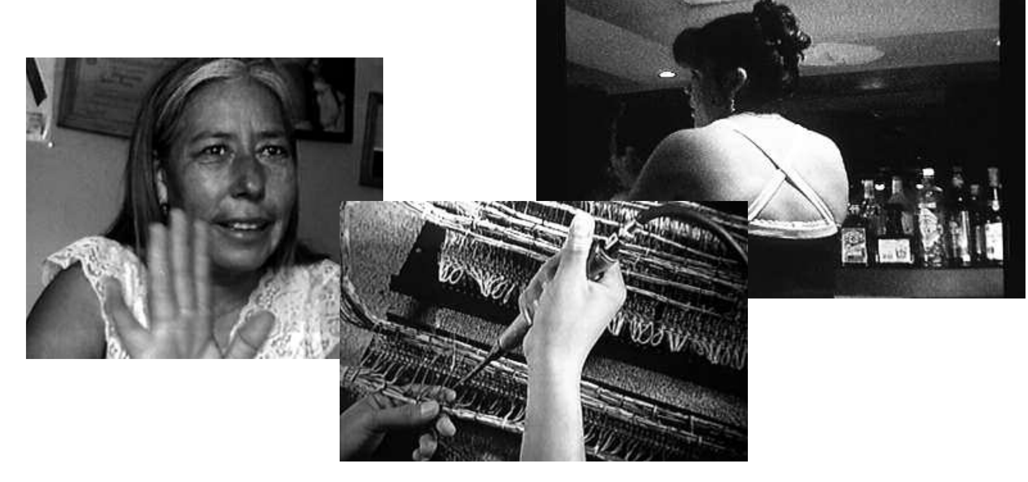
Der beschämend niedrige Stundenlohn von einem Dollar, mit dem die Maklerfirma Elamex in den Achtzigern für die Maquila geworben hat, ist Ausdruck für die Sexualisierung des Arbeitsmarkts in den Sonderproduktionszonen. Die Frauen werden auf Sex reduziert und dazu gezwungen, ihren Körper zu verkaufen. In der Konsequenz heißt das, dass die Zuhälterei auf der Ebene von Großkonzernen betrieben wird. Auf der anderen Seite ermächtigen bestimmte Umkehrungen in der Einkommensstruktur die Frauen in ihren persönlichen Beziehungen zum offenen Ausdruck ihres sexuellen Begehrens und erlauben die Befriedigungen dieser Wünsche mit ökonomischen Mitteln. Für junge Frauen handelt es sich um eine hochgradig ambivalente und prekäre Situation. Internationale Arbeit im Süden ist nicht nur feminisiert. Ökonomische Machtbeziehungen werden auf der Ebene von Geschlechtsunterschieden in unterschiedlicher Weise in sexuellen Begriffen buchstabiert. Eine der deutlichsten und vielleicht auch bedenklichsten Einsichten, die ich an der Grenze gewonnen habe, ist die, dass die Arbeiterschaft im Süden nicht nur feminisiert, sondern auch sexualisiert worden ist, dass im wahrsten Sinne des Wortes in die Sexualität der Arbeiterinnen eingegriffen wird.

Es gibt Verbindungen zwischen sexueller Gewalt und den Technologien der Maschinenkultur

Die serial killings in Ciudad Juarez sind irgendwie mit diesem Phänomen verbunden. Seit 1995 sind nahezu 160 Frauen auf ähnliche Weise ermordet worden: gefoltert, vergewaltigt, erstochen oder erwürgt und in die Wüste geworfen. Es ist immer derselbe Mädchentyp: arm, schlank, langes dunkles Haar, Maquila-Frauen, selten Studentinnen. Oft sind sie gerade erst in die Stadt gezogen und niemand vermisst sie: 50 Frauen liegen unidentifiziert im Leichenschauhaus. Die Polizei kümmerte sich lange nicht um die Aufklärung der Fälle – ein weiterer Hinweis auf den patriarchalen Konsens dieses Szenarios. Deshalb übernahmen Feministinnen und MenschenrechtsvertreterInnen selbst die Untersuchungen der Fälle und erstellten eine Liste all der verschwundenen Frauen, um zu beweisen, dass sich die Fälle zu ähnlich sind, als dass sie als individuelle, aus Leidenschaft begangene Verbrechen betrachtet werden könnten. Die meisten von ihnen deuten die serial killings als Gewalt gegen Frauen, als eine Rache von Männern an Frauen, die ihnen Jobs weggenommen und angefangen haben, sich verbal zu wehren, in Tanzclubs zu gehen und die traditionellen Rollen herauszufordern – kurz: als Bestrafung. Den Gruppen ist klar, dass es sich bei einigen Fällen um »normale« häusliche Gewalt handelt, die sich als serial killings tarnen. Sie anerkennen auch, dass die Ursachen dafür in extremer Armut, fehlender Ausbildung und wirtschaftlicher Unterwerfung liegen. Der US-Kriminologe Robert K. Ressler, der während meines Besuches eingeladen war, die Fälle in Juarez zu analysieren, nannte auch Drogenhandel, Gangs, Migration, schnelles Geld und Prostitution als weitere Bedingungen der Morde – analog zu jeder Metropole in den USA.

Aber Juarez ist – abgesehen von der weit verbreiteten Migrationsansiedlung – eine kleine Grenzstadt. Zudem sind die Morde in Juarez der weltweit größte Fall von serial killing. Allgemeine Erklärungen erscheinen zu einfach. Während meiner Recherche begegnete mir eine kürzlich erschienene Studie von Mark Seltzer. Er zieht Verbindungen zwischen sexueller Gewalt und den Technologien, die der Maschinenkultur eigen sind. Obgleich er die unaufgeklärten Fälle von Juarez nicht erwähnt, sind doch die Erkenntnisse seiner Analysen durchaus auf Juarez übertragbar – insbesondere der Stellenwert der Technolo-





gien der Identifikation, Registrierung und Simulation, die mit der besonderen psychologischen Disposition der Serientäter korrespondiert. Seine ausgedehnte Recherche analysierter Fälle serieller sexueller Gewalt ergab, dass die Auflösung von Identität ein gemeinsamer psychologischer Nenner zu sein scheint. Dies kann so weit gehen, sich als Nichtperson zu fühlen und zu einem Begehren führen, sich mit der sozialen und physischen Umgebung zu vermischen, mit der Masse zu verschmelzen. Es gelingt dem Serientäter nicht, sich vom Anderen zu unterscheiden. Diesen Mangel an Selbstunterscheidung übersetzt er sofort in Gewalt und zwar entlang der Linie der sexuellen Differenz, der einzigen fundamentalen Differenz, die er erkennt. In dieser Logik wird das geschlechtlich Andere ununterscheidbar, austauschbar und auf eine Zahl reduziert. In Juarez bestätigt sich dieser Begriff von Austauschbarkeit darin, dass eine Anzahl ermordeter Frauen die Kleider von anderen verschwundenen Frauen trugen, was die Identifizierung noch erschwerte.

Was ich versuche ist zu zeigen, dass die Grenze eine gigantische Metapher für die Verwischung und künstliche Aufrechterhaltung von Differenz ist und gleichzeitig für die Gewalt, die dabei ausgelöst wird. Gemeint ist das Zusammenwirken von Sexuellem, Privatem und Körperlichem zum einen und von Ökonomischem, Öffentlichem und Technologischem zum anderen. Ich beziehe mich dabei im Besonderen auf den robotischen, repetitiven Arbeitsprozess der Montagearbeit, die intime Verbindung von Körper mit technologischen Funktionen und die Verknüpfung dieses Vorgangs mit dem ausgelagerten weiblichen, farbigen Körper. Der Serienmörder übersetzt die Gewalt dieser Verbindung in eine urbane Pathologie und reproduziert so auf der öffentlichen Ebene die repetitive, demontierende, desidentifizierende Performanz am geschlechtsspezifischen Körper. Er macht nichts anderes, als den bestehenden Diskurs auf morbide Art sichtbar zu machen. Er wird gewissermassen zum perfekten Mediator des Diskurses.

Sexuelle Verstöße und erotisierte Gewalt übertreten die Grenzen zwischen dem natürlichen und dem kollektiven Körper, sie bringen private Begehren in den öffentlichen Raum. Diese für den Serienmord typische Überschreitung wird am weiblichen, farbigen Körper ausgeführt, die Grenze wird zur perfekten Bühne dafür. Die Grenze zwischen Selbst und Anderen verlierend, sucht der Täter beständig nach einer Grenze. Er begibt sich zur eigentlichen Grenze seines Landes, denn dies ist die Abgrenzung einer größeren Entität des Dazugehörens, nämlich die Nation. Zur Grenze zu gehen wird für ihn zum physischen Ausdruck seiner mentalen Extremität, indem er seinen natürlichen Körper mit dem nationalen vermischt, Innen und Aussen ebenso wie das Öffentliche und das Private durcheinanderbringt.

Die Grenze sichert den Fluss der Waren, aber verhindert den Fluss von Personen

Durch die beschleunigte Industralisierung überlappten in Juarez die separaten Sphären des privaten, häuslichen, weiblichen Raums der Konsumption mit dem öffentlichen, männlichen Raum der Produktion. Mit der Anstellung von mehrheitlich weiblichen Arbeitskräften haben sich diese in Mexiko traditionellen Muster rasch verändert – natürlich nicht konfliktlos. Es überrascht nicht, dass die Arbeiterin als die zentrale Figur dieses Konflikts erscheint, da sie die beiden Funktionen von Produktion und Reproduktion verkörpert. Sie ist gewissermassen das verkörperte Problem, das es einzudämmen und zu kontrollieren gilt. Die Reproduktion dieser Körper ist strikt überwacht, seit sie als produktiv bestimmt wurde.

Seit NAFTA materialisiert die Grenze diesen Konflikt in einem beeindruckenden Maßstab. Das Abkommen sichert den Fluss der Waren, aber verhindert gleichzeitig den Fluss der Personen, die diese Waren produzieren. Das Passieren der Güter steht als Zeichen guter nachbarschaftlicher Beziehungen, während das Passieren von Personen kriminalisiert und militärisch überwacht wird. Die Grenze ist die Metapher für die künstliche Gewährleistung dieser unterschliedlichen Sphären und das Zeichen für Abgrenzung von identitären Prozessen des Subjektes (Körper/Maschine, männlich/weiblich), Produktion/Reproduktion etc). Die Grenze wird auch zum Bild für Durchlässigkeit und für eine Wunde, durch die Verschmutzung, Krankheit und Armut eindringt. Die Grenze ist also eine Frage der Repräsentation, aber im Moment der Performanz ist die Realität die, dass ein Grenzzaun gebaut wird, Flutlichter aufgestellt werden und die Grenzpolizei, zusätzlich zur Fremdenpolizei und dem Militär, verdreifacht wird. Die repräsentativen und diskursiven Ebenen der Grenze materialisieren sich durch ganz konkrete Maßnahmen. Diesen Vorgang kann man als den performativen Aspekt von Repräsentation bezeichnen. Konkret heißt das auch, dass sich die Geschlechterbilder so umsetzen, dass es im Endeffekt junge mexikanische Frauen sind, die die digitalen Technologien zusammensetzen, dass ihre Zeit und ihre Körper, bis hin zum Monatszyklus, durch das weiße männliche Management strikt kontrolliert werden, dass Prostitution für viele eine Notwendigkeit ist in dieser Ökonomie und dass sexuelle Gewalt die öffentliche Sphäre charakterisiert. Diese Zusammenhänge versuche ich letztlich im Video *Performing the border* nachzuverfolgen und die Grenze sowohl als einen diskursiven, repräsentativen Raum als auch als einen materiellen Raum zu verstehen, der durch die Geschlechtsperformanz und dessen Management konstituiert ist.

Anmerkungen:

– Das Video »Performing the border« (1999, 42 min.) kann über e-mail: biemann@access.ch bezogen werden.

– Mark Seltzer: Serial Killers – Death and Life in America's Wound Culture, Routledge, 1998

▶ **Ursula Biemann** ist Künstlerin und beschäftigt sich in ihrer Arbeit vorwiegend mit Gender- und Globalisierungsthemen.



Aztlán und Spanglish

Politikkonzepte der Chicanobewegung in den USA

von **Gaston Kirsche**

Die Chicanobewegung entstand in Folge gemeinsamer Lohnstreiks philippinischer und mexikanischer ArbeitsmigrantInnen. Sehr bald wandte sie sich jedoch nationalistischen Konzepten zu. Diese Tendenz besteht bis heute und drückt sich in unterschiedlichen politischen Ansätzen aus, die von Lobbypolitik über Kulturnationalismus bis zu hybriden Formen reichen. Gemeinsam ist ihnen die dominante Rolle kultureller Repräsentation.

► Im Zuge der Bürgerrechtsbewegung in den sechziger Jahren wurde die rassistische Bezeichnung 'Chicano' der WASP-Dominanzgesellschaft (White Anglo Saxon Protestants) aus ihrem negativen Kontext herausgelöst. Analog etwa zu dem 'Black is Beautiful' der 'Schwarzen' wurde sie in eine positive, aufwertende Selbstbezeichnung spanischsprachiger EinwohnerInnen der USA umgedeutet. Die Kämpfe um kulturelle Repräsentationen spielten und spielen hierbei bis heute eine große Rolle. Ausgetragen werden sie innerhalb verschiedener Formen von populärer Kultur. Aus dem Straßentheater entwickelte sich gegen Ende der 60er Jahre das Cine Chicano, darüberhinaus entstanden verschiedene Musik-Subkulturen und auch eine Chicano-Literatur konnte sich etablieren.

‚Chicano-Sein' in der Kulturindustrie

► »Chicano-Sein ist ein politisches Konzept; es ist die Suche nach unserer kulturellen Identität. Unser Kino versucht die Geschichte des Volkes Chicano wiederzugewinnen.« So versucht der Filmproduzent Jeff Penichet heute die politische Dimension des Chicano-Kinos zu umreißen.[1] Die Ursprünge des Cine Chicano kommen jedoch unmittelbar aus einer politischen Bewegung: Der erste Film wurde vom Teatro Campesino der Gewerkschaft United Farm Workers (UFW) 1969 produziert, die aus einer antirassistischen Selbstorganisation von LandarbeiterInnen in Kalifornien hervorgegangen war. Von Beginn an hatte das Cine Chicano den Ansatz, sich erst einmal Zugang zu den entsprechenden Medien zu verschaffen und die bis dahin im Kino unsichtbare Realität jenseits der weißen Mittelschicht sichtbar zu machen (vgl. auch iz3w 239). Ein bis heute noch nicht abgeschlossener Prozess, denn den Produkten der Filmfabriken war bis in die 80er Jahre hinein überhaupt nicht anzumerken, dass neben dem weißen Hollywood das Los Angeles der Marginalisierten liegt. Wenn sich Hollywood überhaupt des Themas annahm, dann nur in einer verkürzten Form, die 'Latinos', 'Schwarze' und andere 'Minderheiten' als kriminelle Bedrohung oder auch exotistische Bereicherung darstellte, ihnen aber jegliche Subjektivität verweigerte: »Die Produzenten besetzten so die Außenseiterrollen, nie tauchten Chicanos mit einem Beruf auf, immer sind wir die Gauner, die Prostituierten oder die Drogenhändler. Es ist sehr schwer, zu Hollywood Zugang zu haben, es ist eine gut ausgebaute Schanze der Angelsachsen«, stand für die Filmregisseurin Susan Racho 1993 fest.[2]

Seit den 80er Jahren gibt es zwar vereinzelte Hollywood-Filme, die von Filmschaffenden aus der Bewegung des Cine Chicano realisiert werden – wie El Norte oder Mi Familia von Gregory Nava – , dies sind aber nach wie vor die Ausnahmen von der Regel.[3] Auch scheint auf den ersten Blick der mainstream der Film- und Fernsehproduktionen toleranter und vielfältiger geworden zu sein. Der Schauspieler Eduard James Olmos ist vielen sicher als Vorgesetzter von Crocket und Tubbs aus der Polizeifilmserie Miami Vice bekannt. Auch wenn es als Fortschritt erscheint, dass hier ein Non-WASP mal was anderes als den Delinquenten mimen durfte, blieb Olmos in dieser Rolle dennoch auf sein 'Chicano-Sein' reduziert, denn er war in erster Linie für kolumbianische Kokain-Exportfirmen, exotischen Voodoo-Zauber und die zahlreichen ExilkubanerInnen in der Stadt zuständig, die natürlich ausschließlich in der Schattenökonomie und der Opposition gegen Kuba zu sehen sind. Die bloße quantitative Verbesserung der medialen Präsenz von 'Minderheiten' im mainstream sagt also noch lange nichts darüber aus, ob rassistische Machtverhältnisse langsam in der Auflösung begriffen sind oder ob sie lediglich in einem anderen Gewand erscheinen. So durchbrach Miami Vice auch nicht die Unterscheidung Latino einerseits und WASP andererseits, sondern setzte kulturalistische Zuschreibungen dazu ein, die Serie 'farbiger' zu gestalten.

Eine solche Zuschreibung von Identitäten blieb aber nicht ausschließlich auf die Kulturindustrie der Dominanzkultur beschränkt. Auch die rebellierenden 'Minderheiten' in den sechziger Jahren bedienten sich ihrer. Um als ersten Schritt eine gemeinsame und einheitliche Stimme zu finden, aus Solidarität sowie auch aus rein pragmatischen Gründen, bezogen sie sich letztendlich auf eine vermeintlich klar eingrenzbare Ethnie/Nation. Dadurch wird es aber unmöglich, dass verschiedene rassistisch ausgegrenzte Gruppen ihre Interessen gemeinsam durchsetzen können. Vorrangig gehen sie nämlich nicht gegen die kapitalistische Grundlage der rassisti-









schen Verhältnisse an, sondern treten für eine Besserstellung »ihrer« Gruppe im Rahmen der kapitalistischen Konkurrenz ein. Dies gilt besonders für an Erfolg und Karriere interessierte Wortführer aus den aufstrebenden MigrantInnen-Mittelschichten.

Die mittlerweile sehr heterogene Chicano-Bewegung befindet sich also genau wie andere Bürgerrechtsbewegungen im Widerspruch zwischen antirassistischen und antikapitalistischen Ansätzen einerseits und kulturalistischer Lobbypolitik andererseits – also zwischen Inklusion und Exklusion. So lässt sich z.B. der kleine Boom des Cine Chicano seit den 70er Jahren dadurch erklären, dass es für klar abgegrenzte, kulturalistisch definierte Minderheiten einen Zugang zu staatlichen Fördermitteln gibt. Das öffentlich-rechtliche Fernsehen der USA ist per Affirmative-Action-Gesetz zur Finanzierung von Filmen 'ethnischer Minderheiten' verpflichtet. Der Widerspruch, sich ethnisch zuordnen zu müssen, um staatliche Fördermittel zu bekommen, wenn es um nicht-marktgängige Filme über soziale Probleme geht, ist den Debatten um Chicano-Filme anzumerken, wie die Filmregisseurin Lourdes Portillo feststellte: »Mir wurde von Leuten zugetragen, der und der hätte gesagt, ich würde die ganze Bewegung verraten, da meine Filme sich nicht nur um Chicanos drehten. Als Chicana bin ich aber ein Teil beider Amerikas.«[4]

Hollywood ist eine gut ausgebaute Schanze der Angelsachsen.

Mit der zunehmenden Festigung eines Spanisch sprechenden, kaufkräftigen Mittelstandes in den USA versprechen spanischsprachige Kulturprodukte mittlerweile höhere Profite: 1999 stellen die USA den fünftgrößten Markt für spanischsprachige Bücher.[5] Die spanischsprachige Fernsehkette Univisión, die fünftgrößte der USA, bindet bei ihren Informationssendungen 92% des spanischsprachigen Publikums und hat mehr jugendliche ZuschauerInnen als MTV, was für die Werbeindustrie entscheidend ist. In den letzten neun Jahren ist die Kaufkraft des »Latino«-Marktsegments um 56% auf mehr als 350.000 Millionen Dollar gestiegen.[6] Auf diesem Marktsegment bauen nicht zuletzt die Latino-KünstlerInnen auf, die insbesondere in der Popmusik auch auf dem gesamten US-Markt erfolgreich sind – ein Phänomen, das als »Ricky-Martin-Effekt« bezeichnet wird. Wer sein Lied »Un, dos, tres, ...« verpasst hat, kennt sicher die Sängerin Gloria Estefan.

Während dieser für den Markt interessante Chicano-Mittelstand die spanischsprachige Kulturindustrie beflügelt, arbeiten Tag für Tag spanischsprachige, klandestine MigrantInnen in inoffiziellen Arbeitsverhältnissen fern dieses Marktes auf der ProduzentInnenseite. Ihre Subkulturen existieren neben der Kulturindustrie. Aber auch bei den spanischssprachigen offiziellen US-StaatsbürgerInnen gibt es neben dem Chicano-Mittelstand einen großen Teil, der zu den unteren Segmenten der Arbeiterklasse gehört. Diese trifft die rassistische Ausgrenzung durch ihre prekäre Erwerbssituation doppelt. So brechen 30% der spanischsprachigen Kinder die weiterführende Schule ab, während dies im US-Durchschnitt nur 9% sind. Nach dem US-Zensus, der die Befragten in ethnische und nationale Herkunftskategorien sortiert, lebt folgender Prozentsatz von Familien in Armut: PuertorikanerInnen 33,1%, MexikanerInnen 27,7%, »Schwarze« 25,7%, KubanerInnen 12,5%, »Weiße« 6,5%. Von den Chicanos, die hier als MexikanerInnen auftauchen, lebt also mehr als ein Viertel offiziell unter der Armutsgrenze.

Instrumentalisierung des Minderheiten-Status

► Heute spricht die Chicano-Community in den USA schon lange nicht mehr mit einer einheitlichen Stimme. Miteinander konkurrierende und sich gegenseitig widersprechende Konzepte von 'Chicano-Sein' tragen der Ausdifferenzierung Rechnung und bewegen sich zwischen bürgerlicher Lobbypolitik, Selbstethnisierung, Identitätspolitik und einem antirassistischen, teilweise antikapitalistischen Ansatz.

Diese Differenz zeigt sich bereits in Begrifflichkeiten. Als antirassistische oder selbstethnisierende Bezeichnungen konkurrieren mehrere Begriffe miteinander, die an verschiedene Konzepte anknüpfen. Neben Latino/a oder Hispanic für EinwanderInnen aus ganz Lateinamerika wird auch von »La Raza«, der »Rasse« gesprochen, um sich selbst zu identifizieren. Gemeint ist damit ein ideelles Volk von MexikanerInnen als Abstammungsgemeinschaft. Mit dieser Vorstellung arbeitet insbesondere die bürgerliche Lobbypolitik, deren Vertreter vornehmlich aus den neuen Mittelschichten kommen. Sie beziehen sich auf ihre kulturelle Identität und instrumentalisieren ihren 'Minderheitenstatus', wenn sich dadurch wirtschaftliche Profite ergeben. Auf der anderen Seite wird aber auch der Anschluss an die WASP-Dominanzgesellschaft gesucht. Ihnen geht es in erster Linie um die Anerkennung der Chicanos (und nicht etwa um andere ausgegrenzte soziale Gruppen), die die US-Staatsbürgerschaft schon seit drei Generationen besitzen und die es mittlerweile 'zu etwas gebracht' haben. Die etablierte Lobbyorganisation »National Council of La Raza« verbindet Lobbypolitik und Nationalismus dabei derart, dass sie etwa die Freihandelszone NAFTA 1994 begrüßte, weil sie sich – vergeblich – eine Aufwertung der Chicanos als MittlerInnen zwischen den USA und Mexiko versprach.[7] Den Wunsch nach Abgrenzung von VertreterInnen dieses Konzeptes gegenüber anderen EinwanderInnen aus Lateinamerika hat die in den USA lebende Schriftstellerin Alicia Kozameh, die vor der Militärdiktatur Argentiniens flüchtete, auf den Punkt gebracht: »Diese Chicanos/as sind in den USA eine sehr auf sich bezogene Gruppe. Den anderen Leuten aus Südamerika gegenüber bringen sie nicht viel Sympathie auf. Sie leben sehr für sich.«[8]

Darüberhinaus treten die VertreterInnen der bürgerlichen Lobbypolitik für eine Besserstellung »ihrer« Gruppe im Rahmen der kapitalistischen Konkurrenz ein. Neben den Chicanos/as, die rassistischer Diskriminierung unterliegen, aber zumindest US-StaatsbürgerInnen sind, gibt es ArbeitsmigrantInnen ohne Papiere und Flüchtlinge aus Lateinamerika und anderswo, die inoffiziell über die Grenze aus Mexiko in die USA kommen, die die schlechtesten Jobs bekommen und in ständiger Unsicherheit vor der Abschiebung nach Mexiko leben.[9] Für das aufstrebende Spanisch sprechende Bürgertum ist dieser gesamte Latino-Markt – Latinos/as stellen mittlerweile vor den 'Schwarzen' die größte 'Minderheitengruppe' dar – ein bedeutsamer Faktor für den Absatz der eigenen Produkte. Aber parallel zur alltäglichen sozialen Abgrenzung entlang von Klassengrenzen – städtischer Mittelstand kontra inoffizielle ArbeitsmigrantInnen und LandarbeiterInnen – wird die Selbstdefinition als Hispanic auch in Abgrenzung zu den inoffiziellen MigrantInnen






konstruiert. Seinen Ausdruck findet das z.B. bei Volksabstimmungen: Jenseits der vermarktbaren Folklore wird für Verschärfungen gegenüber Inoffiziellen gestimmt.

Am 3. Juni 1998 fand in Kalifornien eine Volksabstimmung statt, bei der sich ein Teil der Chicanos/as oder Hispanics einem Gesetzesvorschlag rechter Republikaner anschloss: Wie 1994 bei der Proposition 187 [10] stimmten 1998 wieder 1/3 der Latino-WählerInnen für Verschärfungen gegenüber den Inoffiziellen: Diesmal gegen einen weiteren zweisprachigen Unterricht an kalifornischen Schulen. Vor 25 Jahren setzte die Bürgerrechtsbewegung durch, dass Schulpflichtige zuerst in ihrer Erstsprache Lesen und Schreiben lernten und erst allmählich in englischsprachige Klassen eingegliedert wurden. Die neue Regelung besagt, dass schulpflichtige MigrantInnen jetzt unabhängig vom Alter einen einjährigen Crash-Kurs in englischer Sprache durchlaufen. Die Initiative dazu kam von dem Kapitalisten Ron Unz aus dem Silicon Valley, und viele Hispanics stimmten gegen den zweisprachigen Unterricht, weil sie wollen, dass ihre Kinder schneller Englisch lernen – die Sprache des sozialen Aufstiegs: »Auch wenn die Latinos bei Wahlen bisher unterrepräsentiert sind (29% der kalifornischen Bevölkerung stellen nur 9% der Wählerschaft), zeigt sich hier deutlich die Entstehung eines Latino-Bürgertums aus Kleinunternehmern, das politisch dem rechten Flügel der Republikaner nahesteht.« [11]

Kulturnationalismus und territoriale Forderungen

► Der Instrumentalisierung des Minderheitenstatus der neuen Mittelschicht steht der Kulturnationalismus der vermeintlich linken Chicanos gegenüber. Sie beziehen sich in ihren auf erfundene Traditionen gestützten Identitätskonstruktionen darauf, dass die spanischen Kolonialisten vor den englischen in den heutigen USA waren. Hierbei spielt der mythische Herkunftsort der AztekInnen – Aztlán – eine wichtige Rolle. Aztlán wurde in der aztekischen Mythologie weit nördlich von den Stadtstaaten in Zentralmexiko verortet, so dass es geografisch durchaus im Südwesten der USA gelegen haben könnte. Also ein hervorragendes Argument für nationalistisch begründete Gebietsansprüche, wie es exemplarisch der Chicano-Filmemacher Juan Uribe ausdrückt: »Für mich ist Chicano-Sein die Politik der Rückeroberung von Aztlán, der Territorien im Südwesten der USA, die früher den Azteken gehörten«.[12]

Diese Konstruktion von präkolumbianischer Geschichtstradition ist zentral für eine nationalistische Chicano-Kultur, die ihre Selbstvergewisserung aus der Logik des Ursprungs ableitet: »Für Chicanos sind die Anglos lediglich fremde Besatzer, dies gilt sowohl für die 1848 im Vertrag von Guadalupe-Hidalgo ‚annektierten' tejanos, californios, u.a., als auch für heutige Chicano-Wanderarbeiter.«[13] Mexiko trat nach dem verlorenen Krieg 1848 an die USA 50% seines Territoriums ab. Dieses war aber nur dünn besiedelt, vor allem von denen, die noch vor den spanischen Eroberern da waren: die Native Americans, damals insgesamt 1% der gesamtmexikanischen Bevölkerung. Die Bevölkerung der spanisch-mexikanischen Siedlungen wurde bei der folgenden Umwälzung der Besitzverhältnisse von den WASP-SiedlerInnen enteignet. Im Friedensvertrag garantierten die USA zwar den verbliebenen mexikanischen BürgerInnen alle Rechte und Besitztitel, nachher spielte das aber keine Rolle mehr.

Der revanchistische Bezug auf Aztlán ist ein identitätsstiftendes Medium

Aus den SiedlerInnen und KolonialistInnen von vor 1848 wurde eine kolonialisierte Minderheit, die heutige Chicano-Community, die noch durch die MigrantInnen, die infolge der mexikanischen Revolutionskämpfe und des Bürgerkrieges zwischen 1910 und 1930 einwanderten, ergänzt wurde. Sie wurden von der dominanten Macht zur rechtlich, kulturell und sprachlich marginalisierten Gruppe. Roberto Martínez vom American Friends Service Committee, das gegen die Verletzung der Menschenrechte von MigrantInnen angeht, erklärte dazu 1997: »Kaum war der Vertrag unterzeichnet, kamen US-Siedler, die den MexikanerInnen das Land raubten. In diesem Prozess wurden MexikanerInnen nach Mexiko vertrieben, erschossen, gelyncht, erhängt und vergewaltigt.« [14]

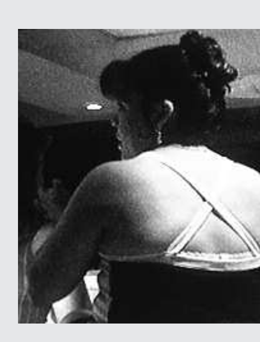
Der national orientierte und revanchistische Bezug auf Aztlán ist demzufolge ein wichtiges identitätsstiftendes Medium für große Teile der mexikanischen und US-amerikanischen Linken mit Chicano-Hintergrund. Im Musik-Underground von Los Angeles gibt es Ende der 90er Jahre viele Bands, die sich auf Aztlán und mit einem romantisierenden Rückbezug auf eine vermeintlich indigene Herkunft beziehen: Neben »Aztlán Underground« haben sich andere Bands Namen aus dem Nahuá, der Sprache der AztekInnen, gegeben: Quetzal, Ollin oder – Ozomatli. So heißt der aztekische Gott des Tanzes. Ozomatli ist zweisprachig: Die MusikerInnen singen auf spanisch und rappen auf Englisch. Die Band entstand vor vier Jahren aus einem Arbeitskampf und trat ursprünglich nur für Benefizzwecke auf. Mittlerweile gibt es eine CD, die auch Ozomatli heißt (Almo Sounds/ Import).

Anders als bei diesen Bands, die zwischen verschiedenen Identitäten wechseln, wird in einem Infoblatt der weltweiten Anti-Freihandelsbewegung Peoples Global Action unter der Überschrift »Aztlán – A New Nation« ein sich revolutionär verstehender Nationalismus abgefeiert. Bobby, Chef der größten Chicano-Streetgang von Los Angeles, forderte dort das Recht auf nationale Selbstbestimmung, die Sezession von den USA, für ein eigenes Land mit eigener Regierung: »Wir sind keine Mexikaner und wir sind keine US-Amerikaner, wir möchten eine neue Nation bilden, in der wir die Mehrheit sind, wir nennen das Aztlán. Aztlán ist, wo die Azteken herkommen – und wir fordern dieses Land zurück.«[15]

Damit befindet er sich in Übereinstimmung mit Teilen der mexikanischen Linken, die eine Wiedervereinigung Mexikos mit denen nach dem Krieg 1845-48 an die USA abgetretenen Gebiete fordert. Dass Linke in Mexiko der nationalistischen Staatspartei PRI (Partei der institutionalisierten Revolution), die aus dieser Geschichte ihre Legitimation bezog, die Nation streitig machen können, ist durch die offizielle Öffnung zu den USA möglich geworden: Zur NAFTA- und Freihandelspolitik des offiziellen Mexiko passen die früheren nationalen Inszenierungen der PRI nicht mehr, die gegen die USA gerichtet waren.

Es ist aber sowohl in Mexiko als auch in den USA für Linke fatal, auf das Konzept Nation zu setzen, auch wenn dieses Konstrukt nicht von der Bourgeoisie besetzt ist: Von den sozialen, antirassistischen Kämpfen lenkt es bestenfalls nur ab. Schlimmstenfalls verdrängt ein nationalistisches Konzept auch in linken Bewegungen wie der MLN/M (Movi-



miento de Liberación Nacíonal de México) die Fragen nach sozialer Emanzipation und grenzüberschreitender Solidarität. Kapitalismuskritik wird der nationalen Sache untergeordnet. Zwar werden all diejenigen kritisiert, die ihre individuelle Bereicherung an oberste Stelle setzen. Nicht aber, weil sie der kapitalistischen Logik folgen, sondern weil sie als VerräterInnen an der Chicano-Nation angesehen werden. Ein Sweat-Shop-Besitzer, der sich zum Teil der Community erklärt und nur Chicanos/as in seinem Betrieb ausbeutet, dient dann zuerst der nationalen Sache. Die nationalistische Kritik richtet sich auch gegen die, deren Alltagsleben und Eintreten für breitere soziale Interessen sich nicht der Chicano-Community unterordnen.

Kapitalismuskritische Positionen gehen sowohl beim Chicano-Mittelstand und der Bourgeoisie als auch bei den Kulturnationalisten verloren. Darüber hinaus trennt die Herleitung von Rechten nicht aus sozialen Bedürfnissen, sondern aus angeblich geschichtlichen, nationalen und territorialen Ansprüchen die Chicano-PolitikerInnen von anderen MigrantInnen und benachteiligten Personengruppen.

Spanglish: Jenseits von Abgrenzung und Identität

► Bürgerliche Affirmation des Kapitalismus und anti-amerikanischer Kulturnationalismus von links sind jedoch nicht die einzigen miteinander konkurrierenden Konzepte des 'Chicano-Seins'. Verschiedene antirassistische Aktivitäten versuchen genau diese kulturalistische Abgrenzung nicht zu vollziehen. Dies gilt für etliche der AktivistInnen des Cine Chicano, wie etwa die bekannte Lourdes Portillo, die in Gesprächen versichert, ein offenes, gegen Diskriminierung gerichtetes Konzept von Chicana-Sein zu vertreten. Dieses Konzept orientiert sich weit mehr an der sozialen Realität der Migration und drückt sich auch in der Veränderung von Sprache aus – dem Spanglish. Die Vermischung von Englisch und Spanisch ist für viele Menschen ein alltägliches Phänomen – besonders für die 'tinajeros', die Teenager: In der Pause, dem 'breque', wird ein 'cofi' getrunken, danach gehen die 'pupilos' wieder in die Schulklasse. Viele Kleinkunstschaffende wie der bekannte Autor und Akteur Coco Fusco benutzen Spanglish als Bühnensprache. Als dieser 1993 in Hamburg spielte, irritierte er mit dem Vermischen der Sprache das deutsche Feuilleton. Der Rezensent der taz fragte konsterniert: »Wäre es nicht vielleicht besser, kulturelle Zeichen zu trennen, weil die Vermischung ja doch zu einem erheblichen Verlust kultureller Identität führt?« [16] Die Lebensrealität vieler im Südwesten der USA trifft aber das Gedicht von Tato Laviera *La carretera made a u-turn*, in dem es heißt: »I think in Spanish, I write in English, tengo las venas aculturadas, escribo en Spanglish.« Der bekannte Ethnologe Néstor García Canclini aus Mexiko benutzt in seinem Buch »Hybride Kulturen« die Bezeichnung hybrid, um diese kulturellen Prozesse und Verschiebungen zu erfassen, die sich einer national-territorialen Zuordnung entziehen. Dementsprechend kann 'Chicano-Sein' auch bedeuten, sich weder den USA noch Mexiko zuzuordnen, aber deshalb nicht gleich eine neue Nation erschaffen zu wollen, sondern gegen die aktuelle soziale Diskriminierung anzugehen, die nicht bei den Chicanos stehenbleibt.

So entsteht grenzüberschreitende Solidarität aus Organisationen von ArbeiterInnen in den Maquilas entlang der Grenze USA – Mexiko. Die *Coaliación pro-Justicia a las Trabajadores de Maquiladoras*, das *Comité de Apoyo Fronterizo Obrero Regional* aus Tijuana, das *Commitee to Support Maquiladora Workers* aus San Diego, beide Mitglieder der Coaliación, protestierten gegen die rassistische Polizeiwillkür in den USA. [17] Sie stellten aber auch fest, das die Angst überwiegt und es wenig Protest gegen den Rassismus gibt, der in den USA gegen Latinos herrscht.[18] Und in den US-amerikanischen Gewerkschaften findet vielerorts ein Umdenkprozess statt, der mit der rassistischen Ausgrenzung von Chicanos Schluss macht und diese in teilweise erfolgreiche Abwehrkämpfe einbezieht: So ist im Computer-Produktionszentrum Silicon Valley bei San Francisco das von NiedriglohnarbeiterInnen aus Lateinamerika und Asien dominierte Reinigungswesen der einzige Arbeitsbereich mit einer flächendeckenden Tarifstruktur.[19] Vielleicht entsteht aus diesem Umbruch ja wie 1969 ein neuer Impuls für eine antirassistische Kulturbewegung.

Anmerkungen:

1 zitiert in: C. Angulo: La venganza, en el cine, de Moctezuma, in: El Pais, 21.9.1993

2 ebd.

3 Einen guten Überblick über die Filme bietet Chon A. Noriega in Cine Chicano – Entre la subversion y la integración: El cine chicano y sus contextos, 1993, San-Sebastian/Donosti, Filmoteca Vasca.

4 Olaf Berg/Lars Stubbe: Gespräch mit Lourdes Portillo, in: ila 228, 9/99

5 Rocío Ayuso: California quiere reconquistar Lectores, in: El Pais, 14. 8. 99

6 José M. Calvo/Javier del Pino: Los Latinos en Estados Unidos – La Generación Ñ. In: El Pais Semanal, 8.8.99

7 Werner Lamottke: Im Wartesaal der Macht. Aus: Ila 9/99, Schwerpunkt »Mexiko in den USA«.

8 Alicia Kozameh: Unter der Sonne Kaliforniens, Interview von Gaby Küppers, in: ila 211, 12/97.

9 vgl. Bettina Kleiber/Friedrike Habermann: Alltag an der Grenze zwischen Mexiko und den USA, in: iz3w 234, 1/99.

10 Per Volksentscheid wurde am 8. November 1994 in Kalifornien die Proposition 187 mit einer Mehrheit von 59% angenommen. In diesem Gesetz wird festgeschrieben, dass allen inoffiziellen EinwanderInnen ohne Papiere der Zugang zu Gesundheits-, Bildungs- und sonstigen Sozialleistungen verweigert wird, bis auf medizinische Notfälle. Darüber hinaus verordnet das Gesetz den im Bildungs- und Sozialdienst Arbeitenden einen Spitzeldienst, alle »Verdächtigen« zu melden.

11 Redaktion: Kalifornien – 187 , in: wildcat Nr. 64/65, März 1995, S. 19

12 zitiert in: C. Angulo: La venganza, en el cine, de Moctezuma, in: El Pais, 21.9.1993

13 Herms, Dieter/Lutz, Hartmut: Native Americans, Chicanos und Indianer in den USA, 1985, Westberlin, S. 6

14 Tödliche Barriere – Südgrenze der USA ähnelt einer Free Fire Zone/Interview mit Roberto Martínez, in a&k 412, 12. 3.1998, S. 20.

15 SchNEWS & Squall: 1998 Special Report on the United Colours of People's Global Action, 1. Mai 98, Brighton. http://www.cbuzz.co.uk/schNEWS. Kontakt zur neuen Nation Aztlán per e-mail: amica@earthlink.net.

16 Till Briegleb: Interviewfrage an Coco Fusco, in taz-hamburg (Lokalteil), 27.7.93

17 Grupos fronterizos piden castigos para policías de EE.UU., in El Mexicano, 6.4.96.

18 Repudio a brutal agresión contra mexicanos, in: El Mexicano, 5.4.96.

19 vgl. Boy Lüthje/Christoph Scherrer: Einwanderung, Rassismus und Gewerkschaftspolitik in den USA, in: WIDERSPRUCH, Nr. 37/99, Zürich.

► **Gaston Kirsche** ist gelernter Drucker, studiert Ethnologie und macht in der Hamburger gruppe demontage mit.

Europäische Perspektive für die Türkei?

▸ »Unsere Türkei-Politik ist eindeutig definiert. Wir haben uns dafür stark gemacht, der Türkei die europäische Perspektive anzubieten«, so Ludger Vollmer, Staatssekretär im Auswärtigen Amt (AA), am 2.9.99 auf einer Pressekonferenz zu den neuen Lageberichten der Bundesregierung. Hierzu gehört auch, »dass der (Türkei-)Bericht auf der empirischen Ebene an Deutlichkeit nicht zu wünschen übrig lässt.«

Angesichts dieser durch das AA dramatisierten Ankündigung einer neuen Beurteilung der Lage in der Türkei, immerhin die für die meisten Verwaltungsgerichte maßgebliche Entscheidungsgrundlage bei Asylverfahren, stellt sich die Frage, ob der Bericht tatsächlich substanziell neu ist und »neutrale Fakten« zusammenträgt. Immerhin wollte die Regierung sich damit von ihrer Vorgängerin durch die Einbeziehungen türkischer und deutscher Nichtregierungsorganisationen in die Recherchearbeit und durch die Zurückdrängung des Einflusses anderer Ministerien absetzen.

Doch schon im ersten Abschnitt wird deutlich, dass der Bericht vorrangig auf Erkenntnissen der deutschen Auslandsvertretungen beruht. Um der Kritik vorzubeugen, hat man sich zwar mit besser recherchierten Dokumentationen der Landesarbeitsgemeinschaft MigrantInnen und Flüchtlinge der GAL Hamburg und vom Niedersächsischen Flüchtlingsrat/Pro Asyl befasst und hätte also deutlicher Stellung zur Lage in der Türkei beziehen können. Jedoch führten diese Dokumentationen zu keinen neuen Einschätzungen. Für den Nachweis der Misshandlungen und Folterungen nach der Abschiebung geht das AA inzwischen zwar den dokumentierten Problemen nach, aber kann oder will diese Hinweise nicht bestätigen. Dies stellt oft die Sachverhalte auf den Kopf: Für Hasan K. hatte z.B. selbst das Verwaltungsgericht Freiburg an seiner Darstellung hinsichtlich der erlittenen Misshandlungen keine Zweifel. Er wurde unmittelbar nach seiner Abschiebung in Istanbul verhaftet und später mit dem Vorwurf der Beteiligung an zwei Demonstrationen in Deutschland konfrontiert. Vor dem Gerichtsverfahren wurde er in der Haft schwer gefoltert.

Lediglich eine kleine Neuerung findet sich im Bericht: »Angesichts der hochemotionalisierten Atmosphäre im Zusammenhang mit dem Öcalan-Prozess ist davon auszugehen, dass ein erhöhtes Risiko einer besonderen Gefährdung für solche abzuschiebenden Personen besteht, die sich bisher in der Kurdenfrage engagiert haben.«

Auch werden im Unterschied zu früheren Berichten viele Ausführungen über die Menschenrechtslage gemacht, diese aber bleiben unpräzise oder nennen nicht die Verantwortlichkeiten. Andere asylrelevante Faktoren werden weiterhin schöngeredet oder ignoriert. Wenn es um die an sich bereits unwürdige Abschiebung von Minderjährigen geht, so meint das AA: »Unbegleitete zurückkehrende Minderjährige finden in der Regel Aufnahme bei näheren oder ferneren Verwandten. Für die sehr seltenen Fälle, in denen sich nach Rückkehr in die Türkei keine Verwandten oder Bekannten bereit erklären, die rückkehrenden zumindest übergangsweise aufzunehmen, stehen Plätze in Waisenhäusern oder Kinderheimen (meist in Istanbul) zur Aufnahme bereit.« Das Gegenteil ist der Fall; die meisten kurdischen Jugendlichen stehen in Istanbul allein auf dem Flughafen, die Waisenhäuser sind überfüllt und keiner kümmert sich darum, was mit ihnen passiert.

Ähnlich verhält es sich mit der medizinischen Grund- und Spezialversorgung, die als Abschiebehindernis in Frage kommen kann. Obwohl man es besser wissen müsste, sieht das AA die medizinische Versorgung in der Türkei grundsätzlich als gewährleistet an. Der Bericht des Auswärtigen Amts unterscheidet sich also kaum von seinen Vorläufern. Er verharmlost die realen Entwicklungen und steht im Kontrast zu den vielen differenzierten Recherche-Arbeiten unabhängiger Organisationen.

Christian Möller

▸ *Über die Lebensbedingungen kurdischer Flüchtlinge in Istanbul hat der Menschenrechtsverein Istanbul eine Broschüre herausgegeben. Diese wurde von FIAN übersetzt und ist für DM 6,- über e-mail: fian@home.ins.de zu bestellen.*

13 Jahre nach dem Giftgasbombardement auf Halabja

▸ In der Stadt Halabja im irakisch besetzten Teil Kurdistans wurden während eines von Saddam Hussein veranlassten Giftgasbombardements vom 16. bis 18. März 1988 schätzungsweise 7000 Menschen getötet, weitere 12.000 zum Teil schwer verletzt.

Bei den eingesetzten Giften handelte es sich um Senfgas und Cyanid-haltiges Gas. Mit hoher Wahrscheinlichkeit wurden auch Nervengase wie Tabun und Sarin verwendet. Der UN liegt eine Liste der europäischen Länder vor, die Saddam Hussein mit Giftgas beliefert haben. Die UN wäre somit in der Lage, die Namen dieser Länder zu nennen, hält diese aber geheim.

Rolf Ekeus, ehemaliger Mitarbeiter bei UNSCOM (die UNSCOM beschäftigt sich mit der Kontrolle der Demontage von Waffen und Munitionsfabriken im Irak nach dem II. Golfkrieg) erklärt, dass die Daten geheim gehalten würden, weil die Organisation ansonsten keine Informationen mehr bekommen würde. Obwohl die Lieferländer der UN-Menschenrechtsdeklaration zuwider gehandelt hätten, würde die UN-Unterkommission die Namen der Lieferländer nicht preisgeben. Die politischen und wirtschaftlichen Interessen in diesem Gebiet haben somit Priorität vor dem Schutz der kurdischen Bevölkerung.

Ein Team der BBC London besuchte kürzlich das Gebiet in und um Halabja, um den Zustand der bis heute zerstörten Stadt zu dokumentieren. Die gesundheitlichen Folgen des Giftgasbombardements für die Bevölkerung sind gravierend: Es wurden überproportional hohe Raten an Krebserkrankungen, z.B. Leukämie, Darmkrebs, sowie Früh- und Fehlgeburten und Fehlentwicklung von Föten festgestellt. Weiterhin leiden die Menschen im betroffenen Gebiet an Folgekrankheiten wie Knochenschädigungen, Skoliose und seelischen Erkrankungen auf Grund schwerwiegender Traumata.

Einrichtungen der Gesundheitsfürsorge in Halabja sind vorhanden, jedoch greifen sie zu kurz. Benötigte Medikamente gibt es kaum oder nur in völlig unzureichendem Maße. Die Bevölkerung muss für die Medikamente selbst aufkommen. Wer das nicht kann, bleibt unversorgt. Für viele schwerwiegende Erkrankungen gibt es keine Möglichkeit der Heilung oder Linderung der Beschwerden, denn es fehlen notwendige Medikamente und medizinische Apparate.

Karin Ahrens

▸ *Informationen bei: Ahrens-Hannover@t-online.de*

Wasser als Waffe

▶ Mit internationaler Beteiligung plant die türkische Regierung ihr derzeit größtes Wasserkraftwerk, den Ilisu-Staudamm in Südostanatolien. Zunehmende Spannungen mit den Nachbarstaaten sowie gravierende Nachteile für den Großteil der ansässigen Bevölkerung sind vorprogrammiert.

Der Ilisu-Staudamm soll den Tigris kurz vor der Grenze zu Syrien und dem Irak aufstauen. Mit einer durchschnittlichen Reservekapazität von 3 Mrd. m^3 bietet er der Türkei die Möglichkeit, den Weiterfluss des Tigris in die beiden Länder für mehrere Monate zu unterbrechen. Der Ilisu-Staudamm stellt einen Baustein im gigantischen Südostanatolien-Projekt (Güney Anadolu Projesi, GAP) dar, das Dutzende von Staudämmen an Euphrat und Tigris zur Bewässerung und Energiegewinnung umfasst. Gleichzeitig ist das GAP ein wichtiges machtpolitisches Instrument gegenüber den arabischen Nachbarstaaten und der kurdischen Bevölkerung.

Die Türkei hat weder Syrien noch den Irak über ihr Vorhaben informiert. Nach internationalem Recht aber müssen bei Projekten an grenzüberschreitenden Flüssen abwärts gelegene Staaten detailliert informiert und konsultiert werden. Offizielle türkische Äußerungen untermauern jedoch den Alleinanspruch auf die Quellen des Euphrat und Tigris. So erklärte Staatspräsident Demirel: »Mit dem Wasser ist es wie mit dem Öl. Wer an der Quelle des Wassers sitzt, hat ein Recht darauf, das ihm niemand streitig machen kann.«

Im Rahmen des GAP wurden bereits Zehntausende von Kleinbauern enteignet und umgesiedelt. Für den Ilisu-Stausee sollen weitere 52 Dörfer und 15 Kleinstädte unter Wasser gesetzt werden. Bisher ist auch ungeklärt, ob Kompensationen in Form von Land oder mit Geld erfolgen werden. Die Baukosten für den Staudamm werden auf 1,52 Mrd. US-Dollar beziffert. Ohne eine reguläre Ausschreibung des Projekts erhielt ein Konsortium unter Führung der schweizerisch-schwedischen Firmen Sulzer und ABB den elektromechanischen Vertrag. Die Hoch- und Tiefbauarbeiten wurden an ein Konsortium von Balfour Beattie (GB), Impregilo (Italien), Skanska (Schweden), Nurol, Kiska und Tekfen (Türkei) vergeben.

Das Projekt wird seit Sommer 1998 im Rahmen der OECD Working Party on Export Credits and Credit Guarantees zwischen den beteiligten Exportkreditversicherungen diskutiert. Die Schweizer Regierung bewilligte im Dezember 1998 eine Exportrisikogarantie in Höhe von 400 Mio. Franken. Die übrigen Staaten bemühen sich jedoch um eine gemeinsame Entscheidung.

Der Bundesregierung liegt seit längerem ein Antrag auf Gewährung einer Hermes-Bürgschaft für das Projekt vor, über den demnächst auf Ministerebene entschieden werden soll. Mit der Übernahme einer Hermesbürgschaft würde die Bundesrepublik sich jedoch an einem Bruch internationalen Rechts beteiligen.

as/WEED

Informationsquellen (bei WEED zu beziehen):

▶ *Die Schweiz und das Ilisu-Projekt: Ein Testfall für die aussenpolitische Kohärenz. Stellungnahme der Erklärung von Bern zur Gewährung einer Exportrisikogarantie für das Ilisu-Kraftwerk in der Türkei. 16.11.1998.*

▶ *Wasser als Waffe. Türkische Dämme und Schweizer Helfer. Die Bedeutung des Südostanatolienprojekts GAP und die geplante Zerstörung von Hasankeyf durch Sulzer Hydro und ABB Schweiz. Eine Dokumentation von Joerg Dietziker. Juli/August 1998.*

▶ *Kontakt: WEED 96 Weltwirtschaft, Ökologie und Entwicklung e.V. Bertha-von-Suttner-Platz 13, 53111 Bonn, Tel. 0228 96 766 13-0, Fax. 0228 96 69 64 70*
e-mail: heike.drillisch@weedbonn.org,
Internet: http://www.weedbonn.org

Mugabes Homophobie

▶ Das Schwerpunktthema »Menschenrechte und Gerechtigkeit« der Zimbabwe International Book Fair (ZIBF), der wichtigsten Buchmesse südlich der Sahara, stand im Gegensatz zu den homophoben Äußerungen der Eröffnungsrede von Zimbabwes Präsident Robert Mugabe. Homosexuelle verletzten die Gesetze der Natur und Moral, vergriffen sich an Kindern und seien pervers und Ekel erregend, so seine Worte.

Wer die Situation von Homosexuellen in Zimbabwe kennt, für den waren Mugabes Ausfälle auf der Buchmesse keine Überraschung. Es war nicht das erste Mal, dass er die »Sodomiten« als Feinde ausgemacht hatte. Bereits im vergangenen Mai hatte Mugabe Schwule quasi für vogelfrei erklärt, indem er betonte, sie bedrohten die Moral, weshalb ihnen keinerlei Rechte zustünden. Die Homosexuellen-Gruppe »Gay and Lesbians of Zimbabwe« (GALZ) hatte sich daraufhin bereits an die internationale Öffentlichkeit gewandt und um Unterstützung gebeten.

Bereits zwei Wochen nach dem Ausschluss der GALZ von der diesjährigen Messe in Harare, zu dem sich die Organisatoren auf Grund des massiven Drucks der Regierung gezwungen glaubten, und nur wenige Tage nach den verbalen Ausfällen Mugabes, blies dieser zu einer weiteren Schlacht in seinem Kreuzzug gegen Schwule. Auf einer Veranstaltung zum Gedenken an die Helden des Unabhängigkeitskrieges am 11. August sagte er vor Tausenden von ZuhörerInnen, Schwule seien »schlimmer als Hunde und Schweine«. Homosexualität sei unafrikanisch und ein »Problem der Weißen«. Er forderte das Publikum auf, Schwule zu verhaften und der Polizei zu übergeben. Bereits zuvor hatte Innenminister Dabengwa gedroht: »Wir werden sie alle verhaften.«

Zwar kommt der Begriff Homosexualität im Strafgesetzbuch Zimbabwes nicht vor, »unnatürliche sexuelle Handlungen« aber sind illegal und werden mit bis zu zehn Jahren Gefängnis bestraft. Dieser Gesetzesartikel sowie die zögerliche Reaktion der zimbabwischen Presse auf den Buchmesse-Eklat ließen das Schlimmste für die GALZ-Mitglieder befürchten. Die seit fünf Jahren arbeitende Gruppe zählt 140 Mitglieder und sieht ihre Hauptaufgabe vor allem in der Aids-Aufklärung sowie der Legalisierung von einvernehmlichen homosexuellen Beziehungen zwischen Erwachsenen. GALZ arbeitet folglich mit mehreren nationalen Menschenrechtsgruppen zusammen.

In anderen Ländern des südlichen Afrikas ist die Situation von Schwulen und Lesben nicht viel besser, sieht man einmal vom »neuen Südafrika« ab. Homosexualität ist in fast allen Ländern der Region verboten. In Mozambique und Angola, Zambia, Tanzania, Namibia und Kenia werden Schwule grausam verfolgt. In Mozambique z.B. können Schwule mit drei Jahren Arbeitslager zwecks »Umerziehung« bestraft werden.

In Zambia, Tanzania und Kenia stehen, ganz in viktorianischer Tradition, auf »widernatürliche fleischliche Handlungen« Gefängnisstrafen zwischen fünf und 14 Jahren. So gibt es in den drei Ländern auch keine offen agierende Schwulengruppe, die einzige kenianische Mitgliedsorganisation der ILGA nennt sich »Know Aids Society«. In der ehemals belgischen Kolonie Zaire werden homosexuelle Handlungen als »Verbrechen gegen das Familienleben« geahndet.

Klaus Jetz

Weitere Informationen zu Homosexualität in Afrika erteilt der Lesben- und Schwulenverband Deutschland (LSVD), Pipinstr. 7, 50667 Köln, Tel. 0221 – 925961-0, Fax: -11. e-mail:NRW@lsvd.de; internet: www.lsvd.de

Fehleinschätzung der Anti-MAI-Bewegung

▶ Der Protest gegen das Multilaterale Abkommen über Investitionen (MAI) ist mittlerweile eine weltweite Kampagne, die von unterschiedlichsten Gruppen getragen wird. Das von Maria Mies – Professorin für Soziologie an der Fachhochschule in Köln und Mitinitiatorin der Anti-MAI-Kampagne in Deutschland – und Claudia von Werlhof – Professorin für Frauenforschung am Institut für Politikwissenschaft an der Universität Innsbruck und Mitbegründerin der Anti-MAI-Kampagne in Österreich – herausgegebene Buch **Lizenz zum Plündern. Das Multilaterale Abkommen über Investitionen 'MAI'. Globalisierung der Konzernherrschaft – und was wir dagegen tun können** versorgt die hier zu Lande Engagierten mit dem nötigen theoretischen Hintergrund, teilt aber auch ihre Fehleinschätzungen.

Dreiteilig aufgebaut, beschreiben die Autorinnen im ersten Teil des Buches den weltweiten Widerstand gegen das MAI, stellen die wichtigsten Vertragsklauseln vor und ordnen das Abkommen in die jüngere Kapitalentwicklung ein. Dem folgt eine Analyse der weltweiten ökonomischen und politischen Veränderungen im Falle einer Ratifizierung des Abkommens – mit besonderem Augenmerk auf die Länder des Trikont und Deutschland. Im letzten Teil geht es um mögliche Alternativen zum MAI und um Perspektiven linker Politik. Neben seinem Faktenreichtum ist der Sammelband vor allem deshalb interessant, weil er einen Einblick bietet in linke Debatten über Gegenstrategien zu neoliberalen Wirtschaftskonzepten und gegenwärtige linke Politikmuster. Dabei offenbaren sich grundlegende Fehleinschätzungen der Anti-MAI-Bewegung über das MAI und über die Prozesse kapitalistischer Vergesellschaftung, vor denen auch die AutorInnen nicht gefeit sind.

Erstens: Die AutorInnen gehen von der verschwörungstheoretischen Annahme aus, das MAI sei ein in geheimen Verhandlungen vorbereiteter qualitativ neuer Angriff des Kapitals. Die Verhandlungen über das »Geheimabkommen« waren jedoch gar nicht so geheim. In der ökonomischen Fachpresse wie etwa der Zeitschrift *Transnational Corporations* wurde seit 1995 eine lebhafte Diskussion um die Notwendigkeit und die Ausgestaltung eines Abkommens über Investitionen geführt. Und auch die OECD veröffentlichte bereits 1996 erste Entwürfe zu den Vertragstexten in einer Broschüre. Zweitens: Zahlreiche Bestimmungen des vorerst gescheiterten Vertragswerkes sind nicht so neu, wie die AutorInnen Glauben machen wollen. Auch Regelungen in Bezug auf die weitgefasste Definition von »Investitionen« finden sich bereits in verschiedenen bilateralen oder multilateralen Verträgen wie etwa der NAFTA oder dem MERCOSUR. Sie basieren auf Leitlinien über die Behandlung von Direktinvestitionen, die die Weltbank bereits 1992 veröffentlicht hat. Drittens: Der Band vermittelt häufig den Eindruck, als wäre das MAI ein Angriff des Kapitals, der im zeitlosen Raum stattfindet. Das MAI ist aber vielmehr der vorläufige Endpunkt eines historischen Prozesses, wie Mies im ersten Teil richtig feststellt, »der seine Anfänge bereits in der Kolonialzeit hatte (und) dessen Grundphilosophie schon kurz nach dem Zweiten Weltkrieg entwickelt« und 1948 im GATT (General Agreement on Tariffs and Trade) festgeschrieben wurde.

Viertens: Das Buch reproduziert unkritisch die Annahme, der bürgerliche Nationalstaat sei diejenige Instanz, die der globalen »Herrschaft der Konzerne« einen Riegel vorschieben müsse. Der Aufruf zur Rettung des Nationalstaats verkennt, dass die Bereitstellung guter Verwertungsbedingungen zu dessen grundlegenden Aufgaben gehört. In postfordistischen Zeiten sind Konzerne nicht mehr an einen nationalstaatlichen Rahmen gebunden und siedeln sich überall dort an, wo sie günstige Bedingungen vorfinden. Die »nationalen Wettbewerbsstaaten« (Joachim Hirsch) betreiben eine Standortpolitik im Wettbewerb und tragen somit nicht nur zur Aufrechterhaltung kapitalistischer Ausbeutungsverhältnisse, sondern auch zur postfordistischen Transformation des Nationalstaates bei.

Ungeachtet dieser Tendenzen drängt sich im Buch von Mies und von Werlhof der Eindruck auf, der Kampf gegen die postfordistische Umstrukturierung und das MAI könne durch den Erhalt des fordistischen Status Quo gewonnen werden. Viele MAI-GegnerInnen fordern ein »MAI der Bürger«, das den »Regierungen und Bevölkerungen« die Möglichkeit geben soll, »transnationale Konzerne und Auslandsinvestoren zu kontrollieren«, anstatt sich selbst von diesen reglementieren zu lassen. Aber abgesehen von der Frage, warum sich eine linke Bewegung den Kopf über die Regulation des Kapitals zerbricht, entsprechen die Vorschläge auch nicht mehr den gegenwärtigen Verwertungsbedingungen und greifen auf längst überkommene Politikkonzepte zurück. Mit ihrer positiven Bezugnahme auf erwünschtes einheimisches Kapital und der Abgrenzung vom unerwünschten ausländischen Kapital bedienen sie darüber hinaus unkritisch antisemitische Bilder.

Die beiden Herausgeberinnen sehen teilweise die Unzulänglichkeiten der Anti-MAI-Bewegung und setzen dem ein Konzept der »Selbstbefreiung von unten« entgegen, das auf eine grundlegende Veränderung der Politischen Ökonomie abzielt. Die von Mies und Werlhof angeführten Beispiele lokaler Bewegungen etwa in Bangladesch sind jedoch nur schwerlich auf Industrieländer zu übertragen, wie dies von Teilen der Bewegung mit der Propagierung MAI-freier Dörfer und Städte versucht wird. Von linken Ansätzen, die Kategorien wie Volk und Nation hinterfragen, grenzen sich die Autorinnen hingegen ab. Diesen Linken werfen sie vor, sie könnten nicht »unbefangen« über Begriffe wie Nation und nationale Souveränität sprechen.

In den 70er Jahren propagierte Maria Mies die Nützlichkeit des dialektischen Verhältnisses von Theorie und Praxis für die Frauenbewegung. Ob heute die Einbeziehung bürgerlicher Ansätze und das Aufwärmen überkommener linker Ansätze die Anti-MAI-Kampagne befruchtet, ist unwahrscheinlich. Dass die Bewegung die Theorie befruchtet, ist eher auszuschließen.

Christian Reichert (gruppe demontage)

▶ *Maria Mies / Claudia von Werlhof (Hg.): Lizenz zum Plündern. Rotbuch-Verlag, Hamburg 1998, 229 Seiten, 24,80 DM*



Kuhhandel des Jahrtausends?

Sonderheft zur »millennium round« der Welthandelsorganisation WTO

Themen unter anderem:

- ▶ **Weltmarkt & Freihandel** Neoliberal ins 3. Jahrtausend
- ▶ **Patentierte Gene** Wem gehört die Saat?
- ▶ **Internationaler Agrarhandel** Soja, Vieh & Milch
- ▶ **Dienstleistungen** – Offene Märkte, geschlossene Gesellschaft
- ▶ **Service-Teil** mit Glossar, Adressen und Links

52 Seiten, DM 6,-
erscheint im Oktober '99, Bestellung bei:

iz3w ▶ PF 5328 · D-79020 Freiburg
Fon (0761) 740 03 · Fax 70 98 66
E-Mail: iz3wfreiburg@t-online.de
Internet: http://www.iz3w.org

Arbeits- und Studien-Aufenthalte in Afrika, Asien und Lateinamerika

Das ASA-Programm der Carl Duisberg Gesellschaft steht seit 1960 für Begegnungen von jungen Menschen in der »Ersten« und »Dritten« Welt. Es ist ein Lern- und Fortbildungsprogramm mit entwicklungspolitischen Inhalten.

Das ASA-Programm bietet jährlich 180 jungen Berufstätigen nichtakademischer Berufsfelder und Studierenden zwischen 21 und 30 Jahren, von Hoch- und Fachhochschulen die Möglichkeit, praktische Arbeits- und Lebenserfahrungen zu sammeln. Die Teilnahme soll zur Reflexion des Verhältnisses zwischen den Industrienationen und der sogenannten »Dritten Welt« Impulse geben und Interesse und Engagement für entwicklungsbezogenen Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit wecken.

Der Programmkatalog mit Bewerbungsunterlagen für 1999 erscheint Mitte Oktober 1999;
Bewerbungsschluß ist der 20.11.1999.

Anfordern bei:
ASA-Programm · Carl Duisberg Gesellschaft e.V.
Lützowufer 6-9 · 10785 Berlin

Tel.: 030-254 82-0 · Fax: 030-254 82 359
e-mail: ASA@cdg.de · hompage http://www.ASA-cdg.de

Einstieg in die Entwicklung

► Aller Anfang ist schwer, das ist ein geläufiges Sprichwort. Für das erste Kapitel von Reinhart Kößlers Buch **Entwicklung**, das in der Reihe 'Einstiege' des Verlages Westfälisches Dampfboot erschienen ist, gilt es allemal. Dort werden wir auf knapp 50 Seiten mit Denkern wie Leibniz, Herder, Schelling, Hegel und – logischerweise – Karl Marx empfangen – ein recht bunter, wenn auch schwer zugäglicher Einstieg in das Thema. Zum einen muss eine Auseinandersetzung mit dem Entwicklungsbegriff auf ein breites Spektrum von Ideen zurückgreifen, zum anderen liegt Kößler richtig, wenn er den entwicklungstheoretischen ‚mainstream' kritisiert, der den Beginn des Entwicklungsdiskurses auf das Jahr 1949 datiert, als US-Präsident Harry S.Truman erstmals von »unterentwickelten Gebieten« sprach (S.84). Leider greifen die Theoriegeschichte des ersten Kapitels und die restlichen Inhalte des Buches wenig ineinander. Ich empfehle daher, den Einstieg über das zweite Kapitel zu wählen. Hier zeichnet der Autor anschaulich die verschiedenen entwicklungstheoretischen Diskussionsstränge und ihre historische Verortung nach. Im Mittelpunkt stehen dabei die beiden zentralen Entwicklungsparadigmen der letzten Dekaden – Dependenz- und Modernisierungstheorie. Obwohl im Wettstreit miteinander, hatten sie in ihrer teleologischen Zielrichtung viele Gemeinsamkeiten: Das Ziel der 'Entwicklung' war stets festgeschrieben. »In jedem Fall ging es darum, im nationalstaatlichen Rahmen ein auf Grund theoretischer Annahmen definiertes Ensemble notwendiger Bedingungen zu etablieren, um den Prozess des Nach- und Aufholens einzuleiten« (S.92). Kößler folgt jedoch nicht wie andere Autoren des wissenschaftlichen mainstreams dem allgemeinen Trend, die Dependenztheorien sang- und klanglos der Vergessenheit anheim fallen zu lassen.

Auf der anderen Seite zeigt uns Kößler ein zentrales Missverständnis der modernisierungstheoretischen Ansätze: »(Es liegt) in erster Linie darin, dass gegenüber dem Soll- oder Zielzustand diagnostizierte Defizite einer 'Tradition' zugerechnet werden, deren Begründungszusammenhang außerhalb der Moderne angesiedelt wird« (S.112). Das zentrale Defizit bei den Vordenkern der Modernisierung liegt für den Autor im »Auslassen der demokratischen Dimension« (S.111).

Aber auch Kößler befindet sich in der Gefahr, selbst in teleologische Sackgassen zu geraten. Unter dem Begriff »Entwicklungsoptionen« entwickelt er Szenarien für die Länder des Südens, wie diese an die europäische Moderne andocken können. Die Suche nach Nischen im Weltmarkt oder die »strategisch bewusste Ausnutzung von Weltmarktchancen« (S.168) sind hier zu nennen. Das Scheitern unterschiedlicher Versuche der ‚Abkopplung' vom Weltmarkt dient ihm dabei als Beleg für seine Vorschläge. Hier nähert sich der Autor jedoch den Argumentationsmustern an, die seit etwa fünf Jahren von Autoren aus entwicklungspolitischen ‚think-tanks' (z. B. Dirk Messner's »Netzwerkgesellschaft«) entwickelt wurden. Das unreflektierte Bezugnehmen auf positiv besetzte Begriffe wie 'Zivilgesellschaft' und ‚Global Gouvernance', wie es seit einigen Jahren en vogue ist, wird von Kößler jedoch kaum aufgegriffen.

Allerdings kann er wieder bei der Auseinandersetzung um das Thema ‚Nachhaltige Entwicklung' (ab S.176) voll punkten. Er bleibt nicht, wie es sonst üblich ist, bei einem Plädoyer für eine ökologische Effizienzrevolution stecken, sondern thematisiert die Fallstricke und erkennt die grundlegenden Schwierigkeiten. »Nachhaltige Entwicklung wirft daher in erster Linie Rückfragen auf nach den krassen Unterschieden zwischen Norden und Süden in Produktionsstrukturen und damit auch in massenhaft realisierten Konsum- und Lebensstilen« (S.183). Alles in allem ein gelungener Einstieg in den Themenkomplex 'Entwicklung'. Das komprimierte und gut gegliederte Buch sollte sich niemand, der oder die am Thema interessiert ist, entgehen lassen.

Georg Lutz

► *Reinhart Kößler: Entwicklung. Reihe Einstiege. Grundbegriff der Sozialphilosophie und Gesellschaftstheorie. Bd. 3. Westfälisches Dampfboot, Münster 1998, 227 Seiten, 29,80 DM.*

Über Rassismus mit und ohne Theorie

► Die deutsche Wissenschaft setzt sich zwar selten mit Rassismus auseinander, dennoch scheint sich das Thema auf dem hiesigen Büchermarkt gut zu verkaufen. Es liegt daher nahe, dass sich Neuerscheinungen in diesem Bereich weitgehend auf die Rekapitulation bestehender Ansätze beschränken. Zwei Bücher tun dies allerdings auf sehr unterschiedliche Weise und mit unterschiedlichem Erfolg. Der Politikwissenschaftler und Sozialpädagoge Johannes Zerger beginnt sein Buch **Was ist Rassismus? Eine Einführung** mit einer Begriffs- und Ideengeschichte des Rassismus. Im zweiten Kapitel folgt dann seine eigene Definition von Rassismus, die er in Auseinandersetzung mit anderen Definitionen wie der von Albert Memmi erarbeitet und die versucht, sowohl den biologistisch als auch den kulturell argumentierenden Rassismus zu erfassen. Dabei hebt Zerger das Element der Festlegung der Menschen auf eine bestimmte Herkunft hervor (sei diese nun biologisch oder kulturell definiert). Anhand dieser Definition erfolgt die – schwierige, aber nötige – Abgrenzung des Rassismus von verwandten Phänomenen wie Ethnozentrismus und Fremdenfeindlichkeit. Weil Zerger die Erklärung von Rassismus nur durch sozialpsychologisch oder ideologietheoretisch orientierte Erklärungsansätze, am ehesten aber in einer Verbindung der beiden, gewährleistet sieht, untersucht er im letzten Teil Ansätze aus diesen beiden Richtungen, darunter (für die Sozialpsychologie) die Kritische Theorie und Albert Memmi und (für die Ideologietheorie) Robert Miles, Teun van Dijk und Stuart Hall. Dabei gelingt ihm eine gute, komprimierte Zusammenfassung und kritische Einschätzung der Ansätze. Leider bleibt Zerger bei diesem Wissensstand stehen, denn neuere Ansätze wie die von Birgit Rommelspacher oder von Annita Kalpaka und Nora Räthzel, die auch stärker auf die Spezifika des Rassismus in Deutschland eingehen würden, werden übergangen, obwohl sie in seiner Bibliografie erscheinen. Dennoch löst das Buch ein, was der Titel verspricht – eine Einführung in das Phänomen und in die Erklärung von Rassismus – und das auch noch in einer leicht verständlichen Sprache und als Taschenbuch zu einem erschwinglichen Preis.

Leicht zugänglich ist auch das von Christoph Burgmer herausgegebene Buch **Rassismus in der Diskussion**. Es handelt sich um eine Sammlung von neun Gesprächen des Journalisten mit HauptvertreterInnen der Rassimusforschung und angrenzender Gebiete, darunter Robert Miles, Edward W. Said, Günter Grass und Birgit Rommelspacher. Man kann es an den Namen schon erraten – es handelt sich um ein buntes Spektrum. Die Spannbreite der Themen reicht dann auch von der »Konstruktion des ‘Anderen’« im Gespräch mit Edward W. Said bis zu »Antiziganismus« im Gespräch mit Wolfgang Wippermann. Burgmer ist zwar stets bemüht, seine GesprächspartnerInnen von ihrem Spezialgebiet wieder zurück zur Frage nach dessen Beziehung zum Rassismus zu bringen, aber das geht neben der ausführlichen Darstellung des Orientbilds bei Said oder der von der zunächst freundlichen Aufnahme von Gastarbeitern bei Grass eher unter. Zudem lässt die Form des Gesprächs keinen Platz für exakte Definitionen, und auch die sorgfältigen Fußnoten und Anmerkungen des Herausgebers können daran wenig ändern. Ähnlich verhält es sich mit den Literaturlisten, die ans Ende jedes Gespräches gestellt sind. Die Auswahl wirkt leicht willkürlich, historische stehen neben theoretischen Werken und sind nicht als solche gekennzeichet – die interessierte Leserin kann kaum wissen, wo hier mit der Lektüre anzufangen wäre. Vor allem aber ist dem Buch sein enorm weiter Rassimusbegriff vorzuwerfen: Im Plauderstündchen über Antisemitismus und Sexismus und andere unbestreitbar wichtige und nicht unverwandte Themen wird die »Diskussion über Entstehung, Tradierung und Verbreitung rassistischen Denkens und Handelns«, die der Herausgeber gerne angestoßen sehen würde, doch nicht wirklich vorangebracht. Ein Aufsatzband mit Beiträgen der GespächspartnerInnen wäre vielleicht eine weniger leichte, aber dafür informativere Lektüre.

Anne Françoise Weber

► *Johannes Zerger: Was ist Rassismus? Eine Einführung. Lamuv Taschenbuch, Göttingen 1997, 192 S. DM/SFr 19,80, ÖS 145.*

► *Christoph Burgmer (Hg.): Rassismus in der Diskussion. Elefanten Press, Berlin 1999, 176 S. DM/SFr 26,90, ÖS 196.*

Frauensolidarität Nr. 69

► Die jüngste Ausgabe der Frauensolidarität widmet sich dem Thema **Frauenpower ... im Alter**. Es wird auf die vielfältigen Lebensrealitäten von älteren Frauen in verschiedenen sozialen Kontexten eingegangen. Die Lebenssituation älterer Migrantinnen in Österreich oder die Diffamierung und Verfolgung von »Hexen« in Tansania sind genauso Thema wie das Leben älterer schwarzer Lesben in Großbritannien oder die schwierige ökonomische Situation alter Frauen im südlichen Afrika. Weiterhin wird über die Frauenbewegung in der Türkei und Frauen in Kurdistan berichtet.
► *Die Frauensolidarität erscheint vierteljährlich und kostet pro Heft ÖS 55,-/ DM 10,- und im Abo ÖS 220,-/ DM 40,-. Bezug: Frauensolidarität, Berggasse 7, 1090 Wien*

LOLApress Nr. 11

► LOLApress ist eine internationale feministische Zeitschrift, die dreimal im Jahr erscheint und von den drei LOLA-Redaktionen in Lateinamerika, Afrika und Europa abwechselnd herausgegeben wird. Die Texte werden zweisprachig (englisch/spanisch) publiziert. Das aktuelle Heft beschäftigt sich schwerpunktmäßig mit dem Krieg gegen Ex-Jugoslawien und im Kosovo. Weiterhin wird über die Verleihung des Preises für Nichtsexistische Werbung berichtet und auf die UN-Konferenz zu Bevölkerung und Entwicklung 1995 in Cairo zurückgeblickt. Im Kulturteil wird die Arbeit der afro-amerikanischen Schriftstellerin Toni Morrison vorgestellt und ein Überblick über Filmschaffende in Indien gegeben.
► *Abo: 20,- DM im Jahr (für zwei bzw. drei Ausgaben)*
Kontakt: LOLApress, Friedrichstr. 165, 10117 Berlin, Tel.: 030-20450240, Fax: 030-20450241, e-mail: LOLApress@IPN-B.de

Landlos in Nicaragua

► Das Informationsbüro Nicaragua hat den Film **Landlos** herausgegeben. Vor dem historischen Hintergrund der Agrarreform und der Rückkehr der GroßgrundbesitzerInnen beschäftigt er sich mit dem weiterhin aktuellen Thema Landbesitz(-losigkeit). Denn nach dem Hurrikan Mitch steht die Landbevölkerung Nicaraguas weiterhin vor der Existenzfrage. Landlos. Film im VHS-Format. 15 min., DM 50,-. *Bezug: Informationsbüro Nicaragua, Postfach 101320, 42013 Wuppertal*

Lobbyisten unter sich?

► Am 29./30. Oktober trifft sich in Berlin der TRANS ATLANTIC BUSINESS DIALOGUE, der wohl einflussreichste Lobbyverband europäischer und US-amerikanischer Konzerne. Etwa 120 Unternehmen werden dort vertreten sein. Unter anderem werden die Themen WTO-Erweiterung und Einführung einer Freihandelszone zwischen der USA und der EU (Trans Atlantic Marketplace) diskutiert. Der TABD hat einen exklusiven Zugang zur Politik, sowohl die EU-Kommission als auch die Bundesregierung werden an dem Treffen teilnehmen. *Infos: Philipp Mimkes, Coordination gegen BAYER-Gefahren, e-Mail: CBGnetwork@aol.com Tel: 0211-333 911 Fax: 0211-333 940*

Antinationale Wochen

► »... über alles in der Welt!« – Deutschlands Rolle bei der Neuordnung des Balkans ist der Titel eines Vortrags von Jutta Ditfurth, der im Rahmen der 4. Antinationalen Wochen vom 17.10. bis 11.11.1999 im autonomen Kulturzentrum »Alte Pauline« in Detmold stattfindet. Der Jugoslawienkrieg ist bei den zahlreichen Vorträgen und Diskussionsveranstaltungen Schwerpunktthema. *Veranstalter: Antinationales Plenum Detmold, c/o Alte Pauline, Bielefelder Str. 3, 32756 Detmold. Kontakte: Tel.: 05321/ 20101, Internet: www.alte-pauline.de, e-mail: dummefrage@alte-pauline.de*

Workcamps für Freiwillige

► Der **Service Civil International (SCI)** organisiert internationale Freiwilligeneinsätze im Rahmen von Workcamps. Gemeinsam arbeiten, leben und lernen Freiwillige für zwei bis drei Wochen in Einrichtungen der Friedensarbeit, in Umweltschutz- oder Dritte-Welt-Projekten. Der SCI sucht für das Jahr 2000 noch Projekte und Initiativen in der Bundesrepublik Deutschland, die zu Dritte-Welt-Themen arbeiten und kommendes Jahr ein Workcamp veranstalten möchten.
Kontakt: Service Civil International, Projektreferat, Blücherstr. 14, 53115 Bonn, Tel.: 0228 / 212086/7, Fax: 0228 / 264234

WTO-Millennium-Round

► Das **iz3w** ist Mitveranstalter diverser Diskussionen und Vorträge zur nächsten Verhandlungsrunde der Welthandelsorganisation, die Ende November in Seattle starten soll. Die erste Veranstaltung in dieser Reihe findet während des BUKO in Hannover am 30.10. (Forum 1, AG1) statt. Am Dienstag, den 15.12., wird es in Berlin vor allem um den Welt-Agrarmarkt gehen. Mitveranstalter ist BLUE 21. Einen Tag später wird in Zusammenarbeit mit dem BUKO eine Veranstaltung dazu in Hamburg stattfinden. Außerdem sind Veranstaltungen in Freiburg und Bonn vorgesehen, für die Ort und Zeit noch nicht feststehen.
Infos bei: iz3w, Postfach 5328, 79020 Freiburg, Tel.: 0761/74003, Fax: 709866, e-mail: iz3wfreiburg@t-online.de